

# Backnang von 1900 bis 1918: Eine Oberamtsstadt im Königreich Württemberg (Teil 1)

Von Rolf Königstein

## Backnang vor dem Weltkrieg: Eine gute, alte Zeit?

### 1. Württemberg unter König Wilhelm II.: „Pflege eines stetigen, besonnenen Fortschritts“

Am 6. Oktober 1891 erfolgte die Thronbesteigung Wilhelms II. von Württemberg (1848 bis 1921). Das 25-jährige Jubiläum seiner Regierungszeit war 1916 vom Krieg überschattet und wurde auf Anweisung des Königs auf einen Dankgottesdienst beschränkt. Am 9. November 1918 verließ Wilhelm II. unter dem Druck der revolutionären Unruhen für immer Stuttgart. Württemberg war Republik geworden.

Eine der ersten Amtshandlungen Wilhelms II. war die Einberufung des Staatsministeriums und des engeren Ausschusses der Landstände am Nachmittag des 6. Oktober 1891, um den Versammelten eine Urkunde verlesen zu lassen, in der der neue König in feierlicher Form die Verfassung des Königreichs garantierte. Am 22. Oktober 1891 nahm der König die Eröffnung der Landstände – des Landtages – zum Anlass, in einer Thronrede sein Regierungsprogramm vorzustellen.<sup>1</sup> Nachdem er eingangs ein rückhaltloses Bekenntnis zum *wiedererstandenen Deutschen Reich* abgelegt hatte, leitete er zu den württembergischen Belangen mit dem bemerkenswerten Satz über: *Innerhalb des engeren Vaterlandes wird die Pflege eines stetigen, besonnenen Fortschritts auf allen Gebieten des staatlichen Lebens den Gegenstand Meiner unausgesetzten Bemühungen bilden.* Unmittelbar danach sprach er sich für die

*zeitgemäße (...) Revision der Landesverfassung, insbesondere in Absicht auf die Zusammensetzung der Ständeversammlung* aus. Damit plädierte der König für eine moderate Weiterentwicklung der Regierungsform der konstitutionellen Monarchie. *Weiterentwicklung und Fortbildung im Geist der Mäßigung und der Versöhnlichkeit* waren die Stichworte, wofür leitmotivisch im Sinn einer Kursbestimmung für alle politischen Bereiche plädiert wurde. Paul Sauer urteilt in seiner Biographie Wilhelms II. über dessen Regierungsprogramm: „Selten ist bei der Thronbesteigung eines konstitutionellen Monarchen ein solch richtungsweisendes, klares und in der Folgezeit auch beinahe buchstabengetreu verwirklichtes Herrschaftskonzept entworfen und kundgetan worden“.<sup>2</sup>

Minister, Diplomaten, Freunde und Bekannte charakterisierten König Wilhelm II. einhellig als einen warmherzigen und gütigen Mann, der als gläubiger Christ sich seit der Übernahme der Krone stark auf karitativem und fürsorgerischem Gebiet engagierte. Volksverbundenheit ohne eine Spur von Anbiederung kennzeichnete ihn.<sup>3</sup> Staatsrechtlich gesehen war der Monarch nach § 4 der Verfassungsurkunde *das Haupt des Staates*, das in sich *alle Rechte der Staatsgewalt* vereinigte.<sup>4</sup> Wilhelm II. beachtete dabei gewissenhaft die durch die Verfassung aufgerichteten Schranken und war auch klug genug, sich in die politischen Auseinandersetzungen der Fraktionen in der Zweiten Kammer, der Abgeordnetenkammer, nicht einzumischen. Aber er war auch nicht bereit, sich Druck aus Berlin zu beugen, nämlich seinen Ministerpräsidenten Hermann von Mittnacht (1825 bis 1909) fallen zu lassen, als der Kaiser in ihm einen *verkappten Demo-*

<sup>1</sup> Murrthal-Bote (MB) vom 8. Oktober 1891, S. 379f und vom 24. Oktober 1891, S. 507f.

<sup>2</sup> Paul Sauer: Württembergs letzter König. Das Leben Wilhelms II., Stuttgart 1994, S. 97-100.

<sup>3</sup> Seine Tochter Pauline (1877 bis 1965) war geprägt von der Natürlichkeit des Auftretens ihres Vaters in der Öffentlichkeit. Umso stärker erlebte sie als verheiratete Fürstin zu Wied den Kontrast, als sie in Berlin den Kaiser sah (*Zum Beispiel ritt der Kaiser nie spazieren ohne große polizeiliche Bewachung*). Ansonsten sind ihre Erinnerungen als Geschichtsquelle belanglos: Vom Leben gelernt. Erinnerungen von Fürstin zu Wied, geb. Prinzessin von Württemberg, Ludwigsburg 1953, S. 42f.

<sup>4</sup> Prof. Dr. von Blume: Württemberg als konstitutionelle Monarchie. – In: V. Bruns: Württemberg unter der Regierung König Wilhelms II., Stuttgart 1916, S. 79.

kraten sah.<sup>5</sup> Der Grund war dessen Plan einer Verfassungsreform. Nach langen inneren Auseinandersetzungen konnte die längst erwartete Umgestaltung der Ständeversammlung 1906 verwirklicht werden. Die Zweite Kammer wurde dadurch zu einer reinen Volkskammer. Eine weitere Verfassungsänderung betraf 1911 die Abschaffung des Geheimen Rates.<sup>6</sup>

Es war vor allem dem erfahrenen Ministerpräsidenten zu verdanken, ganz im Sinne des Königs für einen *stetigen, besonnenen Fort-*

*schrift*, d. h. für einen liberalen Kurs zu sorgen. Der „Murrthal-Bote“ hatte deswegen Recht in seiner Einschätzung zum zwanzigjährigen Regierungsjubiläum 1911: *Trotz der vielgestaltigen Parteiverhältnisse sind deshalb in Württemberg die politischen Gegensätze nicht so scharf ausgeprägt wie in anderen Staaten.*<sup>7</sup> Die überwältigende Popularität dieses Bürgerkönigs manifestierte sich im *Blumentag* in ganz Württemberg anlässlich der silbernen Hochzeit des Königspaares am 8. April 1911.<sup>8</sup>



*Offizielle Fotos vom König Wilhelm II. und seiner Gattin Charlotte anlässlich des zwanzigjährigen Regierungsjubiläums am 6. Oktober 1916. Sie entsprachen nicht dem Wesen des Königs. Ihm lag das unauffällige Leben eines Bürgers in Zivil mehr als das vom Offizier in Uniform erwartete straffe und forschere Auftreten – im völligen Gegensatz zur Persönlichkeit Kaiser Wilhelms II.*

<sup>5</sup> Eberhard Naujoks: Württemberg unter König Wilhelm II. – In: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Band 3, S. 384-432, bes. S. 385 ff. Sauer widmet der Persönlichkeit Wilhelms II. ein großes Kapitel: „Ein liberaler und volksnaher Monarch“. Sauer (wie Anm. 2), S. 97-182.

<sup>6</sup> Eberhard Gönner: König Wilhelm II. (1891-1918). – In: Robert Umland (Hrsg.): 900 Jahre Haus Württemberg, Stuttgart 1985, S. 341-362.

<sup>7</sup> MB vom 7. Oktober 1911.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Teil 2 im Backnanger Jahrbuch 2007.

## 2. Backnang als Oberamtsstadt

### Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungsstatistik ermöglicht interessante Einblicke in die Bevölkerungszahlen im Oberamtsbezirk Backnang.<sup>9</sup>

1846: 30 635	1861: 27 787
1871: 27 699	1880: 30 116
1890: 29 547	1900: 29 167
1910: 30 312	

Die Einwohnerzahl im gesamten Oberamtsbezirk Backnang wies über Jahrzehnte größere Schwankungen auf. 1910 war noch nicht einmal der bisherige Höchststand von 1846 erreicht. Nach Durchführung einer Volkszählung nach Oberämtern und Kreisen hatte Württemberg im Jahre 1821 1 421 479 Einwohner und am 1. Dezember 1910 2 435 611 Einwohner. Das bedeutet, dass der Oberamtsbezirk Backnang per saldo nicht zum Bevölkerungswachstum Württembergs beitrug. Damit nahm er innerhalb des Neckarkreises eine Sonderstellung ein. Denn dieser partizipierte mit der Hauptstadt Stuttgart und den größeren Industriestädten vom wirtschaftlichen Aufschwung und als Folge davon vom Bevölkerungswachstum am meisten (1821: 370 282; 1910: 881 823).

Einen genaueren Einblick in die Bevölkerungsverschiebungen erhält man, wenn man sich die Einwohnerzahlen innerhalb des Oberamtsbezirks Backnang genauer ansieht:

	1891	1880	1900	1910
Backnang	4201	5736	7650	8679
Murrhardt	4176	4695	4150	4209
Sulzbach a. Murr	2579	2826	2347	2446
Spiegelberg	1284	1074	853	792
Lippoldsweiler	825	886	732	696
Jux	585	521	391	365
Neufürstenhütte	361	308	256	260

Von den 30 Gemeinden des Oberamtsbezirks Backnang hatten im Zeitraum von 1861 bis 1910 nur acht Gemeinden eine zumeist mäßige Bevölkerungszunahme, darunter Murrhardt,

Fornsbach, Maubach und Waldrems. Das ungünstig gelegene Murrhardt konnte sich trotz Eisenbahnanschluss nur mit Mühe behaupten. In vielen ländlichen Gebieten fand dagegen eine permanente Abwanderung statt. Im auffälligen Gegensatz dazu verdoppelte sich Backnang als Gewerbe- und Industriestadt im angegebenen Zeitraum um 107 %. Die günstige Anbindung an Stuttgart mit der Eisenbahn sprach ebenfalls für einen weiteren Ausbau von Gewerbebetrieben. 1898 fuhren in Backnang täglich drei Züge Richtung Stuttgart bzw. Hall-Crailsheim-Nürnberg bzw. Bietigheim und umgekehrt. Wenn in Württemberg für 1908 die Zahl der Einwohner, die an Eisenbahnen angeschlossen waren, mit 61,3 % (im Vergleich 1890: 44,5 %) angegeben wird, dann dürfte dieser statistische Wert mit Blick auf die vielen ländlichen Gebiete wohl für den Oberamtsbezirk Backnang nicht erreicht werden.<sup>10</sup>

Vereinzelt wanderten Familien von weit her nach Backnang ein, um Arbeit und Löhnung zu finden:

a) *Der Gerbergeselle Johann Baptist Weiß, geb. am 29. 2. 1852 in Anger, Gemeinde Grafenried, Bezirkshauptmannschaft Bischofteinitz in Böhmen, katholisch, seit 1880 hier wohnhaft, ersuchte am 22. Dezember 1902 für sich, seine Ehefrau und die acht Kinder um Aufnahme in die Württembergische Staatsangehörigkeit.*

b) *Der ledige Gerbergehilfe Eduard Nestrasil, geboren am 15. 3. 1878 in Pischelo, Bezirk Trebitsch in Mähren, Österreicher durch Abstammung, katholisch, seit Februar vor. Jahres hier wohnhaft, ersucht um Naturalisation.*

c) *Der Gerbergehilfe Jakob Friedrich Schäfer, geboren am 15. Mai 1853 in Leutenbach, Oberamt Waiblingen, verheiratet und seit 1880 hier wohnhaft, seit 1878 ohne Staatsbürgerrecht,*

<sup>9</sup>MB vom 7. Oktober 1911. Vgl. auch: Gerhard Fritz: Das Gebiet des Rems-Murr-Kreises von 1800 bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges 1914, Waiblingen 1999.

<sup>10</sup>Dr. Losch: Bevölkerungsstatistik. – In: Bruns (wie Anm. 4), S. 67.

nachdem er daraus zwecks Auswanderung nach Nordamerika aus dem Württembergischen Staatsverband entlassen worden ist, sucht für sich, seine Ehefrau (...) und seine 4 Kinder (...) um Aufnahme in die Württembergische Staatsangehörigkeit nach.

In allen Fällen war der Gemeinderat damit befasst, denn er musste den *unbescholtenen Lebenswandel* und geordnete Vermögensverhältnisse überprüfen.<sup>11</sup>

Zumeist aber stammten die Arbeitssuchenden aus dem Oberamtsbezirk Backnang oder aus benachbarten Bezirken. Ab 1911 war die Einwanderung, bei der um *Aufnahme in das Bürgerrecht* Backnangs nachgesucht werden musste, so stark geworden, dass man bei der behördlichen Überprüfung Sammellisten anlegte. Im Zeitraum vom November 1911 bis November 1913 wurden drei derartige Listen angefertigt. Auch wenn sie nicht repräsentativ im exakten Sinn sein werden, erlauben sich doch nähere Aussagen über die Bevölkerungsstruktur Backnangs.<sup>12</sup> Es waren insgesamt 120 Männer mit ihren Familien: 32 Gerber, zehn Tagelöhner, sechs Fabrikarbeiter; Handwerker in großer Zahl: Bäcker, Schuhmacher, Maurer, Schreiner, Metzger, Friseur, Kaminfeger u. a.; Verwaltungsangestellte und Beamte: Postmeister, Postsekretär, Zugmeister, Bahnhofsverwalter, Oberkontrolleur, Eisenbahnunterbeamter, Wagenwärter, Wachtmeister u. a.; sieben Personen mit höheren beruflichen Qualifikationen: ein Stadttierarzt, ein Bezirksgeometer, ein Stadtpfarrer (Ernst Günther), ein Hauptlehrer (Jakob Trinkle), ein Reallehrer (Wilhelm Bezner), ein Seminaroberlehrer (Hans Schink) und ein Bezirksnotar.

Backnang war in der Bevölkerungsstruktur vielfach eine Stadt der „kleinen Leute“, die in mehr oder weniger bescheidenen, zum Teil ärmlichen Verhältnissen lebten. Ein Bildungsbürgertum war nur schwach vertreten.

## Behörden

Innerhalb Württembergs lag Backnang von der Einwohnerzahl her 1910 an 24. Stelle zwischen Geislingen mit 8 671 und Schwäbisch

Hall mit 9 308 Einwohnern. Backnang war eine von 63 Oberamtsstädten. Ihnen fielen über die Oberämter sämtliche Angelegenheiten der inneren Verwaltung zu.<sup>13</sup>

Das *Königliche Oberamt* leitete Oberamtmann Carl Preuner (1859 bis 1928), der im Stiftshof 11 seine Dienstwohnung hatte. Er war von 1898 bis 1914 in Backnang und wurde 1908 zum Regierungsrat befördert.<sup>14</sup> Seiner Behörde war auch der Oberamtsarzt zugeordnet, der als einziger Arzt für das Bezirkskrankenhaus und das Stadtspital zuständig war. Zur Seite standen ihm drei Diakonissen, die in einer einzigen, wohl bescheidenen Wohnung Am kalten Wasser 15 lebten. Außerdem waren im Oberamt der Oberamtstierarzt, der Oberamtsbaumwart, der Oberamtsbaumeister und der Oberamtskassierer tätig. Als Regierungsreferendar I. Klasse wurde 1898 Hermann Eckstein (1872 bis 1921) in dieser Behörde ausgebildet. Am 15. Februar 1901 gelang ihm als gebürtigem Backnanger mit 53 % aller Stimmen die erfolgreiche Bewerbung auf das Amt des Stadtschultheißen.<sup>15</sup>

Dem *Königlichen Amtsgericht* stand mit Hugo Gundlach ein Oberamtsrichter vor, der seine Dienstwohnung im Stiftshof 13 hatte. Ihm zur Seite standen ein weiterer Amtsrichter, der Amtsanwalt Dr. Eugen Pfander, mehrere Gerichtsschreiber, ein Gefängnisaufseher und Amtsgerichtsdiener, ein Gerichtsnotar und ein Gerichtsvollzieher. Drei in Backnang ansässige Landjäger des *Landjägerstationskommandos* konnten vom Oberamtsrichter Instruktionen erhalten.

Im *Königlichen Kameralamt* – dem heutigen Finanzamt – hatte der Kameralverwalter Eugen Franz seine Dienstwohnung (Stiftshof 20). Finanzamtmann war Dr. Adolf Kölle. Mehrere Kameralassistenten, Steuerinspektoren und Hauptsteueramtsassistenten sorgten ebenso wie der Steuerwachtmeister und ein Steuerwächter für den geordneten Ablauf des Finanzwesens. Zur Behörde gehörte auch der Bezirksgeometer.

Die *Königliche Bahnhofverwaltung* stellte mit 28 Personen die größte staatliche Behörde dar. Der Vorstand, ein Betriebsinspektor, hatte

<sup>11</sup> StAB Bac G 001-70, Bl. 74f, 444 u. 477f.

<sup>12</sup> StAB Bac G 001-71, Bl. 307, 412f u. 507f.

<sup>13</sup> Im Folgenden der Stand von 1898. Möckels Adreß- und Auskunftsbücher, Backnang 1898, S. 7-13. Die Lebensdaten der genannten Personen entstammen der im Stadtarchiv befindlichen Alten Einwohnerkartei Backnang.

<sup>14</sup> Die Amtsvorsteher der Oberämter, Bezirksämter und Landratsämter in Baden-Württemberg 1810 bis 1972. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchivare beim Landkreistag Baden-Württemberg, Stuttgart 1996, S. 447.

<sup>15</sup> MB vom 13., 14. u. 16. Februar 1901.



Die Oberamtsstadt Backnang im Jahr 1905.

ebenso wie der Bahnhofsaufseher eine Dienstwohnung im Bahnhofsgebäude. Zur Verwaltung gehörten etliche weitere Betriebsinspektoren, Eisenbahn-Sekretäre, -Referendare bzw. -Anwärter. Für einen reibungslosen Bahnbetrieb sorgten drei Schaffner, sieben Wagenwärter, zwei Weichenwärter, je ein Güterverwalter bzw. -beförderer (*Amtlicher Güterbeförderer der Königl. Württ. Staatseisenbahn*) sowie ein Zugmeister.

Im *Königlichen Postamt* waren auch ein *Telegraphen- und Telephonamt* untergebracht. Der Postmeister hatte sechs Postsekretäre, -assistenten und -praktikanten unter sich. Sieben männliche Briefträger trugen zweimal am Tag Post in Backnang aus. Backnang war im Jahre 1898 mit insgesamt 47 Telefonanschlüssen ausgestattet und hatte damit Anschluss an die neue Zeit gefunden. Die drei ersten Telefoneinrichtungen wurden von drei Fabrikanten beantragt: dem Lederfabrikanten Louis Nebinger in der Gartenstraße 85, dem Streichgarnfabrikanten Eugen Adolff (1871 bis 1923) in der Spinnerei 1 und dem Lederfabrikanten und Landtagsabgeordneten Robert Kaess (1855 bis 1934) in der Fabrikstraße 45.

Die städtische Verwaltung war im *Stadtschultheißenamt* im Rathaus (*Telephon Nr. 24*) untergebracht. Emil Gock (1829 bis 1911) war ihr Vorstand und *Stadtschultheiß* bis 1901. Insgesamt 20 Personen gehörten der Behörde an: Der *Stadtschultheißenamts-Assistent*, ein *Rathsschreiber zugl. Kgl. Standesbeamter*, ein *Ratsdiener*, ein *Stadtschultheißenamtsdiener* und ein *Stadtpfleger*. 13 Personen umfasste die *Schutzmannschaft*, angeführt von einem *Polizeikommissar*: ein *Polizeiwachtmeister*, vier *Schutzmänner*, zwei *Feldschützen*, drei *Hilfswächter* und zwei *Hochwächter*. Im Rathaus gab es auch *Arrestzellen* für *Inhaftierte*. Eine städtische *Feuerwehr* stand nicht nur für den *Ernstfall* bereit, sondern verschaffte sich mit ihrer *Blaskapelle* bei allen festlichen Anlässen *Gehör*.

### Gerberstadt

*Backnang nimmt in der Industrie in Beziehung auf die Lederbranche die erste Stelle in Deutschland ein. Außer 18 Lederfabriken sind 66 Gerbereien ohne Dampfbetrieb am Platze. Ferner ist eine bedeutende Streichgarnspinnerei,*

eine Dampfziegelei und Falzziegelfabrik, drei Schuhfabriken, eine mechanische Schreinerei und zwei mechanische Werkstätten nebst vielen anderen Kleinbetrieben am Platze.<sup>16</sup>

Dieser Eintrag registriert exakt die Verhältnisse in der Lederbranche vor den katastrophalen Zusammenbrüchen im Jahre 1899. Zu den Gerbereien mit Elementarkraft (Fabriken) gehörten: drei Fabriken der Breuninger-Söhne sowie Fabriken von Julius Feigenheimer, Fritz Häuser, Carl Kaess, Louis Nebinger, Louis Schweizer. Vor allem der Name Breuninger prägte die Lederbranche in Backnang. Rudolf Kühn, der in penibler Arbeit die Industriegeschichte Backnangs seit über zehn Jahren erforscht, veröffentlicht die außerordentlich materialreich geschriebenen Aufsätze seit 1995 im Backnanger Jahrbuch. In Band 6 und Band 9 geht Kühn genauer auf die Rotgerber-Familie Breuninger ein.<sup>17</sup>

In Möckels Adreß- und Auskunftsbuch von 1898 sind nicht weniger als 44 Namenseinträge zu Breuninger zu finden. Ihre Berufe werden hinsichtlich des Ledergewerbes folgendermaßen aufgeschlüsselt: sieben Lederfabrikanten, sechs Gerbermeister, 13 Gerber, zwei Schuhmacher. Wegen der in Backnang konzentrierten Lederindustrie hatten sich hier auch vier Schuhfabriken, 35 Schuhmachermeister und sechs Schuhwarenhandlungen niedergelassen. Sechs Söhne des 1898 verstorbenen Christian Breuninger führten das Erbe in drei getrennten Fabriken weiter: Ernst und Felix Breuninger betrieben die Firma Felix Breuninger in der Gartenstraße 104; Eberhard und Markus Breuninger leiteten die Firma Christian Breuninger in der Sulzbacher Str. 11 („Zur Alten Post“); Christian und Imanuel Breuninger waren in der Firma Gebr. Breuninger in der Fabrikstraße 43 tätig.

1899 und im folgenden Jahr brachen alle Breuninger-Fabriken infolge finanziell gewagter Transaktionen zusammen. Von dieser „Backnanger Krisis“ wurden aber insgesamt 14 Gerbereien oder Lederfabriken, zwei Conditoren,

ein Bauunternehmer und ein gemischtes Warengeschäft erfasst.<sup>18</sup> Neben den Verflechtungen in der Lederbranche war ein Hauptgrund der Krise auch in den familiären Beziehungen in einer Kleinstadt wie Backnang zu sehen: „Backnangs Gerberei war, was die Großbetriebe anbelangt, in den Händen von 4 Familien, die untereinander verschwistert und verschwägert waren (Breuninger, Käß, Schweizer, Häuser)“.<sup>19</sup> Auch mussten einige mit Breuninger verwandte Familien (wie z. B. Stroh) zum Teil erhebliche Vermögensverluste hinnehmen. Dekan Dr. Friedrich Köstlin (1845 bis 1932), der im Jahre 1900 wegen der bevorstehenden Visitation einen umfangreichen Pfarrbericht schrieb, notierte hierzu: *Von diesen (Lederfabriken und Gerbereien) haben im Lauf des vorigen Jahres 7 Fabriken und ca. 20 kleinere Betriebe bankrott gemacht. Unter diesem schrecklichen Zusammenbruch hat die ganze hiesige Gemeinde schwer zu leiden, welche mit den Fabriken in Geschäftsverbindung gestanden sind.*<sup>20</sup>

Louis Nebinger konnte dagegen die Gunst der Stunde nutzen, indem er aus der Konkursmasse einen Firmenanteil mit 42 Arbeitern erwarb: „Nach Abschluss dieses Verfahrens Ende 1900 verfügte die Fa. Nebinger über 132 Arbeitskräfte und hatte damit ihre führende Stellung unter den Backnanger Lederfabriken weiter ausgebaut“.<sup>21</sup> Die Auswirkungen der „Backnanger Krisis“ auf die unselbständigen Gerber und Lederarbeiter zeigten sich in beklemmender Unsicherheit, ja Existenzangst. Auch die 66 Gerbereien, vielfach *Kleinbetriebe* mit *Zurichtereien*, aber *ohne Dampfbetrieb*, spürten den Konkurrenzdruck, der sich häufig unmittelbar in der Lebenssituation jedes einzelnen Beschäftigten widerspiegelte.

Die Krisenanfälligkeit der Branche hatte überdies unmittelbare Auswirkungen auf das Steuereinkommen der Stadt. Im Protokollbuch des Kirchengemeinderates findet sich 1901 folgender Eintrag: *Die Stadtgemeinde Backnang befindet sich derzeit in Folge der seit einigen*

<sup>16</sup> Möckel (wie Anm. 13), S. 6.

<sup>17</sup> Rudolf Kühn: Die Frühzeit der Industrie in Backnang (1832 bis 1918), 4. Teil. – In: Backnanger Jahrbuch (BJB) 6, Backnang 1998, S. 41-103 sowie 6. Teil. – In: BJB 9, Backnang 2001, S. 166-198.

<sup>18</sup> Karin Seitel: Kleinstadt und Krise. Berufs- und Gewerbestruktur der Stadt Backnang im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, Tübingen 1989, S. 51-57.

<sup>19</sup> Ebd., S. 53.

<sup>20</sup> Die in sechsjährigem Rhythmus erstellten Pfarrberichte sind nicht nur hinsichtlich des innerkirchlichen Lebens, sondern auch wegen der genauen Beschreibung des kirchlichen Umfeldes bedeutsame historische Quellen. LKA Stuttgart: Dekanatamt Backnang, Pfarrberichte 1831-1912, 437/1, Pfarrbericht von 1900, S. 13.

<sup>21</sup> Kühn (wie Anm. 17), 8. Teil. – In: BJB 11, Backnang 2003, S. 148.

Wochen von neuem und mit großer Heftigkeit ausgebrochenen industriellen Krisis in einer höchst misslichen Lage. Die Steuerkraft ist tief geschädigt. Die Gemeindesteuern, welche 227 % der Staatssteuer betragen, sind schwer einzubringen, müssten aber im laufenden Etatjahr wieder um 4000 Mark erhöht werden.<sup>22</sup> Im Pfarrbericht von 1906 verglich der Dekan die wirtschaftlichen Verhältnisse Backnangs mit anderen Landstädten von annähernd derselben Größe (Rottweil, Kirchheim, Nürtingen), indem er im Statistischen Handbuch des Königreichs Württemberg nachschlug, um festzustellen, dass Backnang trotz seiner großen Industrie nicht besonders günstig steht, und dass es an großen Vermögen fehlt.<sup>23</sup>

Das zeigte sich auch im Jahre 1910, als die größte Lederfabrik, Louis Nebinger, die 1907 einen Höchststand mit 168 Beschäftigten erreicht hatte, zwangsversteigert werden musste. In der Gemeinderatssitzung vom 10. November 1911 wird etwa beklagt: *In Rücksicht auf ihre finanzielle Lage, die sich durch einen bedeutenden Steuerausfall, veranlasst durch den im vorigen Jahr erfolgten Zusammenbruch einer der größten Lederwerke hier, L. Nebinger, heuer besonders schwierig gestaltet und ihre sonstige Inanspruchnahme durch erhebliche Opfer fordernde Bauten wie die Murrlaufverbesserung im Zusammenhang mit dem Neubau der Aspacher Brücke und anderem, war es der Stadtgemeinde nicht möglich, heuer den Volksschulneubau mit einem Kostenaufwand von rund 314 000 Mark in Angriff zu nehmen.*<sup>24</sup> Vor allem beunruhigte auch die große Zahl der arbeitslos gewordenen Lederarbeiter. Der sozialdemokratische Gemeinderatsvertreter Wilhelm Erlenbusch (1871 bis 1944) schlug in dieser Lage vor, die Arbeitslosen den Winter über mit Notstandsarbeiten bei der Stadt zu beschäftigen. Und der Lederunternehmer Fritz Häuser (1873 bis 1953) bot sich für Beschäftigungsmaßnahmen an, um die Fachkräfte am Ort zu behalten.<sup>25</sup>

Dekan Dr. Köstlin analysierte in seinem *Pfarrbericht* von 1912 die gesellschaftlichen Veränderungen in Backnang präzise. Konnte einer seiner

Vorgänger noch von einer wohlgeordneten, kirchlich gesinnten, frommen Gemeinde sprechen, so musste Köstlin in Folge des Aufkommens der Großindustrie von veränderten Gegebenheiten berichten. An Stelle alter Zunftbindungen sei das kalte Kontraktverhältnis getreten: *Sämtliche Kleingerbereien aber, von denen noch etwa 30 existieren, stehen am Ende ihrer Betriebsfähigkeit. Man kann nur mit schmerzlichen Gefühlen dem Untergang einer gewerblichen Zunft zusehen, deren Meister zu den fleißigsten und tüchtigsten Elementen der Bevölkerung gehört haben. Die Enkel jener ehrbaren Männer verfielen ins Proletariat und verfallen in der Verzweiflung der Sozialdemokratie.*<sup>26</sup>

### 3. Politische Verhältnisse

#### „Murrta-Bote“ und „Backnanger Volksfreund“ im Konkurrenzkampf

Das 19. Jh. hatte drei Grundmuster des politischen Denkens hervorgebracht. In der Auseinandersetzung mit der französischen Revolution waren das konservative und das liberale Denken zu unterscheiden; das soziale bzw. sozialistische Denken gehört dagegen der zweiten Hälfte des 19. Jh. an. Es entstand in engem Zusammenhang mit der Arbeiterfrage. Insgesamt war es ein Zeitalter weltanschaulicher Prägungen und Bekenntnisse. Auch die Zeitungen waren davon beeinflusst. Neben der Verpflichtung zu sorgfältiger Information versäumten sie es nicht, immer wieder auch dem Leser ihre weltanschauliche Position zu vermitteln.<sup>27</sup> Auch in Backnang läßt sich dieses Neben- und Gegeneinander zweier Zeitungen verdeutlichen: Dem konservativ-christlichen „Murrta-Boten“ stand der linksliberale „Backnanger Volksfreund“ gegenüber, der Distanz zur Kirche zeigte.

Der seit 1832 erscheinende „Murrta-Bote“ war *Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Backnang*. Dies bedeutete in der politischen Ausrichtung eine grundsätzliche Loyalität zur württembergischen Monarchie. Außerdem hatte die Zeitung

<sup>22</sup> Dekanatsarchiv Backnang: Protokollbuch des Kirchengemeinderats Backnang, Band II, S. 26f.

<sup>23</sup> LKA Stuttgart: Dekanatamt Backnang, 437/1, Pfarrbericht von 1906, S. 17.

<sup>24</sup> StAB Bac G 001-71, Bl. 299f.

<sup>25</sup> Kühn (wie Anm. 17), 6. Teil. – In: BJB 9, Backnang 2001, S. 151-156.

<sup>26</sup> LKA Stuttgart: Dekanatamt Backnang, 437/1, Pfarrbericht von 1912, S. 15f.

<sup>27</sup> Für die württembergischen Zeitungen vgl. Naujoks (wie Anm. 5), S. 396ff.

ihren Schwerpunkt in den lokalen und regionalen Belangen. Der viel jüngere, erst seit 1896 publizierte „Backnanger Volksfreund“ war ein *Tagblatt für den Bezirk Backnang und die angrenzenden Oberämter*. Sein verantwortlicher Redakteur, Friedrich Mürdter (1870 bis 1930), war in der Albertstraße 7 (ab 1898: Schillerstraße 40) ansässig.<sup>28</sup> Die Berichterstattung dieser Zeitung berücksichtigte vor allem den Haller Bezirk. Das war nicht verwunderlich, denn die regionalen und überregionalen Nachrichten wurden ausschließlich in Schwäbisch Hall redigiert. Bis auf die letzte Seite, die Mürdter gestaltete, wurde denn auch das Blatt in Hall gedruckt. Das Jahr 1900 soll exemplarisch im Blick auf die beiden Zeitungen ausgewertet werden.

Das Vereinsleben Backnangs wurde über Inserate und die Berichterstattung viel ausführlicher im „Murrthal-Boten“ dokumentiert. Dies gilt besonders für den Liederkranz und die Kriegervereine. Christliche Veranstaltungen fanden nur in dieser Zeitung Resonanz. Einige Beispiele: Berichte über die Vortragsreihe Dekan Dr. Köstlins im evangelischen Vereinshaus zur politischen Entwicklung im 19. Jahrhundert; Spendenaufruf des *Vereins für christliche Kunst in der evangelischen Kirche Württembergs* durch ihren Vorsitzenden, Stadtpfarrer Buck aus Backnang; Vortrag vom selben Pfarrer über den Diakonissenvater Fliedner; Berichterstattung über Veranstaltungen des *Evangelischen Männer- und Jünglingsvereins (Donnerstag, 22. März, abends 8 Uhr, im Vereinshaus zu Gunsten des Münsinger Soldatenheims: I. Aufführung des Kaiser-Wilhelm-Festspiels in 5 Abteilungen 1797-1813, 1814-1815, 1816-1866, 1866-1871, 1871-1888, verbunden mit Lichtbildern); Gründungsversammlung des Evangelischen Arbeiter-Vereins*.<sup>29</sup>

Eine ausführliche und von offener Sympathie getragene Berichterstattung galt dem Auftritt Friedrich Naumanns.<sup>30</sup> In einer ausführlichen Vorabkündigung wurde Naumann als *eine der interessantesten und bedeutendsten Persönlichkeiten der Gegenwart* gewürdigt. Zwei Tage

später wurde die Öffentlichkeit in einem Inserat auf die *Nationalsoziale Versammlung vom Führer der Nationalsozialen, Pfr. Friedrich Naumann aus Berlin*, erneut aufmerksam gemacht. Die Veranstaltung leitete Dekan Dr. Köstlin. Auf Bildungsbürger wie ihn – und andere Pfarrer, die sich ebenso wie Dr. Karl Nörr (1855 bis 1934), hiesiger Arzt, in der anschließenden Diskussion zu Wort meldeten – wirkte die Grundidee Naumanns offensichtlich faszinierend: „Eine Demokratie in Deutschland, so war seine Auffassung, war nur möglich, wenn die Arbeiterschaft als Träger der demokratischen Bewegung sich zur Nation bekannte“.<sup>31</sup> Dass diese Konzeption Naumanns mangels Interesse aus Arbeiterkreisen wegen des radikal verschiedenen Milieus scheitern könnte, offenbarte ein kleiner Zwischenfall während der Veranstaltung: *Der Aufforderung, dass sich der angemeldete sozial-demokratische Redner zum Wort zeige, wurde nicht entsprochen. Ungemein begeistert waren die patriotischen Schlussworte des Vorsitzenden*. Eine sich anschließende Kontroverse in den beiden Backnanger Zeitungen über den Verlauf des Abends zeigte zudem, dass Naumanns Kurs nicht unumstritten war.<sup>32</sup>

Was die Redaktion und sein Herausgeber Friedrich Stroh (1848 bis 1929) zu Anfang des Jahres 1906 *als Dank- und Willkommensgruß zum neuen Jahr* den Lesern mitteilten (Abb. S. 130),<sup>33</sup> war neben einem geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Zeitung und berechtigtem Stolz auf die unternehmerische Leistung eine bekenntnishafte Festlegung. Sie dürfte in Sprache und Inhalt durchaus typisch für den dominierenden konservativ-bürgerlichen Zeitgeist gewesen sein. Der württembergische Monarch und der deutsche Kaiser erfreuten sich wohlwollender Berichterstattung. An Kaisers Geburtstag am 27. Januar desselben Jahres wurde an die *Pflicht aller wahren Vaterlandsfreunde erinnert, sich und anderen zum Bewusstsein zu bringen, was für eine hoheitsvolle, bewundernswerte Persönlichkeit wir an unserm Kaiser haben*.<sup>34</sup>

<sup>28</sup> Helmut Bomm, Gerhard Fritz, Sabine Reustle und Rolf Schweizer: *Backnanger Stadtchronik*, Backnang 1991, S. 145; StAB Bac K 001-79, S. 717ff.

<sup>29</sup> MB vom 12. u. 27. Januar, 17. u. 21. Februar, 19. u. 21. März 1900 sowie vom 9. September 1907.

<sup>30</sup> Friedrich Naumann (1860 bis 1919). Pfarrer im Dienst der Inneren Mission, Mitarbeiter im Evangelisch-Sozialen Kongress. Gründung des National-Sozialen Vereins 1896, mit dem Naumann vergeblich versuchte, im Rahmen eines „sozialen Kaisertums“ die Arbeiterschaft mit dem nationalen Staat zu versöhnen.

<sup>31</sup> Helga Grebing: *Geschichte der deutschen Parteien*, Wiesbaden 1962, S. 36.

<sup>32</sup> MB vom 10., 12., 14. u. 19. März 1900; *Backnanger Volksfreund (BV)* vom 14. März 1900.

<sup>33</sup> MB vom 2. Januar u. 19. März 1900.

<sup>34</sup> MB vom 26. u. 27. Januar 1900.

# Abonnements-Einladung.

Der „Backnanger Volksfreund“ will Jedermanns Freund sein, er will versuchen, die Klassengegensätze zu mildern und mit seiner Stimme hergeben für eine weitere Belastung des Volkes.

Der „Backnanger Volksfreund“ erscheint dreimal wöchentlich mit der Gratisbeilage *Illustriertes Unterhaltungskaff*. Auf den Gebieten des Handels, der Industrie, Landwirtschaft etc. wird der „Backnanger Volksfreund“ stets das Neueste und Wissenswerteste bringen.

Die große Mülage des „Backnanger Volksfreund“ ist die beste Gewähr für die *Nützlichkeit* der Annoncen.

Helfe daher jeder freisinnig und objektiv denkende Bürger mit, der volkstümlichen Sache mehr Anhänger zuzuführen!

Mit dem 1. Januar 1896 hat das Abonnement auf den „Backnanger Volksfreund“ begonnen und werden Bestellungen noch fortwährend entgegengenommen.

Angehängte Zettel bitten wir auszufüllen.

## Die Redaktion des „Backnanger Volksfreund“.

*Selbstverständnis des „Backnanger Volksfreunds“ (Erste Ausgabe 2. Januar 1896).*

Der „Backnanger Volksfreund“ sprach mit seiner Themenwahl und dem intellektuellen und sprachlichen Niveau ebenso ausschließlich bürgerliche Schichten an. Worin er sich jedoch deutlich von der konservativen Zeitung unterschied, das waren die Attacken auf die Reichspolitik. In einer für ein regional begrenztes Lesepublikum ungewöhnlichen Weise verrann-

te sich die Zeitung regelrecht in eine scharfzüngige Berichterstattung über die kaiserliche Flotten- und Weltpolitik, die seit 1900 vom neuen Reichskanzler Bernhard von Bülow (1849 bis 1929) in der Öffentlichkeit vertreten wurde. Einige Schlagzeilen sollen dies belegen: *Die Stettiner Reden des Grafen Bülow über die Weltpolitik; Von der Flotte auf Pump; Das*

*In seiner politischen Richtung wird der Murrthal-Bote den Weg, den er bisher gegangen, unentwegt weiterschreiten, also einer konservativen Richtung, die weder Stillstand noch Rückschritt kennt, huldigen und den alten Glauben festhalten, dass allüberall, auch im politischen Wechsel der Zeiten, Gott im Regimente sitzt. Unbeirrt um politische Konstellationen wird er ein aufrichtiger und treuer Anhänger des großen deutschen Vaterlandes und wenn auch in minderer Kraft ein Förderer von dessen Größe und Ausbau sein und bleiben, seinem Schwabenland und -Fürsten aber mit derselben Treue dienen. Alles Gute und Edle zu fördern, wird ihm auch fernerhin heilige Pflicht sein.  
Das walte Gott!*

Friedrich Stroh zum 75-jährigen Jubiläum des Murrthal-Boten.

„wahre Gesicht“ über die tatsächlichen Kosten der Flottenbaupläne; Mehr Kanonen – eine Forderung der Menschlichkeit. Die Zeit der überschäumenden Flotten- und Weltmachtbegeisterung wurde einer ironischen Kritik unterzogen: Den Berichten über prunkvolle Feste, geräuschvolle Flotten-Veranstaltungen, bei denen wir hören, wie großartig es den Deutschen geht und wie reich wir sind, um Milliarde für Milliarde für unsere Flotte auszugeben, wollen wir an der Hand der ‚Leipziger Volks-Ztg.‘ ein kleines Kulturbildchen über das in manchen Gegenden unseres Vaterlandes chronische Weberelend entrollen.<sup>35</sup> Reden von Kritikern dieser kaiserlichen Politik (Eugen Richter, Conrad Haußmann, August Bebel) wurden abgedruckt.

Ein zweites Lieblingsthema des „Backnanger Volksfreundes“ waren satirische Seitenhiebe auf eine spießige Moral oder Frömmerei, so wie es die Zeitung sah: *Protest wider die Sittlichkeits-Muckerei; Die konservative Tugendheuchelei; Der Duellmord und unsere Frommen*. Dass sich eine Backnanger Provinzzeitung des überholten Duellrituals annahm, wirkte recht seltsam. Da durfte offensichtlich ein Haller Redakteur seinen Lieblingsthemen freien Lauf lassen. Überhaupt hatte die Zeitung die Tendenz, maßlos in der Kritik zu werden, wenn sie z. B. in die Satire geriet mit Spottgedichten auf den *Palmsontag*, den *Charfreitag* und die *Konfirmation*.<sup>36</sup> War der Redaktion eigentlich nicht klar, dass für eine derartig kämpfe-

rische linksliberale Positionsbestimmung im ländlichen Oberamt Backnang schwerlich eine nennenswerte Leserschicht zu finden war?

Dekan Dr. Köstlin charakterisierte in seinem *Pfarrbericht* von 1906 die beiden Zeitungen folgendermaßen: *Von den zwei hier erscheinenden Tagesblättern Murrthal-Bote und Backnanger Volksfreund bringt das erste an jedem christlichen Festtag eine erbauliche Festbetrachtung. Die Festbetrachtungen des demokratischen Volksfreunds haben einen sentimental-weltbürgerlichen Ton, seine Spezialität ist die Schwärmerei für allgemeinen Weltfrieden à tout prix. Doch hat der vielgelesene Murrthal-Bote einen guten Einfluss.*<sup>37</sup>

Im Unterschied zum „Murrthal-Boten“ finden sich im „Backnanger Volksfreund“ deutlich früher Inserate, die auf Veranstaltungen der Arbeiterbewegung hinweisen. Im Jahre 1900 wird beispielsweise nur in der liberalen Zeitung auf das Maifest der Arbeiterschaft Backnangs aufmerksam gemacht. Beide Zeitungen hatten jedoch keinerlei eigene Berichterstattung über die Arbeiterschaft. Ihnen fehlte ein Zugang zu dem spezifischen Arbeitermilieu. Für sozialdemokratisch orientierte Wähler war damit in Backnang kein in der Öffentlichkeit vertretenes Presseorgan vorhanden. Und es dürfte wohl unwahrscheinlich gewesen sein, dass sich einzelne Exemplare der „Schwäbischen Tagwacht“ regelmäßig als Abonnenten-Exemplare nach Backnang verirren.<sup>38</sup>

<sup>35</sup> BV vom 16., 17., 26. u. 31. Januar, 14., 20. u. 28. Februar sowie 1. März 1900.

<sup>36</sup> BV vom 17. u. 26. März sowie 9. u. 14. April 1900.

<sup>37</sup> Pfarrbericht (wie Anm. 23), S. 12.

<sup>38</sup> Die in Stuttgart redigierte „Schwäbische Tagwacht“ war mit einer Auflage von 22 000 Exemplaren im Jahre 1908 das bekannteste und wichtigste sozialdemokratische Presseorgan. Jörg Schadt/Wolfgang Schmierer (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 3), S. 358.

## Die Landtagswahlen von 1900, 1906 und 1912

### Die Landtagswahl vom 5. Dezember 1900

Die Landtagswahlen fanden in den beiden Backnanger Zeitungen eine deutliche Resonanz. Jeweils einige Tage vor dem Wahltermin spiegelten die Inserate mit politischem Inhalt den einsetzenden bürgerlichen Konkurrenzkampf wider. Dabei wurden die beiden Zeitungen jeweils als Kampfblatt genutzt. Dem konservativen Lager stand der „Murrthal-Bote“ offen. *Deutsch-national* denkende Männer wie Eckstein, der der Deutschen Partei angehörte, christlich geprägte Wähler sowie Interessengruppen des Mittelstandes und des *Bundes der Landwirte* waren in einem lockeren Wahlbündnis vereint. Das liberale Lager bestand aus *freigesinnt* denkenden Männern, der *Volkspartei* sowie ortsansässigen Kaufleuten und Fabrikanten.<sup>39</sup> Dieses ebenso lockere Wahlkomitee bediente sich des „Backnanger Volksfreundes“.

Die Wahlen waren ausschließlich personenbezogen. Das lag am Wahlrecht (Mehrheitswahl im ersten Wahlgang), aber auch daran, dass „Parteien“ im bürgerlichen Lager mit einer festen Organisationsform kaum existierten. Es handelte sich bei ihnen um Honoratiorenkomitees, die sich rechtzeitig vor den Wahlen in vertrauter Runde auf einen Kandidaten einigten. Bei Robert Kaess, der bereits Landtagsabgeordneter seit 1895 und zugleich Vorsitzender der hiesigen Volkspartei war, gab es keinerlei Diskussion. Er würde auch 1900 wieder als Kandidat antreten.<sup>40</sup> Als Lederfabrikant der Carl-Kaess-GmbH konnte er es sich leisten, rechtzeitig vor dem Wahltermin in großformatigen Anzeigen im liberalen Hausblatt alle potenziellen Kandidaten in die Schranken zu weisen. Und in der Tat verzichtete das konservative Lager 1900 auf einen eigenen Kandidaten, auch wegen Spaltungstendenzen in den eigenen Reihen. Das konservative Wahlkomitee empfahl stattdessen den Wählern, die *treu zur deutsch-nationalen Sache halten*, Stimmenthaltung.<sup>41</sup>

Die SPD, deren öffentliche Resonanz gering war, ging ihren völlig eigenständigen Weg. Sie wusste eine kleine, aber schlagkräftige Organisation hinter sich und konnte sich bei der wachsenden Zahl unselbständiger Handwerker und Arbeiter ihrer Wähler sicher sein. In einem stark milieugeprägten Umfeld bauten die Sozialdemokraten in zäher Kleinarbeit ein Netz von Sympathisanten und überzeugten Anhängern auf. Zu ihren Gründungsmitgliedern gehörten der Restaurateur Gottlieb Bräuchle, der im Haus des ersten Parteilokals *Zur Uhr* wohnte, sowie die beiden Schuhmacher Hermann Uebelmesser und Heinrich Schnepf. Sie leiteten eine *Bürgerrechts-Kommission* innerhalb des *Sozialdemokratischen Arbeiter-Vereins*, deren Aufgabe es war, Neankömmlingen das hiesige

Die  
**Mai-Feier**  
findet statt am  
**Sonntag den 6. Mai 1900.**

**Programm:**

Nachmittags 1 Uhr: Festzug vom Lokal (2. Uhr) durch die Stadt auf die Platte, wo Musik und Kinderbelustigung stattfindet.

Abends von 7 Uhr an:  
Festprolog und Festrede, Musik, Theater  
(Der entlarvte Spitzel), lebende Bilder, kom. Vorträge (Die beiden betribbten Rekruten)  
und zum Schluß:

**Sanz-Unterhaltung.**

Eintritt auf die Platte 10 Pfg. à Person, im Schwane-saal abends 20 Pfg., eine Dame frei.  
NB. Bei schlechter Witterung findet der Festzug um 3 Uhr in den Schwane-saal statt.  
Eintritt dann 30 Pfg.  
Die Arbeiterschaft Backnangs wird zu zahlreicher Beteiligung freundlich eingeladen.

**Das Maifest-Komitee.**

Einladung des Maifest-Komitees zur Mai-Feier am 6. Mai 1900 (Backnanger Volksfreund vom 3. Mai 1900).

<sup>39</sup> Zur Volkspartei in Württemberg vgl. Klaus Simon: Württembergischer Liberalismus in der Zeit der Demokratisierung und Parlamentarisierung. – In: Paul Rothmund/Erhard R. Wiehn (Hrsg.): Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 4), S. 97-115.

<sup>40</sup> Vgl. Frank Raberg: Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815-1933, Stuttgart 2001, S. 416.

<sup>41</sup> Die Inserate von Robert Kaess liefen ab 24. November 1900 im „Backnanger Volksfreund“ an. Der Wahlaufruf des konservativen Lagers zur Stimmenthaltung befindet sich in der Ausgabe des „Murrthal-Boten“ vom 3. Dezember 1900.

Bürgerrecht als Voraussetzung eines Wahlrechts zu verschaffen.<sup>42</sup>

Von besonderer Bedeutung zur Mobilisierung der Anhänger waren die Maikundgebungen. Diese Maifeste ließen ein Gefühl der klassenmäßigen Zusammengehörigkeit und Solidarität aufkommen und erhielten im Laufe der Jahre enorme Symbolkraft für die Arbeiterbewegung. In Backnang riefen Anfang Mai 1900 das *Maifest-Komitee* und der *Zentralverband der Lederarbeiter alle in der Gerberei Beschäftigten Arbeiter* Backnangs dazu auf, am Sonntag, dem 6. Mai, dem Maifest beizuwohnen, das nach einem Umzug in der Stadt im Parteilokal *In der Limpurg* ausklingen sollte.<sup>43</sup> Die Zweite Internationale der Arbeiterbewegung, die von der SPD geprägt war, hatte 1889 auf ihrem Gründungskongress den 1. Mai als *Kampftag der Arbeit* ausgerufen. Dies aber durchzusetzen, war mühe- und gefährvoll, denn es drohten Aussperrungen von Unternehmerseite. Es war die württembergische Regierung, die als erste in Deutschland den Freien Gewerkschaften und der SPD 1898 gestattete, am 1. Mai einen Umzug durch Stuttgart zu veranstalten. Der König selbst unterschrieb die polizeiliche Genehmigung der Demonstration.<sup>44</sup> Mit diesem Akt der politischen Klugheit wurden auch Konfrontationen vermieden, die in Preußen und Sachsen an der Tagesordnung waren und das Klima belasteten. Während in Stuttgart friedlich dieses Maifest am 1. Mai, einem Dienstag, abgehalten wurde, zog man es Jahr für Jahr in Backnang vor, auf den kommenden Sonntag auszuweichen. Über die Gründe hierfür können nur Vermutungen angestellt werden. War es die Rücksichtnahme auf die wirtschaftlich sehr angespannte Lage vieler Gerber?

Das Ergebnis der Wahl vom 5. Dezember 1900 war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert: Von den 6182 Wahlberechtigten des Oberamtsbezirkes gingen wegen der Kampagne der Konservativen nur 2850, d. h. 46,1 % zur Wahlurne – eine für die damalige Zeit außergewöhnlich niedrige Wahlbeteiligung. In seiner Heimatstadt Backnang wurde Robert Kaess nur von 33,9 %, in Murrhardt gar von nur 22,1 %

der Wahlberechtigten gewählt. Wenn er dennoch als klarer Sieger mit 75,4 % der abgegebenen Stimmen aus der Wahl hervorging, so täuscht dieses Ergebnis einen strahlenden Sieg nur vor. Denn die hohe Stimmenzahl für ihn hatte er ohne sein Zutun dem sozialdemokratischen Kandidaten Seyther zu verdanken, der als einzig ernstzunehmender Gegenkandidat zu gelten hatte. Dieser kam aber als Alternative für bürgerliche und bäuerliche Wählerkreise nicht in Frage. Der Sozialdemokrat konnte dagegen mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein, hatte seine Partei doch von ganzen 98 (!) Stimmen im Jahre 1895 auf jetzt 573 Stimmen zugelegt. Und in Backnang hatte er mit 38,2 % mehr als einen Achtungserfolg errungen.<sup>45</sup>

### Die Landtagswahl vom 5. Dezember 1906

Diese Wahl zeigte erneut den schroffen Gegensatz zwischen dem konservativen und dem freisinnigen Lager. Der Landwirt Wilhelm Metzger (1860 bis 1926) vom Ungeheuerhof war als ein Kompromiss-Kandidat des *Wahlkomitee(s) der deutschen Partei, der konservativen Partei und für den Bund der Landwirte* aufgestellt worden. In Backnang war er kein Unbekannter, denn er war Mitglied sowohl im städtischen als auch im kirchlichen Gemeinderat. Robert Kaess wollte es noch einmal wissen und trat erneut an. Neu war, dass die SPD mit Wilhelm Erlenbusch dieses Mal einen Gerber aus Backnang aufstellte.<sup>46</sup>

Wieder war das Ergebnis sehr aufschlussreich.<sup>47</sup> Metzger, der konservative Kandidat, war mit 45,9 % aller abgegebenen Stimmen der eindeutige Sieger. Kaess erhielt 31,5 % und Erlenbusch 22,6 % der Stimmen. In Backnang selbst errang Kaess mit 36,1 % nur einen hauchdünnen Vorsprung vor Erlenbusch, der hier auf 35,8 % kam. Metzger konnte in den drei Backnanger Wahlbezirken nur einen Gesamtanteil von 26,8 % erlangen. Lediglich im Wahlbezirk III, der auch ländliche *Parzellen* einschloss (Stiftsgrundhof, Ungeheuerhof, Schöntal, Staigacker), setzte er sich eindeutig durch. Die Sozialdemokraten konnten dagegen vor

<sup>42</sup> BV vom 3. März 1900.

<sup>43</sup> BV vom 3. bis 5. Mai 1900.

<sup>44</sup> Maja Christ-Gmelin: Die württembergische Sozialdemokratie 1890-1914. – In: Schadt/Schmierer (wie Anm. 38), S. 114.

<sup>45</sup> MB vom 6. Dezember 1900.

<sup>46</sup> Erich Bauer widmete Wilhelm Erlenbusch anlässlich seines fünfzigsten Todestages einen Aufsatz: Wilhelm Erlenbusch (1871 bis 1944). – In: BJB 3, Backnang 1995, S. 87-102.

<sup>47</sup> MB vom 6. Dezember 1906.

allem im Wahlbezirk I 46,7 % aller Stimmen erringen. Er umfasste die Obere Marktstraße, Untere Marktstraße, Marktplatz, Ölberg, Postgasse, Wassergasse, Badstraße, Gartenstraße, Sulzbacher Straße, Walksteige u. a. Auch in Murrhardt schnitt Erlenbusch beachtlich ab. Trotz dieser Erfolge war aber nicht zu übersehen, dass die Sozialdemokraten mit einem strukturellen Problem zu kämpfen hatten. Denn 61 % ihrer Stimmen kamen aus Backnang und Murrhardt; ganz anders sah dies in den ländlichen Gebieten im Oberamtsbezirk aus.

Seines Sieges konnte Metzger allerdings nicht froh werden, denn er hatte mit 45,9 % die erforderliche absolute Mehrheit verfehlt. Das Wahlgesetz sah in diesem Fall eine Nachwahl mit Stichwahl vor und erlaubte Listenverbindungen. Dabei kam es im Dezember 1906 in Württemberg zu einem in dieser Form bisher beispiellosen Zusammengehen von Freiheitlicher Volkspartei mit der SPD. Der konservative „Murrthal-Bote“ nahm dies unter der Überschrift *Das rote Kartell* mit Ingrimms zur Kenntnis: *Die volksparteilichen Führer in Stuttgart, die durch ihre radikale Haltung bekannt sind, haben kurzerhand sich entschlossen, Wahlkreise wie Maulbronn, Nürtingen, Heidenheim an die Sozialdemokratie auszuliefern, Wahlkreise, die noch nie im Besitz der Sozialdemokraten waren und die zum Teil noch eine doppelte bürgerliche Mehrheit aufweisen.*<sup>48</sup> Das Bündnis sollte der Volkspartei gar nichts nützen, ihr Erosionsprozess setzte sich fort. Wohl aber profitierte die SPD von den Absprachen. Gegenüber 1900 konnte sie ihre Mandatszahl von 10 auf 15 verbessern.<sup>49</sup>

Es erstaunt, dass bei der weltanschaulich so stark geprägten Ausrichtung der politischen Gruppierungen ein derartiger Wähleraustausch überhaupt denkbar war. Dass dieses Geschäft auf Gegenseitigkeit auch durchaus den Charakter eines Kuhhandels haben konnte, war in Backnang zu erleben. Denn hier gab Erlenbusch rechtzeitig vor der Stichwahl eine öffentliche Erklärung ab, bei der er seine Wähler aufforderte, Robert Kaess zu wählen, *da die Gefahr besteht, dass das Mandat einem Vertreter der reaktionären Partei zufallen könnte.* Das Wahlkomitee der Konservativen wandte sich darauf-

hin in einem *ernste(n) Wort in letzter Stunde an seine Wähler: Auf den Krücken der Sozialdemokratie will der seitherige Abgeordnete der Volkspartei in den Landtag humpeln.* Außerdem druckte der „Murrthal-Bote“ einen scharfen Kommentar ab, dessen Brisanz darin lag, dass er über genaue Kenntnisse des Gerberstreiks vom Sommer des Wahljahres 1906 verfügte: *Herr Robert Käß hat im Sommer ds. Js. aus Anlass des hies. Gerberstreiks gegen die Sozialdemokratie getobt und gewütet, das Koalitionsrecht der Arbeiter missachtet, seine eigenen Arbeiter ausgesperrt, für die Versammlungen der Streikenden polizeiliche Ueberwachung gewünscht, über das Verhalten der Bezirks- und Ortspolizeibehörde, die ihm gegen die Streikenden nicht scharf und schneidig genug vorging, sich beschwert und sogar nach militärischer Hilfe ausgeschaut. Beweise hiefür stehen zur Verfügung. Heute hat Herr Käß um die Hilfe derselben Sozialdemokraten geworben und sich ihre Unterstützung im Kampf um das ‚Mandätschen‘ durch einen Pakt mit ihrem Führer Erlenbusch, dem die Volkspartei vorgestern zu einem Bürgerausschuß-Sitz verhalf, zu erkaufen gesucht. (...) Ein Arbeiter, der den Käß wählt, ist kein Mann! Arbeiter, seid Männer!*<sup>50</sup>

Diese polemische Erklärung blieb jedoch weitgehend ohne Wirkung, denn Erlenbusch konnte sich bei diesem reichlich abenteuerlichen Wahlbündnis auf die Disziplin seiner Genossen und Wähler verlassen. Den Wahlsieg im zweiten Wahlgang über den konservativen Kandidaten Metzger hatte Kaess dann auch ausschließlich den sozialdemokratischen Wählern zu verdanken! Wenn man nämlich die Stimmen von Kaess und Erlenbusch aus dem ersten Wahlgang im Oberamtsbezirk zusammenzählt (1 499 + 1 075 Stimmen), dann kommt man dem Endergebnis für Kaess von 2907 Stimmen entscheidend näher. In Backnang schnellte sein Stimmanteil von 499 auf 1 127 hoch, in Murrhardt von 279 auf 516. Metzger konnte dagegen in diesen beiden Städten nur noch unerheblich zulegen.<sup>51</sup> Zum zweiten Mal musste damit das konservative Lager eine Niederlage in einem Oberamtsbezirk hinnehmen, der strukturell gesehen, eigentlich ihr Reservoir hätte sein müssen.

<sup>48</sup> MB vom 13. Dezember 1906.

<sup>49</sup> Christ-Gmelin (wie Anm. 44), S. 126f.; Simon (wie Anm. 39), S. 104ff.

<sup>50</sup> MB vom 15. Dezember 1906.

<sup>51</sup> MB vom 18. Dezember 1906.

Die Landtagswahl  
vom 16. November 1912

Diese Wahl war in doppelter Hinsicht spannungsgeladen. Das liberale Lager wollte den Wahlkreis natürlich halten, nachdem Kaess verzichtet hatte, das konservative Lager wollte ihn aber unbedingt nach den vergeblichen Anläufen erobern. Vor allem ließen die beiden Kandidaten aus dem bürgerlichen Lager aufhorchen: Es waren Dr. Theodor Heuss (1884 bis 1963) aus Heilbronn von der Fortschrittlichen Volkspartei und der Buchdruckereibesitzer Friedrich Stroh von den Konservativen aus Backnang. Dass ein nicht im Oberamtsbezirk ansässiger Kandidat

auftrat, kam – vor allem bei der SPD – häufiger vor. Unsicherheit herrschte aber darüber, ob der Heilbronner Redakteur, der zum Kreis um Friedrich Naumann gehörte, den Wählern ausreichend bekannt gemacht werden konnte. Stroh dagegen war eine in Backnang geschätzte Persönlichkeit mit langjähriger Erfahrung im Gemeinderat. Als Herausgeber des „Murrthal-Boten“ war er den politisch Interessierten ein Begriff.

Im Oberamtsbezirk Backnang ergaben sich zum Teil erstaunliche Ergebnisse: Dr. Heuss konnte in den beiden größten Städten, Backnang und Murrhardt, hervorragend abschneiden. Diese Wahl stellte offensichtlich vor allem in den großen Ortschaften für viele Wähler

1906 Hauptwahl			1906 Nachwahl		Wahlbe- rechtigte	Abge- stimmt	1912 Hauptwahl			
Metzger H. b. V. Konf. D.P.	Räb Sp.	Erlen- busch Soz.	Metzger	Räb Sp. Soz.			Stroh Konf. H. b. V.	Dr. Heuß F. P.	Erlen- busch Soz.	
88	155	215	95	419	Backnang I	566	499	108	141	248
96	171	164	113	392	Backnang II	589	507	139	169	193
187	173	116	211	316	Backnang III	601	528	233	163	131
74	10	13	76	32	Allmersbach	120	97	83	4	9
66	51	5	68	72	Mithütte	190	85	33	28	23
41	—	—	46	—	Bruch	45	41	37	—	3
41	2	4	40	7	Cottenweiler	51	41	36	—	5
5	3	10	13	14	Ebersberg	39	23	12	5	6
80	30	6	110	38	Fornsboch	184	118	73	28	17
59	53	2	65	64	Grab	148	102	59	25	16
117	58	29	130	106	Großaspach	279	193	122	27	42
28	34	24	35	68	Großlach	137	82	23	35	24
48	—	5	48	6	Heiningen	61	53	43	—	10
32	12	—	34	11	Heutenßbach	49	38	32	4	2
10	16	30	19	45	Jug	74	64	10	24	30
67	16	31	78	36	Lippoldsweiler	154	89	51	15	22
			siehe Waldbremß		Maubach	72	62	47	5	10
116	279	161	214	516	Murrhardt I	556	360	20	171	169
21	1	17	25	19	Murrhardt II	381	141	89	25	27
62	54	13	77	79	Neufürstehütte	64	38	12	5	21
86	2	—	85	5	Oberbrüben	209	119	59	12	48
47	21	15	58	34	Oberweißbach	82	70	69	1	—
123	36	11	139	56	Oppenweiler	118	74	29	23	15
91	15	1	95	19	Reichenberg	245	142	108	15	18
83	3	21	108	16	Rietenau	100	81	64	13	4
41	49	51	50	107	Sechselberg	155	63	37	4	22
69	4	16	76	18	Spiegelberg	176	134	47	23	64
61	—	—	61	—	Steinbach	121	94	54	9	31
97	181	71	141	286	Strümpfelbach	60	49	46	1	2
28	25	21	30	52	Sulzbach	534	368	116	128	122
139	30	11	147	49	Unterbrüben	92	75	32	13	30
77	15	12	89	25	Unterweißbach	211	156	110	19	27
					Waldbremß	63	53	47	—	6
2180	1499	1075	2578	2907		6526	4651	2080	1136	1396

Wahl 1895: Räb 2412, Metzger sen. 1792, Soz. 98. (1906: 6392.) Nachwahl am 29. Novbr.  
Wahl 1900: Räb 2151, Soz. 573. Gröber 8. Ungültig 16. Zersplittert 3.

Ergebnis der Landtagswahl vom 16. November 1912 im Oberamt Backnang mit Vergleichszahlen der Wahlen von 1906 (Murrthal-Bote vom 18. Dezember 1912).

eine klare Richtungswahl dar. Stroh erzielte in Ortschaften mit einem ländlichen Umfeld eine zum Teil erdrückende Mehrheit. Dagegen war das Ergebnis in Backnang eher enttäuschend für ihn. Die Spaltung des Bürgertums in zwei verschiedene politische Lager zeigte sich hier deutlich. Und Erlenbusch bewies, dass die Sozialdemokratie in Orten wie Backnang, Murrhardt und Sulzbach eine bedeutende Kraft geworden war. Sowohl in Backnang als auch im gesamten Oberamtsbezirk hatte sich Erlenbusch noch vor Heuss an die zweite Stelle geschoben. Insgesamt lag Stroh mit 2 080 Stimmen vor Erlenbusch mit 1396 Stimmen und Heuss mit 1 136 Stimmen.<sup>52</sup> Alles kam damit auf den erforderlichen zweiten Wahlgang an.

Dieses Mal gab es für die Nachwahl vom 29. November 1912 keine offiziellen Absprachen von Volkspartei und Sozialdemokratie in Württemberg. Erlenbusch forderte dennoch in einem Aufruf *An die sozialdemokratischen Wähler des Oberamts Backnang* zur Stimmabgabe zugunsten des Kandidaten der Volkspartei, Dr. Heuss auf.<sup>53</sup> Entsprechend fielen Heuss vor allem in Backnang und Murrhardt sozialdemokratische Wählerstimmen in der Stichwahl zu: In Backnang erhielt er 1 002 Stimmen statt 473 in der Hauptwahl, in Murrhardt 435 Stimmen statt 196. Stroh lag hier am 29. November mit 537 bzw. 201 Stimmen klar an zweiter Stelle. Aber im Unterschied zur letzten Wahl konnte der konservative Kandidat

seine Mehrheit in den ländlichen Bezirken noch einmal deutlich steigern. Im Endergebnis lag Stroh mit 2 723 Stimmen eindeutig vor Heuss (2 473 Stimmen) und war damit Wahlsieger.<sup>54</sup>

Der Wahlausgang stärkte in Württemberg das Zentrum und die Konservativen, während die beiden liberalen Parteien offenbar ihr Wählerreservoir ausgeschöpft hatten: „Die Landtagswahlen 1912 verschoben die politischen Kräfteverhältnisse weiter nach rechts“.<sup>55</sup> Zum Erfolg der beiden christlichen Parteien trug entscheidend bei, dass sie ihren Wahlkampf aufeinander abgestimmt hatten. Sie zogen mit 50 % aller Mandate in die Kammer der Abgeordneten ein. Vor allem die großbürgerlichen Nationalliberalen, die bis 1895 als Deutsche Partei eine Art Regierungspartei in Württemberg gewesen waren, erlitten dagegen einen fortlaufenden Bedeutungsverlust. Es zeigte sich, dass die beiden liberalen Parteien bei der Entwicklung des Parteienwesens zu Massenparteien ihre Schwierigkeiten hatten. Aber auch die SPD war unzufrieden mit dem Ausgang der Wahl und nannte „auf reformistischer Seite“ als Gründe für das schlechte Abschneiden „vor allem die innerparteilichen Streitigkeiten“.<sup>56</sup> Der neue Landtag setzte sich folgendermaßen zusammen: 26 Mandate für das Zentrum (Oberschwaben und Hohenzollern!), 20 Mandate für den konservativen Block, 19 Mandate für die Fortschrittliche Volkspartei, 17 Mandate für die Sozialdemokraten und 10 Mandate für die Nationalliberalen.<sup>57</sup>

*Ihre höchsten Verdienste  
in glänzender Führung  
beweisen seine sorgfältige  
Mitwirkung  
für konservative Wähler*

*Friedrich Buck*  
Stadtpfarrer

*30. Nov. 1912. Backnang.*

Stadtpfarrer Friedrich Buck gratulierte Friedrich Stroh auf der Rückseite seiner Visitenkarte als ein konservativer Wähler zu dessen Wahlerfolg am 29. November 1912.

<sup>52</sup> MB vom 18. November 1912.

<sup>53</sup> MB vom 25. November 1912.

<sup>54</sup> MB vom 30. November 1912.

<sup>55</sup> Christ-Gmelin (wie Anm. 44), S. 126.

<sup>56</sup> Ebd., S. 127.

<sup>57</sup> MB vom 30. November 1912.

## Der Gemeinderat und sein schwieriger Umgang mit der Sozialdemokratie

Die Gemeinderatsprotokolle der damaligen Zeit vermitteln zumeist ein völlig unpolitisches Bild. Für den Gemeinderat und den Bürgerausschuss wurden Einzelbewerber gewählt, hinter denen keine Parteien standen, denn diese gab es in organisierter Form in den einzelnen Kommunen nur rudimentär. Der Bürgerausschuss war in gleicher Zahl wie der Gemeinderat besetzt und hatte folgende Funktion: *Weil die Bürgerschaft keinen unmittelbaren Anteil an der öffentlichen Verwaltung hat, so wird sie bei gewissen Gegenständen der Gemeindeverwaltung dem Gemeinderat gegenüber durch einen beständigen Bürgerausschuss vertreten.*<sup>58</sup> Die Erörterungen über Lokalangelegenheiten lassen dann auch in den meisten Sitzungen keine parteipolitische Orientierung erkennen. Wenn z. B. Deputierte zur Ortsschulbehörde zu wählen waren, dann entschied die Reputation des Einzelnen über die auf ihn entfallenden Stimmzahlen.<sup>59</sup> Sowohl bei einem *ablehnenden Beschluss* als auch bei Zustimmung wurden keine abweichenden Stimmen bekannt. *Nach eingehender Beratung kommt der Gemeinderat unter Zustimmung des Bürgerausschusses einhellig zu dem Beschlusse* – so oder ähnlich lauten die Formulierungen nach erfolgter Abstimmung.<sup>60</sup> Selbst bei kontroversen Auseinandersetzungen, wie sie in dieser Arbeit bei den Schulverhältnissen dargestellt werden, können die Bedenkenträger oder Neinsager nur selten nachgewiesen werden. Zu sehr waren offenbar bei den *bürgerlichen Kollegien* noch obrigkeitsstaatliche Vorstellungen verwurzelt, die ein starkes Gremium mit einer einheitlichen Willensbildung suggerieren sollten.

Es waren bezeichnenderweise Kontroversen, welche soziale Probleme offenbarten, die zu deutlich erkennbaren Kampfabstimmungen führten. Ein solcher Gegenstand betraf z. B. die Eingabe zweier Bauunternehmer im Frühjahr 1912, die *anlässlich des beim Schulhausneubau ausgebrochenen Maurerstreiks im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf der Baustelle* strafrechtliche Handhabungen forderten. *Diese Eingabe hat eine lebhaft Aus-*

*sprache im Gefolge. Während der Vorsitzende in Übereinstimmung mit den Gemeinderäten Stroh und Hildt für die Genehmigung des Gesuchs eintritt, ist Gemeinderat Erlenbusch für Ablehnung, da der Gemeinderat Neutralität bewahren und sich nicht in den Lohnkampf einmischen solle.* Der liberal eingestellte und vermittelnde Gemeinderat Erich Faber (1877 bis 1959) schlug einen Kompromiss vor, dass zwar *das Hausrecht an die Gesuchsteller übergehen solle, der Gemeinderat sich aber weiterhin die Befugnis, gegebenenfalls Strafantrag zu stellen, vorbehalten solle. Er stellt dementsprechenden Antrag. Der Vorsitzende findet hiegegen nichts einzuwenden. In namentlicher Abstimmung wird das Gesuch in seiner ursprünglichen Form mit 6 gegen 4 Stimmen (Adolff, Hildt, Stroh und Wieland) abgelehnt, dagegen mit dem von Gemeinderat Faber gestellten Zusatz- bzw. Änderungsantrag, „unter Vorbehalt des Rechts Strafantrag zu stellen für den Gemeinderat“, mit 8 gegen 2 Stimmen (Erlenbusch und Diller) genehmigt.*<sup>61</sup> Bei dieser Beratung wurden drei Gruppierungen im Gemeinderat im Sinn einer konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Zuordnung sichtbar.

Zu einer leidenschaftlich geführten Kontroverse, die sich über Jahre hinzog, wuchs sich eine scheinbar unbedeutende *Eingabe des hiesigen Turnerbundes* vom 25. Juni 1912 aus, wegen *Überlassung der Turnhalle Montags und Freitags in gegen seither erweitertem Maße von abends 6 1/2 Uhr an wegen starken Andrangs.* Auch *um Überlassung des Turnplatzes wegen eines zum Schlusse der Sommerturnübungen abzuhaltenden Schauturnens* wurde gebeten. Die Gegensätze zwischen den bürgerlichen und sozialdemokratischen Gemeindevertretern brachen an dieser so harmlos wirkenden Beratung in voller Schärfe hervor. Insgesamt viermal war der Gemeinderat damit befasst, und jedes Mal schmetterte er das Anliegen des Turnerbundes ab.

Stadtschultheiß Eckstein gab bereits in der ersten Sitzung dem Beratungsgegenstand eine politische Dimension, als er feststellte: *Wie allgemein bekannt, (ist) der Turnerbund im Laufe dieses Vorsommers aus der Deutschen Turnerschaft ausgetreten und dem Arbeiterturner-*

<sup>58</sup> Die Gemeindeordnung Württembergs, dargestellt nach dem neuesten Zustand der Gesetzgebung von Dr. C. Schütz, Stuttgart 1837, S. 34.

<sup>59</sup> StAB Bac G 001-70, Bl. 148ff u. 482f.

<sup>60</sup> StAB Bac G 001-71, Bl. 296-302.

<sup>61</sup> Ebd., Bl. 366f.

*bund, der politische und zwar ausschließlich sozialdemokratische Tendenzen verfolg(t), beigetreten.* Damit sei eine neue Sachlage entstanden, die eine *Prüfung des grundsätzlichen Standpunktes*, nämlich den Turnerbund wie bisher mit dem bürgerlichen Turnverein gleichzusetzen, erforderlich mache. Er beantragte, das Ansinnen des (Arbeiter-)Turnerbundes abschlägig zu bescheiden, so wie es auch Ulm und Schwäbisch Hall *in der nämlichen Angelegenheit* bereits getan hätten. Der Sozialdemokrat Erlenbusch beharrte auf einer Billigung dieser Eingabe und verwies auf andere Städte, die im Sinne seines Antrages entschieden hätten. Eckstein konterte daraufhin mit dem Vorwurf, es sei Zweck des Arbeiterturnerbundes *unter dem Vorwand der turnerischen Ausbildung diese zu Sozialdemokraten zu erziehen. Derartige Bestrebungen verdienen aber nicht, stadtseits unterstützt zu werden.* Gemeinderat Faber plädierte für eine *entschieden liberale* Beschlussfassung: *Wenn die jungen Leute turnen, so turnen sie nicht sozialdemokratisch – wie es auch kein christliches und jüdisches Turnen (gibt) und verfolgen keine staatsgefährlichen Tendenzen.* Die Positionen näherten sich aber trotz dieses Vermittlungsversuches nicht an. *Bei der sich anschließenden namentlichen Abstimmung wird dieser Antrag mit 7 (Adolff, Hildt, Holzapfel, Kunberger, Stroh, Wieland und Wühler) gegen 5 Stimmen (Diller, Erlenbusch, Faber, Kummerer und Volz) bei einer Stimmenthaltung (Bartenbach), die nach der Ge.de.O. (Gemeindeordnung) als verneinend zu betrachten ist, abgelehnt.*<sup>62</sup>

In der Folgezeit versuchte der Turnerbund durch öffentliche Agitation und wiederholte Eingaben im Gemeinderat Druck auszuüben, wodurch er sich, wie auch Faber kritisierte, *in weiten Kreisen der Bürgerschaft Sympathie verschert* habe. An der einmal gefassten Beschlusslage änderte dies aber nichts.<sup>63</sup> Erlenbuschs Wutausbruch anlässlich der Turnfeier im *Limpurksaal, eine größere Unverschämtheit als diese Entrechtung der Arbeiterschaft (ist) auf dem Rathaus nicht verübt worden*, wühlte die Gemüter derart auf, dass die bürgerlichen Gemeinderatsmitglieder mit *öffentlicher Klage*

drohten. Erst Erlenbuschs Entschuldigung in der Gemeinderatssitzung, er habe *keine Verunglimpfung der betreffenden Mitglieder* im Sinne gehabt, ließ die Aufgeregtheit wieder abklingen.<sup>64</sup>

Wie ist die ganze Angelegenheit zu beurteilen? Man sollte sich die Antwort darauf nicht zu einfach machen, denn die über ein Jahr in dieser Sache aufrechterhaltene Unversöhnlichkeit beider Standpunkte deutet auf eine tiefere Dimension hin. Wenn man nur den lokalen Aspekt im Auge hat, kann man die Rigorosität von Ecksteins Kurs schwer nachvollziehen, denn hier riss er Gräben innerhalb der Bevölkerung auf. Zu beachten ist allerdings, dass er nicht als Privatperson, sondern als Amtsperson (*Stadtschultheiß*) auftrat. Dennoch wäre Fabers Ratschlag bei der ersten Sitzung, *man solle von der Sache nicht viel Aufhebens machen und den Verein liberal behandeln*, sicher klüger gewesen. Da die bürgerlichen Kollegien aber mit ihrer knappen Mehrheit anders entschieden hatten und bei ihrem Beschluss auch 1912/13 blieben, dürften ein trotziges Beharren im Bürgertum und Solidarisierungseffekte innerhalb der Arbeiterschaft die unvermeidbaren Folgen gewesen sein.

Als über ein Jahr später zum vierten Mal die Entscheidung gegen den Turnerbund ausfiel (dieses Mal mit 6 gegen 5 Stimmen), war ein neuer Aspekt hinzugekommen, der die Angelegenheit erst in ihrer ganzen politischen Tragweite offenbarte: Die bürgerliche Mehrheit sah sich nämlich aufgrund der Verhandlung vom 8. Juli 1913 in Stuttgart in der Kammer der Abgeordneten und der dabei abgegebenen Erklärung des *Herrn Kultminister Dr. v. Habermaas* bestätigt. Im Gemeinderatsprotokoll wurde darauf ausdrücklich Bezug genommen.<sup>65</sup> Auf diese Debatte wird einzugehen sein, wenn man in der Kontroverse um den Arbeiterturnerbund zu einem fundierten historischen Urteil gelangen will.

#### Exkurs: Landtagsdebatte zur Frage des Arbeiterturnerbundes vom 8. Juli 1913

Die Auseinandersetzungen in Backnang waren nur ein Reflex auf eine viel härter und prinzipieller geführte Auseinandersetzung in

<sup>62</sup> Ebd., Bl. 386-389.

<sup>63</sup> Ebd., Bl. 400f.

<sup>64</sup> Ebd., Bl. 408.

<sup>65</sup> Ebd., Bl. 497.

der Abgeordnetenversammlung des Württembergischen Landtags.<sup>66</sup> Die bürgerlichen Parteien wussten genau, dass die Anfrage der Sozialdemokraten zum Verhalten schulischer Behörden gegenüber dem Arbeiterturnerbund unvermeidlich in eine Grundsatzdebatte über das Verhältnis der SPD zum bürgerlichen Staat einmünden könnte. Sie nutzten die zwei Wochen, die zwischen dem Datum der Eingabe und der geplanten parlamentarischen Behandlung lagen, um sich darauf vorzubereiten. Dabei schickten alle Parteien besonders qualifizierte Abgeordnete ans Rednerpult: Den Antrag begründete für die SPD Berthold Heymann, der seit 1906 im Württembergischen Landtag saß und von 1903 bis 1908 den Vorstand der SPD in Stuttgart geleitet hatte. Ihm sekundierte Karl Hildenbrand, der seit 1900 Mitglied in der Kammer der Abgeordneten und seit 1911 (bis 1913) Landesvorsitzender der Partei in Württemberg war.<sup>67</sup>

Für das Zentrum sprach Adolf Gröber, die unangefochtene Führungsfigur seiner Partei nicht nur in Württemberg. Seit 1887 hatte er ein Mandat im Reichstag und seit 1889 zugleich ein Mandat im Württembergischen Landtag inne. Josef Andre vertrat seine Partei von 1906 bis 1918 im Württembergischen Landtag. Er galt als führender Vertreter des christlichen Arbeiterflügels.<sup>68</sup>

Für die Deutsche Partei (seit 1908 National-liberale-Deutsche Partei in Württemberg) trat der Theologe Dr. Johannes von Hieber an, der seit 1898 ein Mandat in der Kammer der Abgeordneten in Württemberg und seit 1898 ein Reichstagsmandat innehatte. 1918 wurde er Gründungsmitglied der DDP. Die Fortschrittliche Volkspartei repräsentierte Johannes Fischer, seit 1904 Sekretär der Evangelischen Arbeitervereine in Württemberg und seit 1912 im Landtag. Der glühende Anhänger Friedrich

Naumanns hatte 1907 als Sekretär der Volkspartei in Heilbronn zusammen mit Dr. Theodor Heuss Friedrich Naumanns Reichstagswahlkampf organisiert.<sup>69</sup> Die Konservativen vertrat schließlich der dem Bund der Landwirte angehörende Theologe Dr. Theodor Wolff. Er besaß seit 1900 ein württembergisches Mandat und von 1903 bis 1907 ein Reichstagsmandat. Im Bund der Landwirte wirkte er in führender Funktion seit 1902.<sup>70</sup>

Die vierstündige Debatte, die ein beachtliches Niveau hatte und aufgrund der umfangreichen Redebeiträge hohe Anforderungen an die Konzentration der Abgeordneten stellte, wurde durch eine schriftliche Anfrage der *Abg. Heymann und Gen. an den Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens eingeleitet: Ist dem Herrn Staatsminister bekannt, dass von Rektoren einzelner Schulen an Väter von Schülern ihrer Anstalten die Aufforderung gerichtet wird, sich durch Unterschrift dahin zu verpflichten, ihre Kinder nicht am Turnunterricht der Arbeiterturnvereine teilnehmen zu lassen? Was gedenkt der Herr Staatsminister zu tun, um diese ungesetzlichen Eingriffe in die elterliche Gewalt für die Zukunft zu verhindern?*

Nach einer Begründung der Anfrage durch den Sozialdemokraten Heymann und einer Antwort durch den *Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens, Dr. v. Habermaas*, erfolgte eine weit ausholende Stellungnahme Heymanns, die die eigentliche Debatte auslöste. Die Erwidern der beiden Zentrumsabgeordneten, unterstützt von Dr. Hieber von den Nationalliberalen, mündeten in scharfe Wortwechsel mit dem Sozialdemokraten Hildenbrand ein. Fischer von der Volkspartei versuchte zu lavieren (*Der Konfessionalismus der Sozialdemokratie ist für mich nicht besser und nicht gefährlicher als der Konfessionalismus der Zentrumsparlei, wo genau ebenso aus einer*

<sup>66</sup> Verhandlungen der Württembergischen Kammer (Kammer der Abgeordneten) auf dem 39. Landtag im Jahre 1913, Stuttgart 1913, Protokollband 96, S. 1993-2024.

<sup>67</sup> Berthold Heymann (1870 bis 1939). MdL Württ. 1906-1918 und 1920-1933. 1918-1920 Minister in der Übergangsregierung. 1933 Emigration; Karl Hildenbrand (1864 bis 1935). MdL Württ. 1900-1918, MdR 1920-1932. Raberg (wie Anm. 40), S. 353f u. 357f.

<sup>68</sup> Adolf Gröber (1854 bis 1919). MdR 1887-1918 (mit Unterbrechungen), MdL Württ. 1889-1918. Führendes Gründungsmitglied der württembergischen Zentrumsparlei 1895; Josef Andre (1879 bis 1950). MdL Württ. 1906-1918, 1919/20 sowie 1920-1933 in der Funktion eines Vizepräsidenten, MdR 1920-1928. Ebd., S. 111f u. 286ff. Zu Gröber vgl. auch Andreas Gawatz: Adolf Gröber (1854-1919). – In: Reinhold Weber/Ines Mayer (Hrsg.): Politische Köpfe in Südwestdeutschland, Stuttgart 2005, S. 32-42.

<sup>69</sup> Dr. Johannes von Hieber (1862 bis 1951). MdR 1898-1910, MdL Württ. 1898-1918, 1919/20 und 1920-1932. Von 1920 bis 1924 war er württembergischer Ministerpräsident; Johannes Fischer (1880 bis 1942). MdL Württ. 1912-1918, 1919/20 sowie 1929-1933. Als einer der profiliertesten Vertreter der Demokratie in Württemberg wurde er 1933 verhaftet und ins KZ Heuberg gebracht. An den Folgen der Haft starb er Jahre später. Raberg (wie Anm. 40), S. 210f u. 354ff.

<sup>70</sup> Dr. Theodor Wolff (1867 bis 1927). MdL Württ. 1900-1918, 1919/20 sowie 1920-1927, MdR 1903-1907. Ebd., S. 1035.

bestimmten geistigen Grundlage heraus die politische Formulierung gefolgert wird), konnte damit aber die Debatte nicht weiter beeinflussen. Am Schluss war deutlich geworden, dass sich die bürgerlichen Abgeordneten und die Sozialdemokraten misstrauisch gegenüberstanden. Eine wenn auch noch so geringe Annäherung war nicht erkennbar.

Heymann bezog sich in seinen Beiträgen auf die Ministerialverfügung vom 12. Dezember 1911, in der das Verbot der Angehörigkeit von Schülern zu Vereinen ausgesprochen wurde, welche sich direkt oder indirekt politisch betätigen. Anschließend legte er unter Bezug auf die Satzung des Arbeiterturnbundes dar, dass dieser kein politisches Anliegen habe. Zitate aus einem Kommentar zum Reichsvereinsgesetz sollten seine Auffassung bestärken. Dann griff er unvermutet die katholischen Gesellen- und Studentenvereine, die patriotischen Turnvereine, (...) die die Jugend in patriotischem, der Sozialdemokratie entgegengesetztem Sinne heranzubilden wollen, an. Er warf dem Ministerium vor: *Aus diesem Geist bürokratischen Hochmuts, der sich von den vormärzlichen Traditionen des beschränkten Untertanenverständes der Bürger noch nicht freimachen kann, sind auch die Erlasse der Schulbehörde geboren worden, gegen die wir uns heute wenden mussten.*

Dr. Habermaas betonte in seiner Antwort, sein Ministerium habe sich von folgendem Grundsatz leiten lassen: *Nach dem Art. 1 des Volksschulgesetzes – das ist ja den Herren allen bekannt – ist der Zweck der Volksschule: die religiös sittliche Bildung und Unterweisung der Jugend in den für das bürgerliche Leben nötigen allgemeinen Kenntnissen und Fertigkeiten. Der Wirkungskreis der Schule beschränkt sich also nicht auf die Vermittlung von Kenntnissen und nicht auf die eigentliche Schulzeit, sondern erstreckt sich kraft des Erziehungsrechtes auch auf das Verhalten der Schüler außerhalb der Schulzeit. Nach Überzeugung des Ministeriums beschränke sich der Arbeiterturnbund aber nicht auf die körperliche und turnerische Ausbildung seiner Mitglieder, sondern verfolge den Zweck, seine Mitglieder in einer bestimmten politischen Richtung, nämlich im Sinne der sozialdemokratischen Partei zu beeinflussen und damit diese Partei zu stärken.<sup>71</sup>*

An dieser Stelle waren die jeweiligen Standpunkte ausgetauscht worden, ohne dass eine Seite daraus einen erkennbaren Vorteil gezogen hätte. Wenn von nun ab aber die Sozialdemokraten mehr und mehr in die Defensive gerieten, dann hatten sie es vor allem Gröber und Andre vom Zentrum zu verdanken. Beide legten minutiös dar, wie sehr der Arbeiterturnbund alles andere als ein unpolitischer Verein sei, wie sehr er von seinem Schrifttum, seinen Tagungen und den dabei auftretenden Rednern mit der SPD verflochten sei. Gröber zitierte dabei aus radikal antikirchlichen Beiträgen in SPD-Vereinsblättern und der „Schwäbischen Tagwacht“ und fuhr fort: *Wie stellen sich die Herren zur Religion, zur Monarchie? Ja, meine Herren, sie scheuen sich ja gar nicht, sie rühmen sich ja dessen (jawohl! bei den Sozialdemokraten), dass sie den Standpunkt der bürgerlichen Parteien nicht teilen, dass ihnen gegenüber die bürgerlichen Parteien und die ganze heutige Staatsordnung etwas Verwerfliches, Reaktionäres sei, das man so bald wie möglich aufheben und beseitigen sollte. Ja, meine Herren, dass, solange der Staat und die heutige Gesellschaft besteht, Sie derartige Angriffe nicht ruhig hinnehmen können, nicht ruhig zusehen können, bis das Unkraut über die Köpfe hinweggewachsen ist, das betrachte ich als so selbstverständlich wie nur irgend etwas.* Auch Andre wandte sich dabei direkt an die SPD-Parlamentarier: *Und wenn so ein Arbeiterturnverein ein Fest hat, ja, wer ist denn dann der Festredner? Da lesen wir von dem „Genossen“ Hildenbrand und Keil, von dem Genossen Westmeyer, der ja erst jüngst auf einem Fest das baldige Kommen der Revolution verkündigt hat. Der Herr Kollege Westmeyer wird noch etwas warten können, bis er einmal seine Erfahrungen mit der Revolutionsspielerei im Deutschen Reiche macht!*

Der Leser hätte nun an dieser Stelle scharfe Zurückweisungen dieser zugespitzten Stellungnahmen und Angriffe durch die SPD-Fraktion erwartet. Warum unterblieben sie? Dass die SPD-Parlamentarier überrascht gewesen sein sollten von der Wucht dieser Vorwürfe, muss als unwahrscheinlich angesehen werden. Erstaunlich ist aber, dass ihr Abgeordneter Wilhelm Keil<sup>72</sup> bis auf einen Zwischenruf sich nicht in die

<sup>71</sup> Dr. Hermann von Habermaas (1856 bis 1938). Jurist, 1896 Ministerialrat der Ministerialabteilung für Gelehrten- und Realschulen, 1910 Ernennung zum Präsidenten des Ev. Konsistoriums, 1912 bis 1918 Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens, 1913/14 Vorsitzender der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte. Ebd., S. 303.

Debatte einschaltete. Versuche der Bürgerlichen, ihn wie auch Westmeyer als Exponenten der beiden Lager innerhalb der SPD aus der Reserve zu locken, scheiterten. Wollte mit dieser Zurückhaltung die SPD keinen Riss in den eigenen Reihen sichtbar machen? Denn ihr Dilemma war es, dass sie sich seit einigen Jahren erbitterte innerparteiliche Auseinandersetzungen leistete: „In Stuttgart fand sich jedoch – wie auch in Esslingen und Göppingen – eine linke Führungsgruppe zusammen, welche die Gesamtentwicklung der SPD erheblich beeinflusste. Ein führender Mann im Stuttgarter Ortsverein war der aus Hannover zugezogene Friedrich Westmeyer, seit 1905 Redakteur der ‚Schwäbischen Tagwacht‘. 1908 wurde er zum ersten Mal Vorsitzender des Ortsvereins und behielt dieses Amt bis 1914 (1912: 2. Vorsitzender). Zur Führungsgruppe gehörten auch Clara Zetkin, die seit 1891 in Stuttgart wohnte, sowie Hermann und Käthe Duncker, die 1907-1912 dort lebten. Alle vier waren Intellektuelle, die Politik nach theoretischen Konzeptionen gestalten wollten“.<sup>73</sup>

Die Landtagsfraktion der SPD schickte deshalb mit Heymann und Hildenbrand zwei Vertreter des reformistischen Flügels ans Rednerpult. Sie aber konnten nicht verhindern, dass die Bürgerlichen genau jenen Widerspruch in der Partei zwischen radikaler Revolutionsrhetorik und solider parlamentarischer Arbeit ihrer in die politische Verantwortung eingebundenen Vertreter herausstellten. Das muss ihrem Vorsitzenden Hildenbrand derart auf die Nerven gegangen sein, dass er sich zu wilden Attacken auf die Zentrumspartei hinreißen ließ (*Das Zentrum fängt schon an, die Kinder vom sechsten Jahre an zum Zentrum zu erziehen*), die in dem Vorwurf gipfelten: *Es gibt keine staatsfeindlichere und keine staatsgefährlichere Partei als die Zentrumspartei*. War es Flucht nach vorne, dass er programmatische Bekenntnisse abgab, die die eigene Anfrage im Landtag obsolet machten? Also, *meine Herren, wir bestreiten gar nicht, dass wir die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung bekämpfen, dass wir sie ändern wollen, dass wir sie verbessern wollen, das ist unser gutes Recht, dazu sind wir Staatsbürger, und damit wir dieses Recht als Staats-*

*bürger ausüben dürfen, deshalb haben unsere Vorfahren Gesetzgebungskörperschaften gemacht, damit diese Staatsbekämpfung in legaler Weise vor sich gehen kann. Also ich reklamiere für uns das Recht und das Bestreben, die Wirtschaftsordnung und die Staatsordnung zu ändern.*

Als Vizepräsident Dr. von Kiene<sup>74</sup> nach Ende der Debatte dem Abgeordneten Heymann das *Schlusswort* geben wollte, verzichtete dieser darauf. Am Erlass des Kultministeriums und seiner Ausführungspraxis änderte sich nichts.

## 4. Gesellschaftliche Verhältnisse

### Prägende Persönlichkeiten

a) Buchdruckereibesitzer und Landtagsabgeordneter Friedrich Stroh (1848 bis 1929)

Der am 10. Juni 1848 in Backnang geborene Friedrich Stroh gründete nach seiner Rückkehr aus Basel, wo er die Ausbildung zum Buchbinder abgeschlossen hatte, 1869 in Backnang den Evangelischen Männer- und Jünglingsverein. Kirchenpfleger David Beck (1859 bis 1927), der 1919 im Vorstand des Vereins war und anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums, das mit einem Festgottesdienst in der Stiftskirche begangen wurde, einen Sonderdruck veröffentlichte, schrieb über diese Anfänge: *Unser jetziger Vereins senior Fritz Stroh, Buchdruckereibesitzer, hatte bei seiner Ausbildung im Jahre 1869 in Basel die Wohlfahrt eines Jünglingsvereins persönlich kennengelernt, und bei seiner Rückkehr in die Heimat den damaligen Helfer Niethammer veranlasst, einen Jünglingsverein zu gründen, welchem bei seiner ersten Versammlung am 30. Oktober 1869 18 Jünglinge als Mitglieder beitraten*. Als Zweck der Vereinsbildung wurden *christliche Erbauung, Bildung und Geselligkeit* angegeben. Die 1873/74 in den erweiterten Ausschuss gewählten Louis Höchel (1879 bis 1932), Jakob Dorn, Hermann Kurz sowie Ernst und Felix Breuninger zählten zu Strohs engsten Freunden. Die aktive Förderung des Vereins aus

<sup>72</sup> Wilhelm Keil (1870 bis 1968). MdL Württ. 1900-1918, Präsident in der Verfassungsgebenden Landesversammlung 1919/20, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag 1920-1933 sowie MdR 1912-1932. Keil zählte zu den herausragenden württembergischen Parlamentariern. Von ihm war bekannt, dass er Kontakte zu bürgerlichen Abgeordneten nicht scheute. Ebd., S. 425ff.

<sup>73</sup> Christ-Gmelin (wie Anm. 44), S. 123f. Führende Leute der Stuttgarter Sozialdemokraten drifteten bis 1920 zur KPD ab.

<sup>74</sup> Dr. Johannes von Kiene (1852 bis 1919). MdL Württ. 1889-1919 (Zentrum). Raberg (wie Anm. 40), S. 439.

christlichem Engagement heraus zeigte sich auch darin, dass Stroh einen Raum in seinem eigenen Haus jahrelang für die Vereinsversammlungen zur Verfügung stellte.<sup>75</sup>

1875 konnte er das Verlagsrecht und die Druckerei des „Murrthal-Boten“ von Rechtsanwalt Ludwig Wildt übernehmen. Zugleich erwarb er das dazugehörige Haus auf dem Ölberg 1. Sein Vater, Buchbinder Jakob Stroh (1821 bis 1902), dessen Buchbinderwerkstatt sich in der Marktstraße 8 (spätere Weinwirtschaft Kunberger) befunden hatte, war durch das Buchbinden der neuen Kirchengesangbücher von 1841, die immer wieder neu aufgelegt wurden, zu Vermögen gekommen. Dadurch war es ihm möglich, dem Sohn 1875 bei dieser großen Investition unter die Arme zu greifen.<sup>76</sup> Die Druckfläche einer 1877 angeschafften modernen Schnellpresse erlaubte es, vierspaltig in größerem Format zu drucken: *Bedeutungsvoll für das Amtsblatt wurde der 1. Oktober 1900, an dem der Murrthal-Bote als Tagblatt seinen Lauf begann. (...) Bei der Übernahme des Geschäfts im Jahre 1875 wurde das erste Tausend der Auflage erreicht, im Jahre 1900 nach der täglichen Ausgabe das 2. Tausend und bis Neujahr 1906 sind weitere 750 Exemplare hinzugetreten. Die Oberamtsstadt partizipiert mit über 1000 Abonnenten.*<sup>77</sup>

Im Gemeinderat saß Friedrich Stroh als *Obmann des Bürgerausschusses*. Sein besonderes Augenmerk widmete er der Realschule, aus der er selbst hervorgegangen war. In der Sitzung der bürgerlichen Kollegien vom 18. Dezember 1903 wurde er zusammen mit Apotheker Albert Roser und dem Goldarbeiter Heinrich Brändle in den evangelischen Ortsschulrat gewählt. Es waren die *drei nichtgeistlichen Mitglieder*.<sup>78</sup> Die Realschullehrer-Gutscher-Stiftung vom 1. August 1908 ging ganz entscheidend auf seine Initiative zurück.<sup>79</sup> Bei seiner Vita und dem christlich-konservativen Kurs seiner Zeitung war es

kein Zufall, dass das Wahlbündnis aus Konservativen und dem Bund der Landwirte ihn als Kandidaten für die Landtagswahl 1912 der Öffentlichkeit präsentierte. Der gegen Dr. Theodor Heuss – den späteren ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland – erungene Sieg wirkte auf christlich-konservativ gesinnte Frauen und Männer wie ein Fanal. In über 80 Zuschriften taten sie ihm ihren Dank und ihre Genugtuung kund. Darunter waren etliche Schreiben auch von außerhalb des Oberamtsbezirks, z. B. von Schulrat Eisele aus Cannstatt, der bis 1905 Stadtpfarrer in Backnang gewesen war: *Zur glanzvollen Wahl in den Landtag spreche ich Ihnen herzliche Glückwünsche aus. Es freut mich aufrichtig, dass Ihre langjährige überzeugungstreue Tätigkeit in Stadt und Bezirk nun dadurch anerkannt und gekrönt wird, dass die schönste Stellung, die das Volk zu vergeben hat, Ihnen zugefallen ist. Die Wahl ehrt Sie und den Bezirk. Möge auch Ihre Tätigkeit als Abgeordneter reiche Segensfrüchte tragen.*<sup>80</sup>

Viele der Zuschriften stammten von Pfarrern und dezidiert christlich Gesinnten. Ihre Dankschreiben offenbarten jenen bekenntnishaften und weltanschaulich geprägten Ton, der eine Reaktion auf damals weit verbreitete naturwissenschaftliche Veröffentlichungen mit antireligiöser Stoßrichtung war.<sup>81</sup> Einige Beispiele:

- Stadtpfarrer Friedrich Buck: *Dem tapferen Kämpfer und glänzenden Sieger bezeugt seine herzlichste Mitfreude ein konservativer Wähler (vgl. Abb. S. 135).*
- Diakonissin und Gemeindepflegerin Katharina Ruoff: *Gott sitzt im Regimente und führt alles wohl! Mit diesem gratuliert herzlich Schwester Maria und Schwester Pauline. Ihre Katharina Ruoff.*
- Albert Alber aus Stuttgart: *Nun bitte ich Dich,*

<sup>75</sup> LKA Stuttgart: Dekanatamt Backnang, 430.2 (Armenhilfe): Festbericht zur 50jährigen Jubelfeier des Ev. Männer- und Jünglingsvereins, verfasst von David Beck, Oktober 1919.

<sup>76</sup> Das Gesangbuch für die Evangelische Kirche in Württemberg 1841 galt als Reformgesangbuch, das den Bruch mit dem überlieferten Liedgut im rationalistisch geprägten Gesangbuch von 1791 wieder rückgängig machte. Die Bürger ließen sich bei Buchbinder Stroh ihr ungebundenes Exemplar binden, das je nach Wunsch mit Holz- oder Farbschnitten, mit einfachem Einband oder mit Ledereinband und Goldprägung versehen wurde. Für Informationen und Materialien zu Friedrich Stroh sei Herrn Werner Stroh herzlich gedankt.

<sup>77</sup> MB vom 19. März 1906.

<sup>78</sup> StAB Bac G 001-70, Bl. 149f.

<sup>79</sup> Vgl. Teil 2 dieser Arbeit im BJB 15, 2007.

<sup>80</sup> Das Originalschreiben vom 1. Dezember 1912 befindet sich – wie alle im Folgenden zitierten Schreiben – im Besitz von Werner Stroh, Backnang.

<sup>81</sup> Von großer Wirkung auf das kirchenferne Bürgertum waren besonders zwei Schriften: Charles Darwin: Die Abstammung des Menschen, 2 Bde 1871 (Kröner Taschenausgabe Bd. 28, Leipzig 1925) und Ernst Haeckel: Die Welträtsel, 1899 (Kröner Taschenausgabe Bd. 1, Leipzig 1926).

*unverzagt und ohne Grauen im Halbmondsaal jederzeit und überall gegen die Phrasen, Unarten, Torheiten und Lügen der Gegner ein gutes Bekenntnis abzulegen. Jesus Christus, der treue Zeuge, wolle Dir Mund und Weisheit geben, um schlagfertig das rechte Wort am rechten Ort zu treffen.*

- Mittelschullehrer Friedrich Funk, dem Stroh in schulischen Angelegenheiten und im Kriegerverein verbunden war, schickte dem neuen Landtagsabgeordneten am 30. November 1912 einen besonnenen Glückwunsch: *Wenn ich auch in manchen Punkten anderer Ansicht bin als Du, habe ich doch die Überzeugung, dass Du den Bezirk Backnang voll und ganz vertreten kannst und wirst, und ich will nun hoffen, dass es Dir in allem gelingt, zur Freude Deiner Wähler und zur Anerkennung Deiner Gegner.*

Das neue Aufgabenfeld begann für Stroh mit einer feierlichen Zeremonie. Am 9. Januar 1913 eröffnete König Wilhelm II. den Landtag bei Anwesenheit beider Kammern. Die neuen Abgeordneten leisteten dabei den verfassungsmäßigen Stände-Eid in die Hand Seiner Königlichen Majestät.<sup>82</sup> In einer kurzen Ansprache betonte der König: *Möge unter dem Schutz und Schirm des deutschen Vaterlandes, unter den Segnungen des Friedens, der uns allein die Stärke der Nation erhalten kann, auch die Zukunft Meinem Volke in allen seinen Teilen Glück und Gedeihen bringen. Das ist Mein innigster Wunsch. Ich erkläre den Landtag für eröffnet.*<sup>83</sup> In einer Zeit, die bereits von Wettrüsten bei den großen europäischen Mächten geprägt war, an dem das Deutsche Reich beteiligt war, setzte der württembergische König mit seinem Betonen der Segnungen des Friedens demonstrativ einen anderen Akzent.

Die Sitzungswoche in der Kammer der Abgeordneten erstreckte sich jeweils von Dienstag oder Mittwoch bis einschließlich Samstag. Getagt wurde grundsätzlich nur halbtags (in der Regel am Vormittag), sodass es den Selbstständigen unter den Abgeordneten möglich war, sich am Nachmittag um berufliche Angelegenheiten zu kümmern. Stroh wurde als *Schriftführer im Vorstand* eingesetzt und nahm wiederholt als Berichterstatter seiner Fraktion zu Fragen, die den Volkswirtschaftlichen Ausschuss

berührten, Stellung.<sup>84</sup>

Stroh war keiner der großen Debattenredner. Die prominenten Abgeordneten in den Fraktionen saßen häufig seit 1900 im Landtag und waren erfahrene Parlamentarier. Er betrieb, wie sicher die Mehrheit seiner Kollegen, solide Mittelstandspolitik, die sich auch in seiner Tätigkeit im örtlichen Gewerbeverein niederschlug. Wenn es darum ging, das Gewerbe zu fördern, indem *Handwerksmeistern und Arbeitern der Besuch der Baufachausstellung in Leipzig (...) durch Gewährung staatlicher Beiträge* ermöglicht oder der Ausbau der *Bahnlinie Schorndorf – Welzheim* befördert wurde, dann trat Stroh als Redner auf. Nachdrücklich setzte er sich bei der Lehrlingsausbildung dafür ein, *die Zentralstelle für Gewerbe und Handel zu veranlassen, die Jungen auch bei Kleinmeistern unterzubringen, bei denen die Lehrlinge ja ganz zu der Familie gehören und meistens gut aufgehoben sind.* Seine persönlichen Erfahrungen konnte er einbringen beim *Antrag des Ausschusses für innere Verwaltung zu der Eingabe des Deutschen Buchdruckervereins in Leipzig vom Februar 1913, betr. die Konkurrenz im Buchdruckergewerbe durch den Betrieb behördlicher Druckereien.* Stroh ergänzte hier die ausführliche Berichterstattung Andres von der Zentrumsparterie, der über den Diskussionsstand in dem von ihm geführten *Ausschuss für innere Verwaltung* referiert hatte. Insbesondere war die Frage der Einrichtung einer Staatsdruckerei kontrovers debattiert worden. Der Präsident des Staatsministeriums, Dr. Carl von Weizsäcker (1853 bis 1926), hatte sich daraufhin gemeldet, um zu versichern, *dass wir ohne Not eine Ausdehnung von Staatsbetrieben nicht billigen* – im Gegensatz zu Forderungen aus der SPD-Fraktion. Stroh nahm die Feststellung Weizäckers mit Genugtuung zur Kenntnis, indem er aus seiner beruflichen Praxis darauf verwies, dass die kleineren Druckereien im Lande, *besonders diejenigen, welche vor 50 und mehr Jahren Lokalblätter gegründet haben, auf die Anfertigung amtlicher Formulare in Druckauflagen auf je fünf- bis zehntausend Bogen* unbedingt angewiesen seien, um gewinnbringend arbeiten zu können. Die entsprechende Eingabe des Deutschen Buchdruckervereins wurde auch zustimmend zur Kenntnis genommen.

Äußerst kontrovers wurde in einer Debatte,

<sup>82</sup> Nach Auskunft von Gerhard Fritz handelt es sich dabei um ein Ritual, das auf den Lehenseid im Mittelalter zurückreicht.

<sup>83</sup> Württembergische Erste Kammer, 39. Landtag, Protokollband 28, S. 1-3.

<sup>84</sup> Württembergische Zweite Kammer, 39. Landtag, Protokollband 96, S. 1447, 1512, 1821 u. 1855 sowie Protokollband 97, S. 2459ff u. 2802f.

Postkarte.



Herrn

Landtagsabgeordneter Herr  
Friedrich Stroch  
Präsidentenwahlbezirk

Reichshausen

Otto Kramer

Gemischtes Warengeschäft.

Mariä-Kappel, den

30. Nov. 1912

(Stat. Crailsheim.)

Sehr geehrter Herr Stroch!

Mit Interesse haben ich  
Ihre wertigen Wohlkornempfehlung  
und freue mich sehr, daß Sie als Sieger  
aus der Wahl hervorgegangen sind.  
Meine herzlichste Gratulation

Sehr geehrter  
Otto Kramer.

Vorder- und Rückseite einer Glückwunschpostkarte an den frisch gewählten Landtagsabgeordneten Friedrich Stroch.

die sich über eine ganze Woche hinzog (vom 6. Februar bis 12. Februar 1914), in einer Frage gerungen, die die Substanz der sozialen Problematik berührte. Es ging um diverse Anträge der

einzelnen Fraktionen, betr. Maßnahmen zur Bekämpfung der vorhandenen Arbeitslosigkeit und zur Arbeitslosenfürsorge.<sup>85</sup> Bei dieser sozialpolitisch wichtigen Angelegenheit, deren

<sup>85</sup> Ebd., S. 2365-2478.



Friedrich Stroh und seine Frau Marie, geb. Breuninger.

Wurzel darin lag, dass bei den Sozialgesetzen Bismarcks eine Arbeitslosenversicherung fehlte, waren im Gegensatz zur Frage der Behandlung des Arbeiterturnerbundes vom Jahr zuvor veränderte Frontstellungen zu erkennen. Sozialdemokraten und Zentrum forderten nämlich gleichermaßen einen Nachtragshaushalt. Beide Parteien wollten in getrennten Anträgen *Staatsbeiträge an Gemeinden zur Unterhaltung von Unterstützungseinrichtungen für arbeitslose Arbeiter und Angestellte* ermöglichen. Als die

Sozialdemokraten merkten, dass ihr Zusatzantrag zur *Leistung von Zuschüssen an Berufsvereine für diesen Zweck* keine Aussicht auf Billigung hatte, da damit einseitig die Freien Gewerkschaften begünstigt worden wären, stellten sie sich hinter den Antrag des Zentrums. Die liberalen Parteien waren in der Frage der Staatsbeiträge an Gemeinden gespalten. Ströbel und Hiller von den Konservativen sprachen sich klar gegen die Anträge von Zentrum und SPD aus.<sup>86</sup>

## Württ. Zweite Kammer (Kammer der Abgeordneten).

Herrn Landtagsabgeordneten

Buchdruckereibesitzer **Stroh**  
Hochwohlgeboren



**Backnang.**

Drucksachen.

Offizieller Briefumschlag des württembergischen Landtags.

<sup>86</sup> Wilhelm Ströbel (1870 bis 1952). MdL Württ. 1906-1918 (Bund der Landwirte) u. 1919-1933 (Bauernbund), Direktor der Württ. Landwirtschaftskammer 1920-1933; Hermann Hiller (1867 bis 1931). MdL Württ. 1906-1918 (Konservative) u. 1919-1928 (Württembergische Bürgerpartei). Raberg (wie Anm. 40), S. 361 u. 910f.

Ströbel argumentierte: *Mit unserem sozialpolitischen Segen kommt der Gewerbestand nicht mehr mit. Die Herren, die den Paragraphen-Regen veranlassen, sollten einmal im Jahr praktisch arbeiten und eine regelrechte Bilanz ziehen, dann würden sie anders reden. (...) Die Tendenz unserer heutigen Gesetzgebung läuft darauf hinaus, dem selbständigen Nachwuchs das Leben sauer zu machen.* Und Stroh kam die Rolle zu, den konservativen Gegenantrag zu erläutern, die vorgeschlagenen Staatsbeiträge den hierzu geeigneten Wohltätigkeitsvereinen zu gewähren, um sie in den Stand zu setzen, mehr als bisher in besonderen Fällen einzugreifen (...) Wenn diesen Vereinen von seiten der Staatsregierung entsprechende Beiträge zur Verfügung gestellt werden, dann geht es ganz gewiss. Das Departement des Innern stellte bereits für milde Zwecke insgesamt über 300.000 M in den Etat ein. Darunter partizipiert die Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins mit Beiträgen an gemeinnützige Vereine für wohltätige Zwecke mit 57.000 M. Durch Erhöhung des Beitrages, vielleicht auch durch Einstellung eines besonderen weiteren Postens für Arbeitslose, würden die Wohltätigkeitsvereine aber in die Lage kommen, ihr Arbeitsfeld bedeutend zu erweitern.<sup>87</sup> Dem Zentrumsantrag stimmten 59 Abgeordnete zu, 23 votierten mit Nein. Damit stand die konservative Fraktion fast isoliert da. Ihren eigenen Antrag brachte sie aber, wenn auch nur knapp, durch (45 mit Ja, 33 mit Nein, 4 Enthaltungen).

Im Grunde zeichnete sich bei dieser breit angelegten Diskussion eine Thematik ab, die noch über die Weimarer Republik hinaus die politische Diskussion auch in der Bundesrepublik Deutschland bis heute bestimmt, in welchem Umfang der liberale Staat sozialpolitische Verantwortung übernehmen muss. Die Vorstellung der Konservativen jedenfalls, wachsende Arbeitslosigkeit über Wohltätigkeitsvereine aufzufangen, war sicher keine zukunftsweisende Lösung des Problems.

Mit Kriegsbeginn übernahm Stroh sehr bald die Funktion eines Stadtschultheißen als *Amtsverweser*, da Eckstein als Oberleutnant zum Ersatzbataillon Grenadier-Regiment 123 in Ulm einberufen wurde. 15 von 17 Stimmen fielen in der Abstimmung auf ihn. Im August 1916 legte

er dieses Amt *aus geschäftlichen und Gesundheitsrücksichten* nieder.<sup>88</sup> Am 12. Juli 1929 starb Friedrich Stroh. Die Kriegervereinigung, der Gewerbeverein und der Turnverein widmeten ihrem Ehrenmitglied Nachrufe. Im „Murrthal-Boten“ wurde an Strohs politische Grundeinstellung erinnert: *In seinen besten Mannesjahren sah er den Aufstieg des Deutschen Reiches, verehrte im Kanzler Bismarck den Gründer und Lenker des deutschen Staates. An den eisernen Kanzler bewahrte er die schönste Erinnerung seines Lebens. Als am 10. Juli 1893 in Bad Kissingen 700 treudeutsche Männer und Frauen aus dem Schwabenland dem Alt-Reichskanzler huldigten, empfing er, in das Auge Bismarcks schauend, einen Händedruck. Der Staatsmann sprach insonderheit über die deutschen Frauen und ihre Aufgaben.*<sup>89</sup>

b) Dekan Dr. Theodor Friedrich Köstlin (1845 bis 1932) und der Murrbauer Altertums-Verein

An keiner anderen Stelle werden Grundüberzeugungen im Bildungsbürgertum in Backnang so gegenwärtig wie dies bei den Mitarbeitern des 1884 in Backnang gegründeten *Murrbauer Altertums-Vereins* der Fall ist. Wichtige Vorträge wurden von ihnen auf der Jahresversammlung des Geschichtsvereins gehalten und als Gratisbeilage den Lesern des „Murrthal-Boten“ nahegebracht. Bei einer nur begrenzten Mitarbeit weniger Honoratioren wird aber zugleich deutlich, wie schwer sich der Altertumsverein in einer Industrie- und Gewerbestadt wie Backnang mit einem nur schwach ausgeprägten Bildungsmilieu tat.

In einem Aufsatz über „Reichs- und landstädtische Mentalitäten“ hat Gerhard Fritz darauf hingewiesen, wie ungleich gewichtiger in ehemaligen Reichsstädten wie Schwäbisch Hall oder Heilbronn die Publikationen der dortigen historischen Vereine ausfielen. Sie konnten sich im Unterschied zu Backnang auf ein tief verwurzelt reichsstädtisches Geschichtsbewusstsein stützen, das Ausdruck eines gewachsenen bürgerlichen Selbstbewusstseins war: „Man baute in den meisten Reichsstädten ein eigenständiges Bildungssystem auf und besaß schon früh Gymnasien. Deren Lehrer waren zusammen mit den

<sup>87</sup> Württembergische Zweite Kammer, Protokollband 97, S. 2442 (Ströbel) und S. 2459-2461 (Stroh).

<sup>88</sup> StAB Bac G 001-71, Bl. 633 u. 686f.

<sup>89</sup> MB vom 13. Juli 1929.

Pfarrern Träger des städtischen Geschichtsbe-  
wusstseins“.<sup>90</sup>

Wie schwer sich die wenigen engagierten  
Mitarbeiter im *Murrbauer Altertums-Verein* da-  
mit taten, ein Kulturbewusstsein für den lokalen  
und regionalen Raum im Sinn einer kollektiven  
Erinnerung aufzubauen, zeigt sich in der Art der  
Publikation ihrer Beiträge. Erst 1928, mithin 44  
Jahre nach der Gründung, ging der pensionierte  
Lehrer der Mittelschule, Rektor Friedrich Funk

(1858 bis 1941), daran, das gesammelte Schrift-  
gut des Vereines zusammenzufassen und bin-  
den zu lassen, um es der Öffentlichkeit zugäng-  
lich zu machen. Dabei stand er vor dem Prob-  
lem, dass die ersten Jahrgänge 1884-1888 bis  
auf acht Seiten nur ungedruckt vorlagen. Da  
ihm auch Dr. Albert Rienhardt (1877 bis 1953)  
als Stadtschultheiß im Jahre 1928 kein Geld für  
das Nachdrucken der alten Aufsätze in Aussicht  
stellen konnte, entschloss sich Funk, in seiner  
gestochenen klaren und sorgfältigen Sütterlin-  
Schrift für je zwei Exemplare auf jeweils 76  
Seiten das vorhandene Material abzuschreiben  
– eine Arbeit, die man nicht genug bewundern  
kann, zeugt sie doch eindrucksvoll von seinem  
leidenschaftlichen Bemühen, historische Vorträ-  
ge zum Murrgau und darüber hinaus zu  
Württemberg nicht in Vergessenheit geraten zu  
lassen. Sorgfältig angelegte Inhaltsverzeich-  
nisse, denen Verfasser- und Stichwortverzeich-  
nisse angefügt sind, ergänzten sein verdienst-  
volles Unternehmen.<sup>91</sup> Nach Funks Tod führte  
Apotheker Paul Müller den Altertumsverein als  
Vorsitzender fort.

In den 47 *Blättern des Altertums-Vereins für das  
Murrthal und Umgebung* (ab 1896: *Blätter des  
Murrbauer Altertums-Vereins*), wie die mehr-  
seitigen Publikationen genannt wurden, die im  
Zeitraum von 1884 bis 1914 erschienen, liegen  
etliche konkrete Beschreibungen vor, die den  
lokalen Raum in einer geschichtlichen Per-  
spektive durchdringen wollen: Oberamtsbau-  
meister Christian Hämmerle (1843 bis 1916) wid-  
mete sich beispielsweise der Geschichte des  
Backnanger Rathauses und den Ausgrabungen  
des Römerkastells in Murrhardt, Gemeinderat  
Gustav Hildt (1859 bis 1922) beschrieb in zwei  
Folgen Backnanger alte Häuser, Apotheker Albert  
Roser (1854 bis 1927) stellte die Geschichte der  
beiden Backnanger Apotheken dar. Anlässlich der  
Einweihung der neuen Orgel in der Backnanger  
Stiftskirche am 20. Oktober 1895 erschien ein  
kleinerer Aufsatz über die Geschichte der Orgel in  
der hiesigen Kirche von Dekan Alfred Klemm  
(1840 bis 1897). Und Dr. Köstlin erinnerte anläs-  
slich der Schulhauseinweihung 1914 an die  
Entwicklung des Backnanger Schulwesens.  
Thematisch weiter gespannte, auf Württemberg  
bezogene Arbeiten wurden ausschließlich von

Funk S. 46

*L. Müller*  
*des Altertums-Vereins Erhebung*  

---

*Nr. 1-55*  
*1884/1928*

*Handblatt von 1928  
des Rektors v. Dr. Funk*



Städtisches Archiv  
Backnang

*Handschriftliches Deckblatt der Blätter des  
Altertums-Vereins Backnang von Rektor Funk.*

<sup>90</sup> Gerhard Fritz: Reichs- und landstädtische Mentalitäten. Zum Umgang mit Geschichte und mit Baudenkmalern in Backnang und anderswo. – In: *Unsere Heimat*. Beilage der Backnanger Kreiszeitung, Nr. 1, Juni 2005.

<sup>91</sup> Zu Funk vgl. Heinz Rauscher: *Das Volksschulwesen in Backnang 1880 bis 1952* (2. Teil). – In: *BJB 10*, Backnang 2002, S. 103.

Lehrern und Pfarrern geliefert, deren historisches Erinnern einer gesellschaftlichen Verwurzelung und Identifikationsbildung dienen sollte. Diese beiden Berufsgruppen prägten auch durchaus den hiesigen Altertumsverein.

Oberpräzeptor Dr. Drück, 1883 bis 1886 Lehrer an der hiesigen Lateinschule, danach Professor in Reutlingen, verfasste sieben Beiträge; Präzeptor Stingel aus Großbottwar, der später Oberpräzeptor in Waiblingen und Professor in Tübingen wurde, lieferte fünf Aufsätze. Außerordentlich rühmig waren vor allem die beiden Backnanger Dekane: Alfred Klemm brachte es in der kurzen Zeit seines Wirkens in Backnang (1892 bis 1897) auf acht Beiträge.<sup>92</sup> Überragt wurde diese engagierte Mitarbeit nur von Klemms Nachfolger, Dr. Friedrich Köstlin, der sich in der langen Zeit seiner Tätigkeit als Backnanger Dekan von 1897 bis 1921 als passionierter und kundiger Historiker auswies. Seine Reden, die er im historischen Verein, aber auch im Rahmen kirchlicher oder politischer Festveranstaltungen mit historischem Hintergrund hielt, waren in Backnang sehr geschätzt. Auf seine Aufsätze im Altertumsverein soll näher eingegangen werden, da sich bei Köstlins Nachdenken über Geschichte politische Grundüberzeugungen herauschälten, die vielfach prägend und repräsentativ für seine Zeit waren.

Ab 1904 widmete sich Köstlin in mehreren Aufsätzen der Entwicklung Backnangs vor dem Hintergrund der Ereignisse in Württemberg seit dem Reformationszeitalter. Seine Studien sind präzise recherchiert und erfassen die Verhältnisse sehr genau. Im Aufsatz über den Dreißigjährigen Krieg wurde das ganze Elend dieser Katastrophe in Württemberg verdeutlicht: *Die Verheerung, welche der Krieg hinterließ, war schrecklich. Von den 334 000 Württembergern, die man 1622 gezählt hat, waren noch 65 000 übrig. Noch im Jahre 1654 lagen 8 Städte, 45 Dörfer, 65 Kirchen, 36 000 Privatgebäude in Trümmern. In Backnang, wo die Bürgerschaft vor dem Krieg 450, meist wohl vermögende Bürger gezählt hatte, war noch 17 Jahre nach dem Friedensschluß (1665) die Zahl der Bürger erst wieder auf 160 angewachsen.* Trostreich war für den Pfarrer einzig die in Württemberg

aufrechterhaltene *Treue gegenüber dem evangelischen Bekenntnis.* Neben der von ihm gerühmten *Biederkeit und Rechtschaffenheit der württembergischen Bevölkerung* habe diese Glaubensfestigkeit entscheidend geholfen: *Und mit solcher Geisteshaltung und Gesinnung ist das württ. Volk doch innerlich ungebrochen über jene schweren Zeiten hinweggekommen.*<sup>93</sup>

Ein Schwerpunkt der historischen Erinnerung lag für Köstlin bei den Franzoseneinfällen im 17. und 18. Jh. sowie in der Zeit Napoleons.<sup>94</sup> Die völlige Zerstörung Backnangs (sowie Marbachs, Beilsteins, Winnendens etc.) im Juli 1693 durch französische Truppen war nicht nur historisch bewanderten Personen wie Köstlin durchaus gegenwärtig – im völligen



Dr. Friedrich Köstlin. 1897-1921 Dekan in Backnang.

<sup>92</sup> Aufsätze in den Ausgaben Nr. 5, 6, 7 u. 25 bis 29.

<sup>93</sup> Dekan Dr. Köstlin: Backnang im Dreißigjährigen Krieg. – In: Blätter des Murrtauer Altertums-Vereins (BIMAV), Nr. 35, 1. März 1906, S. 163.

<sup>94</sup> Dr. Drück hatte bereits 1888 in zwei großen Aufsätzen über „Die Franzoseneinfälle in Württemberg zur Zeit Ludwigs XIV. mit besonderer Berücksichtigung des Murrtales und Umgebung“ geschrieben. In: Blätter des Altertums-Vereins für das Murrtales und Umgebung, Nr. 17, 25. September 1888 u. Nr. 18, 11. Oktober 1888.

Unterschied zu heute.<sup>95</sup> Es war auch kein Zufall, dass Köstlin seine beiden Aufsätze über das Napoleonische Zeitalter ins Jahr 1913 legte.<sup>96</sup> Denn die großen Jahrhundertfeiern in Deutschland zur Erinnerung an die Völkerschlacht bei Leipzig sind geradezu der Angelpunkt in Köstlins politischem Denken: *Die Hoffnungen freilich, welche von den besten Männern Deutschlands auf den mit so schweren Opfern errungenen Frieden gesetzt wurden, sind damals nur zu einem Teil in Erfüllung gegangen. Der Wiener Kongreß brachte schwere Enttäuschungen. Der deutsche Bund bedeutete die Fortsetzung eines traurigen Schwächezustands für die deutsche Nation, aus dem wir erst durch Fürst Bismarck in neuen Kämpfen herausgeführt wurden. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass unser Volk und auch unsere Stadt seitdem einen 100jährigen Zustand fast ungetrübter Sicherheit zu genießen gehabt hat, der zu einem früher nie gekannten Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens geführt hat. Seit im Spätherbst 1813 die Franzosen sich über den Rhein zurückziehen mussten, hat kein fremdes Heer mehr unsere Grenzen überschritten, und auch unsere Stadt hat sich seither unter dem Schutz des Friedens glücklich entwickeln können. Möchte uns dieses Glück auch fernerhin bewahrt bleiben. (...) Möchte unter dem Schutz des Reiches auch unser liebes Backnang weiterhin vor Unglück und Not behütet sein.*

Dankbarkeit und Verehrung Bismarck gegenüber, wie sie aus diesen Zeilen sprechen, rührten für Köstlin und viele aus dem Bürgertum daher, dass der 1871 gegründete deutsche Nationalstaat als Ziel der politischen Wünsche und Sehnsüchte angesehen wurde. Sein politisch-geistiger Horizont war durch diesen Nationalstaat geprägt. Deshalb war es dem Dekan auch ein Anliegen, sich mit zusätzlichen Vorträgen auch außerhalb des historischen Vereins an die Öffentlichkeit zu wenden. In einer vierteiligen Folge referierte er beispielsweise im

Winter 1900/01 im evangelischen Gemeindehaus über die schicksalhafte Wendung von *Deutschlands Erniedrigung zur Wiedererhebung*. Der große Beifall nach seinen Reden zeigte, dass er mit einem solchen Denkmuster den Anwesenden aus der Seele gesprochen hatte.<sup>97</sup>

Ein von Albert Kleinschmidt für *Jugend und Volk* geschriebenes Buch, das unter dem Titel „*Welscher Frevel, deutscher Zorn*“ vier Erzählungen aus der Zeit der deutschen Erniedrigung und Wiedererhebung (1688 – 1871) beinhaltet, verdeutlicht ebenfalls diesen gedanklichen Zusammenhang, der für viele Zeitgenossen und nicht zuletzt für Württemberger eine historische Gegebenheit darstellte und deshalb auch mit Genugtuung so gesehen wurde.<sup>98</sup>

## Bürgertum

Durch die Reichseinigung 1871 bedingt, entwickelte sich das Deutsche Reich zur führenden Wirtschaftsmacht Europas bis 1914. Die im Bürgertum schlummernden Kräfte – Fleiß, Strebsamkeit, Sparsamkeit und Leistungsbereitschaft – konnten sich dabei entfalten. Stolz und Dankbarkeit gegenüber dem seit 1871 Geschaffenen waren dominante Haltungen. Das weltweit einzigartige Bildungssystem, das neben dem Volksschulabschluss Allgemeinbildung an weiterführenden Schulen, d. h. den humanistischen Gymnasien sowie den Real- und Oberrealschulen, vermittelte, begünstigte eine Elitebildung. Die Grundeinstellung des Bürgertums war von Optimismus und einem starken Vertrauen in die Zukunftsaussichten geprägt.

Auch in einer Kleinstadt wie Backnang war ein wachsender Wohlstand, wenn auch auf bescheidenem Niveau, in breiteren Schichten nicht zu übersehen. Die im „Murrthal-Boten“ regelmäßig abgedruckten geschäftlichen Inserate stellten ein größer werdendes Angebot an Textilien, Haushaltswaren, Aussteuer- und

<sup>95</sup> Es war eine bemerkenswerte Leistung, dass Dr. Gerhard Fritz vom Stadtarchiv Backnang und Dr. Roland Schurig vom Stadtarchiv Winnenden in einem „Arbeitskreis 1693“ zum dreihundertjährigen Gedenken an die damaligen Ereignisse eine Ausstellung über die Franzoseneinfälle in Württemberg konzipierten, die in etlichen damals betroffenen Kommunen gezeigt wurde. Vgl. auch den hierzu erarbeiteten Katalog über „Fakten, Ursachen und Folgen der Franzoseneinfälle in Württemberg“, Kornwestheim 1993, sowie den Forschungsband „Der Franzoseneinfall 1693 in Südwestdeutschland. Ursachen, Folgen und Probleme“, hrsg. von Gerhard Fritz und Roland Schurig, Remshalden 1995 (= Historegio Band 1).

<sup>96</sup> Dekan Dr. Köstlin: Backnang im XVIII. Jahrhundert zur Zeit Napoleons. – In: BIMAV, Nr. 44, 11. Oktober 1913 u. Nr. 45, 7. November 1913.

<sup>97</sup> MB vom 3. u. 10. Dezember 1900 sowie 12. u. 27. Januar 1901.

<sup>98</sup> Albert Kleinschmidt: *Welscher Frevel, deutscher Zorn. Vier Erzählungen aus der Zeit der deutschen Erniedrigung und Wiedererhebung (1688 – 1871) für Jugend und Volk*, Leipzig 1897.

Geschenkartikeln vor. Der aus Backnang stammende Eduard Breuninger (1854 bis 1932), der in Stuttgart das größte Einrichtungshaus errichtet hatte (Kleidung als Konfektionsware oder maßgeschneidert, Stoffe, Wäsche, Teppiche, Gardinen, Aussteuer-Abteilung), inserierte auch regelmäßig in Backnang mit halbseitigen Anzeigen.<sup>99</sup> Damit konnte hier niemand konkurrieren. Aber das Textilgeschäft von Adolf Winter war auch in Backnang Ausdruck einer wachsenden Nachfrage nach Gütern auf gehobenem Niveau. In der Oberen und Unteren Marktstraße, auf dem Marktplatz, in der Schiller- und Uhlandstraße breitete sich geschäftliches Leben aus.

Die Buchhandlung Kreuzmann eröffnete ihr Geschäft in der Oberen Marktstraße im Jahre 1901.<sup>100</sup> Kaufmann Ernst Haag bot in der Oberen Marktstraße 24 (heutige Marktstraße 44) Aussteuer-Artikel an. Vom Textilgeschäft Friedrich August Winter in der Oberen Marktstraße

18 (heutige Marktstraße 38) existiert noch heute die klar gegliederte Sandsteinfassade. 1894 baute Adolf Winter, der Sohn des Geschäftsgründers Friedrich Adolf Winter, dieses Haus und nannte es nach seinem Vater. Es wurde an die Schneiderei Spinner vermietet. 1923 erfolgte ein Tausch beider Geschäfte. Die Obere Apotheke von Albert Roser in der Oberen Marktstraße 10 (heutige Marktstraße 32) warb für ihre *Allopathische und Homöopathische Offizin*. Sie beherbergte in ihrem Haus auch das Schmuckgeschäft des *Goldarbeiters* Heinrich Brändle. Etwas zurückgesetzt befand sich in der Oberen Marktstraße 8 (heutige Marktstraße 30) die Bäckerei und Weinwirtschaft von Friedrich Kunberger (*direct bezogene Ungar- und Tyrolerweine, roth und weiss*). Kaufmann Karl Feucht bot in der Oberen Marktstraße 6 (heutige Marktstraße 28) Lebensmittel und *Kolonialwaren* an. In der Oberen Marktstraße 4 (heutige Marktstraße 26) war das Geschäft des Seifensieders und Kolonialwarenhändlers Emil Reutter. Querzum imponierenden Rathausgebäude erstreckte sich der stattliche Bau des Gasthofs „Löwen“. In der nahe gelegenen Postgasse hatte der *Löwenwirt* seine Gäule in der *Löwenscheuer* untergebracht; im tiefer gelegenen Keller wurden Eisstangen für seinen Schankbetrieb gelagert. Dem *Löwenwirt* gegenüber auf der anderen Straßenseite befand sich in der Unteren Marktstraße 4 (heutige Marktstraße 27) das Textilgeschäft von Adolf Winter mit einer großen Aussteuer-Abteilung. Schräg dem Rathaus gegenüber gab es in der Unteren Marktstraße 2 (heutige Marktstraße 29) die von Albert Conradt geführte zweite Stadtapotheke. Es folgten stadtaufwärts das Stadthaus und eine Bäckerei.<sup>101</sup>

Bereits Wochen vor dem Konfirmationsfest inserierten verschiedene Geschäfte und warben für ihre Artikel. Denn das Konfirmationsfest wurde damals neben seiner religiösen Bedeutung ganz anders als heute als Weichenstellung zum bürgerlichen Leben verstanden. Für die allermeisten Konfirmanden endete mit der Konfirmation auch ihre Zeit als Volksschüler, und ihr Eintritt ins Erwerbsleben begann mit einer Lehre. Zu diesem wichtigen gesellschaftli-

## Ernst Haag, Backnang.

### Aussteuer-Artikel

in allen gangbaren Qualitäten und Breiten.

<p>Wegleichte Leinwand und Halbleinen Tisch- und Handtuchzeug Tafel- und Tischtücher Servietten, Farbige Tischzeuge Bettbartheut, Bettdrill Flaumdrill</p>	<p>Elsäßer Hemdentücher Damaske, Pelzvi que Gardinen Nonleanzstoffe, Käuserstoffe Bettdecken Tischdecken, Bettvorlagen Bett-, Schürzen- und Kleiderzeuge.</p>
--	---

Nur bewährte erste Fabrikate.



Zuherberontlich billige Preise.

Anfertigung von Betten und einzelnen Bettstücken.

Anzeige von Kaufmann Ernst Haag (Murrthal-Bote vom 6. Dezember 1910).

<sup>99</sup> Eduard Breuninger: Stuttgart 1881-1911, Vom Klein- zum Großbetrieb! 30 Jahre ununterbrochene Entwicklung in der Manufakturwarenbranche, Stuttgart 1911; Das Breuninger-Buch. Bilder aus Württembergs Vergangenheit und Gegenwart. Dargestellt von August Lämmle. Mit einer Geschichte des Hauses Eduard Breuninger in Stuttgart, Stuttgart 1931.

<sup>100</sup> MB vom 3. Juli 1901.

<sup>101</sup> Möckel (wie Anm. 13).

**V a c u a n g.**  
 Einer geehrten Einwohnerschaft aus Stadt und Land erlaube ich mir,  
 mein großes und gut sortiertes Lager in  
**Seide-, Filz-, Plüsch- & Lodenhüten**  
 empfehlend in Erinnerung zu bringen.  
 Hochachtend  
**C. Napiwotzky, Hutmacher.**



Nur Saison-Neuheit.

Stilvolle Preise.

**Konfirmandenhüte**  
 in allen Preislagen.

Inserat von Hutmacher Karl Napiwotzky, der in der heutigen Marktstraße 27 sein Hutgeschäft mit eigener Reparaturwerkstätte betrieb (Murrthal-Bote vom 19. März 1900).

chen Ereignis bot die Textilbranche eine große Auswahl an schwarzen und farbigen Damenkleiderstoffen samt Zubehör (Unterrockstoffe, Schürzen, Korsetten, Kragen, Krawatten, Manschetten und Hosenträger) an, Hutmacher Karl Napiwotzky und Kürschner Ferdinand Kapphan hatten Konfirmandenhüte in allen Preislagen und nach modernster Façon im Angebot. Bei der Buchbinderei und Schreibwarenhandlung Friedrich Leibold waren Gesangbücher vom einfachsten bis zum feinsten Einband sowie Bücher aller Art, Photographie-Alben, Postkarten-Alben, Briefpapier, Vergissmeinnicht vorrätig.<sup>102</sup>

Gesangbücher mit einem feinen Einband waren in schwarzes oder dunkelbraunes, ornamental verziertes Leder gebunden und hatten Goldschnitt. Fotografien von Konfirmandinnen und Konfirmanden wurden beim Photographen aufgenommen und zeigten die jungen Menschen im Festgewand und in stilisierter Pose. Postkarten-Alben waren sehr beliebt, denn die kolorierten Bildpostkarten, die es in unglaublicher Vielfalt gab, mussten vielfach die nicht vorhandenen Reisemöglichkeiten ersetzen. Eine prächtige Sammlung dieser Postkarten war wie ein Fenster in die Welt. Das Vergissmeinnicht wurde in festem, mit Ornament versehenem



Meine  
**Weihnachts-Ausstellung**  
 ist eröffnet und lade zum Besuch derselben höflichst ein,  
**Wagner Beck.**

Anzeige zur Weihnachtszeit von Wagner Beck (Murrthal-Bote vom 28. November 1900).

Einband als kleines Kalenderbüchlein mit oder ohne Goldschnitt angeboten und diente der Eintragung von Lebensdaten aus dem familiären Umfeld oder dem Freundeskreis. Beim christlichen Vergissmeinnicht waren jedem Tag Bibelsprüche beigefügt. Aussteuer-Artikel anzubieten war ein einträgliches Gewerbe. Denn die Eltern der Braut statteten ihre Tochter je nach Portemonnaie mit Tisch- und Bettwäsche, Stoffen, Haushaltsgegenständen, Geschirr und feinem Porzellan, Gläsern, silbernem Besteck etc. aus. Eine verheiratete Frau aus dem Bürgertum ging zu der damaligen Zeit keiner Erwerbsarbeit nach; die Aussteuer war ihr materieller Beitrag zur Ehe.

Die Stadträte in den bürgerlichen Kollegien des Gemeinderats bzw. des Bürgerausschusses stellten einen repräsentativen Querschnitt durch eine bürgerliche Gesellschaft dar. Ein Wechsel von einem Kollegium in das andere kam häufiger vor. Beispielsweise übernahm der bisherige Stadtrat Friedrich Stroh 1910 das Amt eines Obmanns im Bürgerausschuss. Folgende Personen waren, oft über viele Jahre, in den bürgerlichen Kollegien vertreten (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

Adolff, Eugen, jun., Spinnereibesitzer  
 Bartenbach, Friedrich, Metzger und Wirt  
 Brändle, Heinrich, Goldarbeiter  
 Breuninger, Eugen, Kaufmann  
 Diller, Christian, Schuhmacher  
 Erlenbusch, Wilhelm, Gerber

<sup>102</sup> Die Anzeigen im Murrthal-Boten erschienen immer jährlich im März kurz vor der Konfirmation.

Faber, Erich, Rechtsanwalt  
 Feucht sen., Wilhelm, Privatier (1906 gest.)  
 Hildt, Gustav, Ökonom und Privatier  
 Hodum, Hermann, Gerbermeister  
 Holzapfel, Gottlob, Weißgerbermeister  
 Kaess, Robert, Lederfabrikant  
 Kummerer, Gottlieb, Schmiedemeister  
 Kunberger, Friedrich, Bäcker und Weinwirt  
 Rode, Friedrich, Privatier  
 Roser, Albert, Apotheker  
 Schnekenburger, Heinrich, Brauereibesitzer  
 (Zur Rose)  
 Schweizer, Louis, Lederfabrikant  
 Stroh, Adolf, Uhrmachermeister  
 Stroh, Friedrich, Buchdruckereibesitzer  
 Ulmschneider, Max, Amtlicher Güterbeförderer  
 Vogt, Eugen, Lederfabrikant  
 Volz, Wilhelm, Flaschnermeister  
 Wieland, David, sen., Ziegeleifabrikant  
 Winter, Adolf, Kaufmann  
 Wühler, Gottlob, Lederfabrikant.<sup>103</sup>



*Der Backnanger Ehrenbürger Eduard Breuninger.*

Ehrenamtliche Tätigkeit war in ungleich höherem Maß als heute bei Personen mit einem gehobeneren Bildungsniveau und gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen gegeben. Das betrifft den evangelischen Kirchengemeinderat mit seinen Verbänden und karitativen Einrichtungen ebenso wie die zahlreichen Vereine im gesellschaftlichen Bereich. Den Vereinen kam generell eine wichtige öffentliche Aufgabe in der bürgerlichen Gesellschaft zu. Sie hatten für Unterhaltung und Belehrung im weitesten Sinn zu sorgen. Ihre umfangreiche Tätigkeit hatte mit der heute so allgegenwärtigen Freizeitindustrie, die von gesellschaftlichen Verpflichtungen geradezu losgelöst ist, nichts zu tun. Öffentliche Veranstaltungen hatten immer einen gesellschaftlichen Rahmen. Deshalb spielten die Vereine auch bei jenen Veranstaltungen, die der Traditionsverbundenheit im Sinn einer Geschichtskultur dienten, eine so bedeutsame Rolle.

Gesellschaftlich wirksame Bindungen und damit Übernahme von Verantwortung waren auch im Bereich von Stiftungen, Schenkungen und Spenden aller Art für *milde Zwecke* spürbar. Für den kirchlichen Bereich soll dies exemplarisch dargelegt werden. Im weltlichen

Bereich kann der zu großem Reichtum gekommene, in Stuttgart wohnhafte Eduard Breuninger angeführt werden. Er fühlte sich seiner früheren Heimatstadt Backnang zeitlebens verbunden und tat dies wiederholt mit verschiedenen Stiftungen kund. Der Backnanger Kriegerverein, dessen Mitglied er war, erhielt wiederholt Zuwendungen von ihm. Rektor Funk, Verfasser einer lesenswerten Geschichte des hiesigen Kriegervereins, erinnerte im Zusammenhang mit den Gedenkfeiern des Jahres 1910 an Breuningers Großzügigkeit: *Zum ehrenden und dankbaren Gedenken an die tapferen Krieger hat der hochherzige Stifter der hiesigen Stadtbibliothek, welcher auch der Reallehrer-Gutscher-Stiftung die breite Grundlage schuf, eine Veteranenstiftung der Stadt Backnang zugehen lassen, deren Kapital 5000 Mark beträgt. Die Verwaltung soll durch den Gemeinderat erfolgen. (...) Die Liberalität des hochherzigen Bürgers und Sohnes unserer Stadt geht aber für heute noch weiter. Den Teilnehmern am heutigen freien Festmahl wurden nach ausdrücklicher Bestimmung des Stifters, ebenso den*

<sup>103</sup> Vgl. dazu die Gemeinderatsprotokolle aus dieser Zeit. StAB Bac G 001-68 bis Bac G 001-71. Die beiden einzigen Unselbstständigen, Diller und Erlenbusch, waren für die SPD in den Gemeinderat eingezogen.

Witwen, besondere Ehrengeschenke durch Herrn Stadtschultheiß Eckstein persönlich übermittlelt.<sup>104</sup> Kriegerverein und Stadt zögerten deshalb nicht, Kommerzienrat Eduard Breuninger anlässlich des dreißigjährigen Geschäftsjubiläums 1911 Ehrenmitgliedschaft und Ehrenbürgerwürde zu übertragen. Der Geehrte säumte seinerseits nicht, dem Gemeinderat in Backnang *eine goldene Festmedaille und silberne Königsmünze nebst einer Festschrift für das städtische Archiv* überreichen zu lassen.<sup>105</sup>

Mitten im Krieg war sich Breuninger der angespannten Finanzlage der Stadt Backnang bewusst und ließ ihr deshalb verschiedene Schenkungen zukommen: 20 000 Mark für die *Bibliothekstiftung für die Stadt Backnang*; 5 000 Mark zu *Gunsten der Volksschule in Backnang* (Auszahlung von *Prämien an hervorragende, fleißige und brave Schüler und zur Unterstützung Bedürftiger*); 5 000 Mark zu *Gunsten der Kinderschule*; 5 000 Mark zur *Stärkung der Monn'schen Stiftung für ältere, gebrechliche weibliche Bürgerinnen* (sic!); 5 000 Mark zu *Gunsten von Erinnerungsfeiern an den jetzigen Krieg (1914/17) für Ausmarschierte der Stadt Backnang*; je 2 000 Mark zu *Gunsten der Frauenarbeitsschule, des evangelischen Männer- und Jünglingsvereins, des Herbergsvereins, des Verschönerungsvereins und des Altertumsvereins*.<sup>106</sup>

Handwerkermeister und ausgebildete Gesellen waren ebenfalls Teil des Bürgertums. Ihr zahlreiches Mitwirken in der Liedertafel und dem Liederkranz, ihre Verbundenheit mit dem örtlichen Kriegerverein waren ebenfalls Ausdruck ihrer bürgerlichen Lebenshaltung. Dies gilt auch für das so zahlreich vertretene Gerbergewerbe. Bei den kleineren selbständigen Gerbereien dürften noch Bindungen zwischen dem Meister und seinen Gesellen bestanden haben, die an alte Zunftordnungen erinnerten. Die Kindheitserinnerungen der Luise Breuninger und die Briefe der Johanna Henninger (geb. Breuninger), die Gerhard Fritz herausgegeben und kommentiert hat, beschreiben derartige Berufs- und Lebensgemeinschaften.<sup>107</sup> Die Handwerker-Arbeiter im Gerberberuf

unterschieden sich deutlich von Industriearbeitern. In der Weimarer Republik sollte sich dies auch in ihrem Wahlverhalten gegenüber dem erstarkenden Nationalsozialismus in auffälliger Weise zeigen.<sup>108</sup>

Bezogen auf Backnang, kann die gesellschaftliche Schichtung innerhalb des Bürgertums folgendermaßen beschrieben werden: Das Bildungsbürgertum war zu schwach vertreten. Es war bei den Geistlichen, den Lehrern, den höheren Beamten im Finanzamt und Amtsgericht sowie bei den Selbständigen wie Zeitungsverlegern, Rechtsanwälten, Ärzten und Apothekern zu finden. Aber nur einen Teil von ihnen drängte es an die Öffentlichkeit. Ausgesprochene Besitzbürger waren die Fabrikanten der Lederindustrie, der Spinnerei und des Maschinenbaus. Auch ihre Zahl war sehr begrenzt. Die große Mehrzahl der Backnanger Bürger muss dem Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft zugeordnet werden. Beim Kleinbürgertum und bei den Handwerker-Arbeitern waren die Grenzen zur Arbeiterschaft fließend. Wirtschaftliche Einbrüche durch Firmenschließung oder der frühzeitige Tod des Mannes konnten eine Proletarisierung bedeuten.

Nur Vertreter des Bildungsbürgertums, wie etwa die örtlichen Ärzte oder Oberamtsbaumeister Christian Hämmerle waren auch in der Lage, sich Statussymbole wie die ersten Automobile in Backnang zu leisten, was zu aus heutiger Sicht eher amüsanten Begebenheiten führte: *Wenn durch Regen die Landstraßen aufgeweicht sind, und man sieht als Fußgänger ein Automobil in sausender Fahrt sich nähern, wobei stärker als vom Sprengwagen das Wasser, der Straßenschmutz nach allen Seiten weitab geschleudert wird, so können einem die verschiedenartigsten, aber gewiss nicht erheben den Gefühle auf einmal überkommen, zumal wenn das Gelände die Möglichkeit rascher Deckung nicht bietet. Am Himmelfahrtstage nach dem Gewitter konnten dies Spaziergänger auf der Straße Backnang-Oppenweiler erfahren. Es sausten verschiedene Male Automobile in beiden Richtungen vorbei und besudelten bei*

<sup>104</sup> Friedrich Funk: Geschichte des Kriegervereins Backnang zum 50-jährigen Jubiläum, Calw 1928, S. 114. Vgl. Teil 2 dieser Arbeit in BJB 15, 2007.

<sup>105</sup> StAB Bac G 001-71, Bl. 296.

<sup>106</sup> Ebd., Bl. 679-682.

<sup>107</sup> Gerhard Fritz (Hrsg.): Die Kindheitserinnerungen der Luise Breuninger (1936) und die neun Briefe der Johanna Henninger, geb. Breuninger (1943/44). – In: BJB 9, Backnang 2001, S. 9-38.

<sup>108</sup> Rolf Königstein: Alfred Dirr. NSDAP-Kreisleiter in Backnang. Ein Nationalsozialist und die bürgerliche Gesellschaft, Backnang 1999 (= Backnanger Forschungen 3), S. 40-48.

dem rasenden Tempo die Fußgänger über und über mit Straßenschmutz, was namentlich bei Damen und Kindern wenig erfreulich wirkt. Leider kann man zumeist nicht feststellen, wer die Fahrenden sind. Soviel sollten diese aber wissen, dass auch im öffentlichen Verkehrsleben eine gewisse Rücksicht obzuwalten hat, die hier eben in einem zeitweilig gemäßigteren Fahrtempo besteht. Es ist nicht zu verwundern, wenn wieder und wieder Vorschriften verlangt werden, die den Automobilisten als lästig oder überflüssig erscheinen; aber schließlich sind sie doch selbst daran schuld. Und wer keine Rücksicht üben will, verdient auch keine.<sup>109</sup>



Oberamtsbaumeister Christian Hämmerle mit Familienangehörigen in seinem Automobil (Aufnahme um 1904).

## Arbeiterschaft

Als Berufsbezeichnungen wurden *Industriearbeiter* oder *Fabrikarbeiter* in den örtlichen Akten relativ selten angeführt. Für die Anzahl der tatsächlich eingesetzten Arbeiter sagt diese Kennzeichnung aber nicht viel aus. Arbeiter

waren in der Lederindustrie (im Unterschied zu den kleineren selbständigen Gerbereien), den Schuh- und Ziegeleifabriken sowie im Maschinenbau von Carl Kaelble (1877 bis 1957) in großer Zahl beschäftigt. Es gab zudem eine wachsende Zahl von Arbeitern, die in die modernen bürgerlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur am Rande hineinpassten und von einer Proletarisierung ihrer Lebensverhältnisse geprägt waren. Auffällig häufig finden sich in Backnang Berufsangaben wie *Gerbergehilfe*, *Lohnknecht* und vor allem *Tag(e)löhner*. Das waren ungelernete Arbeitskräfte, die am unteren Ende der Lohnskala angesiedelt waren und bei dem damaligen Nichtvorhandensein von Tarifverträgen wirtschaftlichen Entwicklungen, konjunkturellen Schwankungen oder unternehmerischen Fehlentscheidungen schutzlos ausgesetzt waren.

Die Eingabe der hiesigen *Stadttagelöhner* an den Gemeinderat vom 21. Februar 1906 zeigt eine von Ohnmacht geprägte Abhängigkeit. Sie konnten sich im Unterschied zu den Tagelöhnern und Gerbern, die zwei Monate später wegen kürzerer Arbeitszeiten und höherer Stundenlöhne in den Lederfabriken Backnangs kämpften, einen Streik nicht leisten: *Die hiesigen Stadttagelöhner stellen in einer Eingabe an den Gemeinderat vom 21. Februar d. J. die Bitte um angemessene Lohnerhöhung, da der bisherige Stundenlohn von 22 Pfennig bei durchschnittlicher 10stündiger Arbeitszeit mit der gegenwärtigen teuren Lebenshaltung und den hohen Mietpreisen nicht mehr in Einklang stehe. Das Vorbringen der Bittsteller erscheint nicht unbegründet. Nach Beratung wird vom Gemeinderat unter Zustimmung des Bürgerausschusses – dem Vorschlag des Stadtbauamts entsprechend – einmütig beschlossen: Mit Wirkung vom 15. d. Monats folgende Lohnklassen aufzustellen: I. Klasse mit einem Stundenlohn von 25 Pfennig; II. Klasse mit einem Stundenlohn von 24 Pfennig; III. Klasse mit einem Stundenlohn von 20 Pfennig; IV. Klasse mit einem Stundenlohn von 16 Pfennig; für Überstunden und Sonntagsarbeit einen Lohnzuschlag von 25 % zu gewähren und die Einteilung der Arbeiter in die einzelnen Klassen nach dem Grad ihrer Tätigkeit dem Stadtbauamt zu überlassen.*<sup>110</sup>

Auch die ungelerten und unverheirateten *Fabrikmädchen*, die aus Sachsen und dem

<sup>109</sup> MB vom 26. Mai 1906.

<sup>110</sup> StAB Bac G 001-70, Bl. 404.



Das 1907/08 von der Spinnerei Adolff eigens für seine Fabrikarbeiterinnen erbaute Marienheim.

Ruhrgebiet angeworben worden waren und in der Spinnerei Adolff beschäftigt wurden, zählten zu den Arbeitern. Dem ehrenwerten Versuch von Eugen Adolff, ihnen in einem eigens errichteten *Marienheim* ein Zuhause zu bieten, das in *evangelischem Sinn* geleitet wurde, dürfte hinsichtlich der erhofften Bindung und Verwurzelung nur begrenzter Erfolg beschieden gewesen sein.<sup>111</sup> Es war sicher kein Zufall, dass die KPD der zwanziger Jahre, die in Backnang bis 1930 die meisten Wählerstimmen auf sich vereinte, bei den hier erwähnten Tagelöhnern und Fabrikmädchen eine geeignete Klientel fand, die gegenüber ihrer aggressiv vorgetragenen Erlösungshoffnung bei einer Sowjetisierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse besonders anfällig werden sollte.<sup>112</sup>

Mehrere Streikwellen, die Backnang vor 1914 erschütterten, machten unmissverständlich deutlich, dass es Lebensverhältnisse für Tagelöhner, Gerbergehilfen, Schuhmacher und Maurer gab (um die am meisten gefährdeten Lohnabhängigen zu nennen), die die Familien an den Rand des Existenzminimums oder dar-

unter drückten. Von April bis in den August 1906 zog sich der größte Streik in Backnang bei den verschiedenen Lederfabriken hin. Die Forderungen der Arbeiter bezogen sich auf eine 10-stündige Arbeitszeit (statt wie bisher 11) und Lohnerhöhungen, vor allem für Akkordarbeit und geleistete Überstunden. Es waren keinesfalls unzumutbare Forderungen, denn in Sachsen gab es bereits deutlich bessere Arbeitsbedingungen. Der Streik begann nach einem Beschluss der Backnanger Lederarbeiter in der Lederfabrik Fritz Häuser, weil ihren Forderungen nicht entsprochen wurde. Nach einer Woche schien auch ein Kompromiss gefunden. Die örtliche Zeitung meldete jedenfalls am 19. April 1906: *Die Arbeit wurde heute wieder aufgenommen. Diese friedliche Lösung ist in beiderseitigem Interesse zu begrüßen.*<sup>113</sup> Diese Meldung erwies sich als verfrüht, denn die übrige Lederindustrie Backnangs war nicht bereit, der folgenden Vereinbarung in der Lederfabrik Fritz Häuser zuzustimmen: *Nach einwöchiger Dauer des Streiks wurden bei der Firma, bei welcher dieser ausgebrochen war, die Lohnforderungen*

<sup>111</sup> LKA Stuttgart: Dekanatamt Backnang, Armenhilfe III B 23, Liste des Central-Ausschusses für die Innere Mission der dt. ev. Kirche, die die Vereine auflistet, die der *Liebestätigkeit* dienen (von 1923).

<sup>112</sup> Königstein (wie Anm. 108), S. 67-85.

<sup>113</sup> MB vom 19. April 1906.

der Arbeiter bewilligt, vor dem Streik: Stundenlohn der Tagelöhner 25 Pfennig und darüber der Walker und Äscherarbeiter 30 Pfennig, der Akkordarbeiter, sofern sie im Taglohn arbeiten mussten, vorwiegend 30 Pfennig; nach dem Streik: Tagelöhner per Stunde bis zu 30 Pfennig, Walker und Äscherarbeiter 32 Pfennig und Akkordarbeiter, sofern sie im Taglohn arbeiten müssen, bis zu 35 Pfennig per Stunde.<sup>114</sup>

Es war das Verhalten des Verbandes Backnanger Lederproduzenten und der Lederwerke von Louis Nebinger, das eine alsbaldige Rück-

  
**Achtung! Lederarbeiter! Achtung!**  
 Samstag den 26. Mai, abends 7 Uhr  
**g r o ß e**  
**öffentliche Versammlung**  
 im Saale zur Vimpurg.  
**T a g e s o r d n u n g :**  
 Die Lohnbewegung in der Nebinger'schen Lederfabrik.  
 Lederarbeiter, erscheint pünktlich und zahlreich.  
**Der Einberufer.**  


Aufruf zu einer Versammlung der Lederarbeiter während der Streiktage im Jahr 1906 (Backnanger Volksfreund vom 25. Mai 1906).

kehr zu normalen Arbeitsbedingungen verhinderte. Die Firma Nebinger, die aus der Konkursmasse der liquidierten Breuninger-Firmen 1900 den größten Profit geschlagen und sich in raschem Zugriff den Aufstieg zur größten Lederfabrik Backnangs gesichert hatte, fuhr einen knallharten Kurs und wollte den *übertriebenen Forderungen der Arbeiterschaft* in keiner Weise entsprechen. Daraufhin kündigten am 17. Mai 1906 106 Arbeiter fristgerecht bei dieser Firma. Als Reaktion sperrte die Firma die Arbeiter aus. In einem Schreiben vom 22. Mai an den Stadtschultheiß bekräftigte Louis Nebinger, dass er an seiner Haltung der Aussperrungen festhalten wolle. 33 Arbeiter wurden kurzfristig von *auswärts*, d. h. aus Leipzig und Frankfurt a. M. angeworben. Nebingers Anliegen bei Eckstein war es nun, den *Arbeitswilligen polizeiliche(n) Schutz zu gewähren, indem zu Beginn und*

*Schluss der Arbeitszeit einige Schutzmanns-posten auf dem Weg bis und an der Fabrik gestellt würden.* Der Brief legt Zeugnis von einem schroffen Herr-im-Haus-Standpunkt ab und zeigt sich völlig unberührt von der sozialen Notlage der Arbeiter. Das musste natürlich die Situation vor Ort dramatisch verschärfen.

Stadtschultheiß Eckstein, der bereits am 9. April die Kontrahenten ins Rathaus einbestellt hatte, um einen Kompromiss auszuloten, notierte als Bilanz des Streiks in der von ihm der höheren Verwaltungsbehörde gegenüber gelieferten *Nachweisung über einen Streik: Mehrfach mussten Arbeitswillige, die von den Streikenden belästigt und bedroht wurden, polizeilich begleitet und geschützt werden. Zeitweise musste der erregten Streikmenge gegenüber die örtliche Polizeimannschaft durch ein Landjägereaufgebot verstärkt werden. Auch wurden verschärfte ortspolizeiliche Verfügungen bezüglich des verkehrsstörenden Umherziehens auf der Straße erlassen.* Die örtliche Zeitung hegte bereits nach diesen Tumulten bei der Ankunft der arbeitswilligen Arbeiter von auswärts schlimme Befürchtungen: *Ängstliche Gemüter sehen mit Bangen der Aussperrung in den anderen Fabriken, welche vom Samstag an in Kraft tritt, entgegen und prophezeien größere Unruhen.*<sup>115</sup> Dies bezog sich auf das kompromisslose Verhalten des Verbandes Backnanger Lederproduzenten, der bei dieser angespannten Situation noch Öl ins Feuer goss, indem er Forderungen des *Backnanger Lederarbeitervereins*, nach einer Beendigung des Tarifkonflikts sämtliche Streikende wieder einzustellen, strikt ablehnte und den Bürgermeister auf die Folgen der von den Lederfabrikanten selbst veranlassenen *Massenkündigung in sämtlichen Betrieben* vom 9. Juni 1906 aufmerksam machte und ihm dabei auch noch die rechtliche Verantwortung für *Sicherheit, Ruhe und Ordnung* zuschob. Unterstützt wurden in dem monatelangen Streik die Backnanger Lederarbeiter vom *Verband Deutscher Lederarbeiter*, der *wöchentliche Streikunterstützung* gewährte, und zwar *pro Arbeiter 12 M, pro Kind 1 M(ark)*. Erneut musste Eckstein im Rathaus auf Wunsch der Lederarbeiter vermittelnd tätig werden.

Was war das Ergebnis dieses Streiks, der vom

<sup>114</sup> Das Folgende entstammt, sofern nicht anders angegeben: StAB Bac O 043-10.

<sup>115</sup> MB vom 19. Juni 1906.

28. Mai bis zum 12. August 1906 dauerte und in dessen Mittelpunkt der Massenstreik bei der Lederfabrik Nebinger stand? Alle Fabrikanten mussten jetzt Lohnerhöhungen und eine Verkürzung der Arbeitszeit zugestehen. Aber gegen etwa 40 Beschuldigte wurde Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Nötigung erhoben. Tatsächlich kam es zu Ermittlungen gegen 24 Genossen wegen Landfriedensbruchs, die ein vom Königlich Württ. Landgericht Heilbronn abgeordneter Untersuchungsrichter vor Ort im Backnanger Rathaus leitete, der behufs Aufrechterhaltung der Ordnung während der voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmenden Vernehmungen die Anwesenheit eines Schutzmanns sowie eines Landjägers vom Landjägerstationskommando für notwendig erachtete: „Als Resultat dieser langen Phase des Kräftemessens und der erzwungenen Aussperrungen mussten die Lederarbeiter ihre Forderungen letztlich fallen lassen, nach denen sämtliche Arbeiter wieder von den Firmen eingestellt werden sollten. Die betroffenen Firmen – allen voran die Firma Nebinger – konnten sich damit ihrer missliebigen Arbeiter entledigen.“<sup>116</sup> Besonders bitter und für die Einzelnen katastrophal war die folgende Bilanz, die Eckstein ziehen musste: *Der Verlust an Arbeitslohn beläuft sich bei der Firma, bei der gestreikt wurde, auf ca. 19000 Mark.* Die Beschäftigten bei der Firma Nebinger, die hier gemeint ist, mussten über Monate unter ihrem Lohnverlust leiden.

An diesem Beispiel zeigt sich die fehlende tarifrechtliche Absicherung der Lederarbeiter auf drastische Weise. Die Gewerkschaften waren eben nicht als gleichberechtigte Verhandlungsführer in einem Tarifkonflikt anerkannt. Unter diesen Gesamtbedingungen war es kein Wunder, wenn die Arbeiter nur in der SPD ihre legitime politische Vertretung sahen.

### Armut, soziale Entwurzelung, sittliche Verwahrlosung

Die Protokolle der städtischen Ortsarmendeputation und der entsprechenden kirchlichen Akten offenbaren ein bestürzendes Ausmaß an Armut in Backnang mit den dadurch ausgelösten

sozialen Folgeerscheinungen. Ohne das reibungslose und verantwortungsbewusste Zusammenwirken von städtischen Behörden, Amtsgericht, kirchlichen Vertretern und engagierten Bürgern, die vielfach religiös motiviert waren, wäre eine Verelendung ganzer Bevölkerungsschichten nicht zu verhindern gewesen.

Es gab in Backnang viele Familien, die sich mehr schlecht als recht unter äußerst bescheidenen Verhältnissen in einem täglichen Überlebenskampf gerade so über Wasser halten konnten, aber über keinerlei finanzielle Reserven verfügten. Ihre Zahl lässt sich nicht präzise ermitteln; dass diese ortsarmen Personen aber weit mehr als ein Randproblem darstellten, darf als gesichert gelten.

Der Gemeinderat hatte es sich in einer noblen Geste zur Gewohnheit gemacht, jährlich Unterstützungsleistungen für ärmere Konfirmanden und Konfirmandinnen zu gewähren. Denn an diesem Festtag wollte man allen Jugendlichen ersparen, ärmlich gekleidet und damit stigmatisiert zu erscheinen: *Zur Anschaffung von Kleidungsstücken für heurige Konfirmanden hat man diesen unter Berücksichtigung ihrer ökonomischen und Familienverhältnisse folgende Beiträge aus der Armenkasse bewilligt, wovon übrigens der größere Teil aus Privatbeiträgen gedeckt ist.*<sup>117</sup> 1901 unterstützte man 31 Jugendliche, 1902 waren es 17; 1903 wurde 26 und 1904 25 Jugendlichen geholfen.<sup>118</sup> Schlüssel man die Zahlen für 1902 näher auf, so ergibt sich folgendes Bild: 72 Mark wurden für 17 Personen zur Verfügung gestellt; sieben Jungen erhielten je eine Mark für 1 Hose, drei davon zusätzlich zwei Mark; acht Mädchen gewährte man für ein Kleid zwischen drei und fünf Mark; zwei Familien bekamen für den bei ihnen aufgenommenen Pflegesohn je 15 Mark. Auf diese Fälle, dass Kinder anderer Familien in Pflege aufgenommen wurden, wird noch näher einzugehen sein. Aussagekräftig sind besonders die persönlichen Angaben zu den Eltern: Bei vier Konfirmanden war bereits der Vater verstorben, zwei Jungen eines Schuhmachers und eines Friseurs lebten als Pflegesohn bzw. Kostkind in fremder Familie; ein Junge war Stiefsohn; bei fünf Personen lauteten die Berufsangaben des Vaters *Gerber, Lohmüller, Lohknecht*. Ein

<sup>116</sup> Andreas Brunold: Der „Wandel der Industriegesellschaft“ – am Beispiel der Stadt Backnang. – In: BJB 9, Backnang 2001, S. 121-156. Vgl. auch Kühn (wie Anm. 17), 8. Teil. – In: BJB 11, Backnang 2003, S. 149-153.

<sup>117</sup> StAB Bac P 033-11, Bl. 128f.

<sup>118</sup> Ebd., Bl. 141f, 162f, 186f u. 214f.

Heizer, zwei Tagelöhner, eine Wäscherin und zwei Schuhmacher komplettierten diese Liste *ortsarmer Personen*, die ein Kind beim Konfirmationsfest dabei hatten. Am Konfirmationsfest 1908 war bei über 54 % der zu unterstützenden 37 Konfirmanden als Beruf des Vaters Gerber oder Tagelöhner angegeben.<sup>119</sup>

Armut ergab sich vielfach aus einem Bündel von Ursachen, die zugleich auch Folgen sein konnten. Zu nennen sind berufliche Unterqualifizierung, niedrigster Lohn bei harter Arbeit, Alkoholismus, zerrüttete Familienverhältnisse, Straffälligkeit. Kamen mehrere dieser Faktoren zusammen, musste eine geradezu trostlose Lage entstehen. Aber auch ohne jene milieubedingten Faktoren konnte drückende Armut entstehen. Sie berührt umso mehr, als hier Menschen sich ein Leben lang abgemüht hatten, um dann vor dem finanziellen Nichts zu stehen und auf weltliche und kirchliche Unterstützung angewiesen zu sein, was damals für viele von ihnen als mit einem Makel versehen und als ehrenrührig betrachtet wurde. Frühzeitige Invalidität oder frühzeitiger Tod des *Ernährers der Familie* konnten unmittelbar ins Elend führen.

Bei dem folgenden Beispiel eines erblindeten *Holzspälters* bekam die Familie *eine fortlaufende Unterstützung im Beitrag von 1 M 60 Pf. am Tag*. Außerdem wurde der *Landarmenverband für den Neckarkreis* in Ludwigsburg wegen einer Übernahme weiterer Unkosten angeschrieben: *Die Margarethe G. geb. K., Ehefrau des erblindeten Holzmachers Christian G. hier, hat am 9. des Mts. um öffentliche Unterstützung gebeten. Sie hat dieses ihr Gesuch damit begründet, dass in Folge der Erkrankung ihres Mannes an Lungenentzündung, Gliederschmerzen und anderem ihre Barmittel vollständig erschöpft seien und, da sie nichts mehr verdienen können, auch nichts mehr zu leben haben. Dazu käme, dass ihre 16 Jahre alte Tochter Emma, die zuletzt hier in Dienst gestanden, seit 18. Nov. vor. Jahres an Herzwassersucht erkrankt sei und besonderer Wartung und Pflege bedürfe. Die Familie G. wohnt schon seit 1873 hier, hat also hier den Unterstützungswohnsitz. Vermögen ist keines vorhanden. Die paar Pfennige, die sie von ihrem Verdienst zurückgelegt hatten, sind durch die lange Krankheit der*

*Tochter und des Mannes aufgebraucht.*<sup>120</sup>

Krankheit konnte existenzbedrohend bei Menschen sein, die noch nicht von den Sozialgesetzen Bismarcks erfasst worden waren, und das war vor allem bei Tagelöhnern, die nicht in einem dauerhaften Arbeitsverhältnis standen, der Fall: *Ein Gesuch für Joseph G., Tagelöhner in Backnang, um Verwilligung von Desinfektionskosten nach Tuberkulose-Todesfall wird vorge-tragen und beschlossen: die entstehenden Kosten auf die Kasse des Bezirkswohltätigkeitsvereins zu übernehmen.*<sup>121</sup>

Eine verzweifelte Lage war für eine Familie auch dann gegeben, wenn der Mann eine Gefängnisstrafe verbüßen musste. Im Fall des wegen *Betrugs gefänglich eingezogenen* Gottlieb Sch. wandte sich die Ehefrau an die städtische Behörde, *da sie mit ihrem 2 Jahre alten Kind nichts zu leben habe, auch kein Brennmaterial habe und mit dem Hauszins im Rückstand sei. Sie selbst könne derzeit nichts verdienen, weil sie demnächst ihrer Niederkunft entgegensehe.* Die Behörde bewilligte ihr ab sofort 80 Pfennig pro Tag.<sup>122</sup>

Verheerend wirkten sich Fälle von Schwachsinn bei jungen Menschen aus. Im Zeitraum von Anfang 1900 bis Anfang 1903 sind drei solcher Fälle dokumentiert. In allen Fällen deuten die Umstände auf deprimierende Milieufaktoren hin, die im Zusammenhang mit erbbedingten Anlagen auslösend gewirkt haben dürften. Beim ersten Fall war ein acht Jahre alter Volksschüler betroffen, dessen Vater als *notorischer Trinker* bezeichnet wird und dessen Mutter *sich und die Ihren kärglich von einem Kaffeekommissionsgeschäft* ernährte. Das Kind wurde nach einer Untersuchung durch Oberamtsarzt Dr. Karl Heller (1858 bis 1938) in die Anstalt Marienberg gebracht. Für das jährliche Kostgeld von 200 Mark und ein einmaliges Kleidergeld von 40 Mark hatte Schwäbisch Hall aufzukommen, da die Familie nicht in Backnang *unterstützungswohnsitzberechtigt* war. Im zweiten Fall wurde der 23 Jahre alte *ledige Gerbergeselle* Gottlob B. in die *Staatsirrenanstalt Winnenthal* überwiesen. Da er und die Eltern *vollständig mittellos* waren, übernahm die hiesige Ortsarmendeputation die laufenden Kosten und schrieb zugleich den *Landarmenverband für den Neckarkreis* wegen einer Kostenübernahme an. Der dritte Fall

<sup>119</sup> StAB Bac P 034-10, Bl. 59ff.

<sup>120</sup> StAB Bac P 033-11, Bl. 145f.

<sup>121</sup> StAB Bac P 030-10, Protokoll des Bezirkswohltätigkeitsvereins vom 12. Dezember 1911.

<sup>122</sup> StAB Bac P 033-11, Bl. 179.

betrifft eine 17-jährige *hochgradig schwachsinnige* Tochter eines Webers, deren Eltern in *äußerst ärmlichen Verhältnissen* in einem *baufälligen Häuschen* lebten. Sie kam in die *Diakonissenanstalt Hall*, da in den *übrigen Schwachsinnigenanstalten des Landes* zu der Zeit *kein Platz* frei war. Für das anfallende *Kost- und Verpflegungsgeld im Betrag von 300 M pro Jahr* wurde ebenfalls der *Landarmenverband* angeschrieben.<sup>123</sup>

Bei der *Ortsarmendeputation* liefen all die zu unterstützenden Fälle zusammen. Das Gremium bestand aus 15 Mitgliedern, die aber nur selten vollzählig anwesend waren. Die Mitglieder kamen bis auf den Geistlichen aus den bürgerlichen Kollegien. Dies machte auch Sinn, denn der Gemeinderat hatte über die zu bewilligenden Gelder zu entscheiden. Von Bedeutung war, dass sich der Vorstand aus einem weltlichen und einem geistlichen Vertreter zusammensetzte. Es waren dies Stadtschultheiß Eckstein und Dekan Dr. Köstlin. Das umfangreiche Armenwesen des Landes ruhte gleichermaßen auf staatlichen Organisationen und auf kirchlichen Einrichtungen. Auf letztere wird noch einzugehen sein.

Bei den schlimmsten Fällen von Armut, die gepaart waren mit Alkoholismus und Verrohung, oft mit Straffälligkeit, kam es ganz besonders auf ein verantwortungsbewusstes Zusammenwirken von Kirche und Staat an. Es waren vor allem die Wohlfahrtsverbände der Kirche sowie die Kirchenpfleger und engagierte Bürger, die über das ganze Ausmaß von Armut und Elend Bescheid wussten. Dekan Dr. Köstlin schrieb etwa in seinem *Pfarrbericht* von 1906: *Es fehlt aber auch nicht an traurigen Verhältnissen, bei denen grobenteils die Trunksucht eine verhängnisvolle Rolle spielt.*<sup>124</sup> Auch die Ortsschulinspektoren konnten über untragbare Verhältnisse berichten und Alarm schlagen. Denn es waren die unmündigen Kinder, die darunter besonders zu leiden hatten. In einem solchen Fall war ein *Antrag auf Zwangserziehung nach § 1666, Abs.1* des seit dem 1. Januar 1900 gültigen Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) möglich: *Die hiesige Ortsschulbehörde hat mittelst Beschlusses vom 27. Okt. d. J. bei dem Kgl. Amtsgericht hier Antrag auf Zwangserziehung gestellt gegen Eugen S., geb. am 3. Aug. 1894, und Friederike S., geb. am 7. August 1896, uneheliche Kinder der*

*Friederike S., verheirateten H. hier, auf Grund des § 1666 Abs. 1 des BGB. Der Antrag ist damit begründet, dass der Stiefvater der Kinder, Tagelöhner Georg H., von Lendsiedel O/A Gerabronn gebürtig und hier wohnhaft, zur Zeit wegen Diebstahls i(m) R(ückfall) eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren und die Mutter wegen Hehlerei im Rückfall eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten verbüßt. Beide Eltern seien sehr schlecht beleumundet und besitzen nicht diejenigen sittlichen Eigenschaften, welche der Erziehungsberuf erfordert. Seit der gefänglichen Einziehung der Eltern seien die Kinder bei ihrer Großmutter, der Christine S., Witwe hier, einer hochbetagten Frau, welche die ganze Stadt ausbettelt und gleichfalls in keinem guten Ruf steht, untergebracht. Zweifellos besteht Gefahr, dass die beiden Kinder, wenn sie nicht in eine bessere Umgebung und unter sorgfältige Leitung kommen, sittlicher Verwahrlosung anheimfallen. Der Knabe habe seiner Großmutter bereits Geld gestohlen und solches verschleckt. Es erging folgender Beschluss: Es möchte der Knabe in einer geeigneten Anstalt, etwa Lichtenstern, das Mädchen dagegen in einem Privathause, womöglich aber außerhalb Backnangs untergebracht werden.*<sup>125</sup>

Im Zeitraum von Anfang 1900 bis Anfang 1903 kamen nicht weniger als sieben Fälle einer *Zwangserziehung* vor. Die häuslichen Verhältnisse müssen in einigen Fällen ein Martyrium für die Kinder gewesen sein: *... dass er den Sohn mit Totschlagen bedrohe; ... sie (die Stiefkinder) schon seit geraumer Zeit in äußerst liebloser, roher Weise behandeln und mit Werkzeugen aller Art, wie sie ihnen gerade in die Hände kommen, misshandeln; ... der ein anderes Erziehungsmittel als Prügel nicht kennt.* Ein Abgrund tat sich auch den Behörden auf, als sie ein Kleinkind auf der Straße vorfanden, *welches kürzlich von der Polizei aufgelesen wurde, nachdem es von der pflichtvergessenen Mutter ohne Weiteres auf die Straße gesetzt wurde, während sie in einer Wirtschaft zechte.*<sup>126</sup>

*Zwangserziehung* durchzuführen bedeutete, die Kinder entweder in einer geeigneten Anstalt oder in einer Pflegefamilie unterzubringen. Die entsprechenden Protokolle lassen den Schluss zu, dass sorgfältige und genaue Prüfung bei jedem Einzelfall vorlag. In dem oben zitierten

<sup>123</sup> Ebd., Bl. 138f, 177f u. 186ff.

<sup>124</sup> Pfarrbericht (wie Anm. 23), S. 7.

<sup>125</sup> StAB Bac P 033-11, Bl. 207f.

<sup>126</sup> Ebd., Bl. 156ff, 188-191, 202f, 207f u. 211f.

# Bedingungen der Aufnahme

von

## K i n d e r n

in die evangelische Kinderrettungs-Anstalt

## Lichtenstern

bei Löwenstein, Oberamt Weinsberg.



Kinderrettungs-Anstalt.

Kirche.

Schullehrerbildungs-Anstalt.

### Lichtenstern.

- 1) **Aufgenommen werden** Knaben und Mädchen in der Regel zwischen vollendetem 6. und 10. Lebensjahr; dieselben müssen gesund, vollsinnig und schulbar sein. — **Nur bedingt aufnehmbar** sind Kinder, von welchen eine Gefahr für die Anstalt oder das Anstaltsleben zu befürchten ist, insbesondere unzüchtige Kinder und mißbrauchte Mädchen.
- 2) Was von der Aufnahme ausschließt, berechtigt auch zur **außerordentlichen Entlassung**.
- 3) **Aufnahmen** finden gewöhnlich im Frühjahr beim Beginn des Schuljahres statt; in dringenden Fällen kann der Eintritt auch zu anderer Zeit geschehen.

Aufnahmebedingungen für die evangelische Kinderrettungs-Anstalt Lichtenstern bei Löwenstein.

Beispiel entschied man sich bei dem Knaben für eine Anstalt, beim Mädchen aber für eine Familie, die *geordnete Familienverhältnisse* aufweisen musste. Das Alter der Kinder, aber auch vorhandene oder fehlende charakterliche Festigkeit waren hierfür entscheidende Maßstäbe. Das Verhalten der Behörden war von einer rigorosen Fürsorglichkeit geprägt, die heute fremd anmutet. Aus der Zeit heraus betrachtet, unter Berücksichtigung der trostlosen Milieuverhältnisse in diesen Fällen, machte ein solches Vorgehen aber durchaus Sinn. Oberster Maßstab war stets ein entschlossenes Vorgehen gegen drohende *sittliche Verwahrlosung* bei Kindern. Mit Sicherheit waren die Erziehungsanstalten wie Lichtenstern und Marienberg straff geführte Häuser mit autoritären Erziehungspraktiken.<sup>127</sup> Aber sie boten Perspektiven für Kinder, deren Leben perspektivlos geworden war.

## 5. Evangelische Kirche

### König Wilhelm II. und die evangelische Landeskirche

Seit der Reformation war der Herzog Oberhaupt und Bischof der evangelischen Landeskirche. Darin änderte sich nichts bis zum letzten König, der das Königreich Württemberg repräsentierte.<sup>128</sup> Vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jh. nahm die Breite des kirchlichen Lebens immer mehr zu. Die wachsenden gesellschaftlichen Bezüge und die sozialen Aufgaben verlangten eine Ausweitung kirchlicher Betätigungen. Mit der Einführung der Landessynode 1867 und der Trennung der bürgerlichen von der kirchlichen Gemeinde mit jeweils eigenem Gemeinderat 1887 waren die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen für eine Entfaltung des kirchlichen Lebens geschaffen. König Wilhelm II. übte als Inhaber des landesherrlichen Kirchenregiments auch in dieser Hinsicht eine kluge Zu-

rückhaltung. Er war „eher Kirchenpräsident denn Bischof“.<sup>129</sup>

Dem König als Oberhaupt der Landeskirche versprachen die Pfarramtsbewerber in ihrem Diensteid, *treu und gehorsam* zu sein. Der König selbst gewährte der Landeskirche Schutz und Fürsorge. Die Loyalität der Pfarrer dem König gegenüber war selbstverständlich und ungebrochen. Sie zeigte sich zum Beispiel in jenem Konsistorialerlass vom 14. März 1911, *betr. die kirchliche Feier des 25. Jahrestages der Vermählung Seiner Königlichen Majestät: Dem von Seiner Majestät dem König ausgesprochenen Wunsch zufolge soll eine besondere kirchliche Feier des 25. Jahrestages Allerhöchst Ihrer Vermählung am 8. April d. J. nicht stattfinden. (...) Der allgemeinen und frohen Teilnahme, mit welcher unser Volk diese Feier begleitet, werden auch unsere Geistlichen in diesem Gottesdienst (am Sonntag Judika als dem der Feier vorhergehenden Sonntag) mit Freuden Ausdruck geben durch innigen Dank für alle Segnungen, welche Gott diesem Königlichen Ehebund durch ihn dem Land hat widerfahren lassen, und durch die herzliche Bitte, dass Gottes Gnade noch lange über unserem geliebten Königspaare walten möge.*<sup>130</sup> Genauso selbstverständlich war es, dass bei hohen staatlichen Festtagen, z. B. am *Geburtstagsfest Seiner Majestät des Königs*, die Geistlichen im Land nach einer vom König persönlich ausgewählten Bibelstelle ihren Predigttext aufbauten.<sup>131</sup>

Im Backnanger Dekanatsarchiv ist eine *Hymne auf das Geburtstagsfest des Königs für vier Singstimmen mit Begleitung des Orchesters* überliefert, die von einem gewissen C. F. Beck für den *Hochlöblichen Kirchenconvent zu Backnang für die Kirchenmusik daselbst* verfasst wurde. Die Hymne *Steige zum Himmel, Vaterlands Jubel!* wurde im ersten Teil *mit freudiger Empfindung* und beim Übergang zum Gebet *langsam* vorgelesen. Wann sie aufgeführt wurde, konnte leider ebensowenig ermittelt werden, wie nähere Angaben zum Komponisten.<sup>132</sup> Sie stellt ein

<sup>127</sup> Lichtenstern im Oberamtsbezirk Weinsberg gehörte ebenso wie die Paulinenpflege in Winnenden und die Erziehungsanstalten der Gustav-Werner-Stiftung zum Bruderhaus in Reutlingen zu den *Erziehungs- und Rettungsanstalten für evangelische Kinder*, die Teil der umfassenden kirchlichen Wohltätigkeitsvereine im Königreich Württemberg waren: *Die nachfolgend verzeichneten Anstalten nehmen körperlich und geistig gesunde, verlassene, verwahrloste oder der Verwahrlosung ausgesetzte oder sonst besonderer Fürsorge bedürftige Kinder beiderlei Geschlechts im Alter von 6-10, höchstens 12 Jahren zur Erziehung auf christlicher Grundlage auf.* Vgl. Amtsblatt des württembergischen Evangelischen Konsistoriums und des Synodus in Kirchen- und Schulsachen, Bd. 14 (Kalenderjahre 1906-1908), Stuttgart o. J., S. 163ff

<sup>128</sup> Gerhard Schäfer: Das Haus Württemberg und die Evangelische Kirche. – In: Uhland (wie Anm. 6), S. 482-499.

<sup>129</sup> Ebd., S. 499.

<sup>130</sup> Amtsblatt des württembergischen Evangelischen Konsistoriums und des Synodus in Kirchen- und Schulsachen, Bd. 16 (Kalenderjahre 1910-1913), Stuttgart, o. J., S. 55.

<sup>131</sup> Ebd., S. 44

<sup>132</sup> Dekanatsarchiv Backnang: Inventar-Nr. 379.2 A, o. J.

Hymne.  
auf die Geburtsfest des Königs  
für vier Singstimmen  
mit Begleitung des Orchesters  
Dem Hochlöbl. Kirchenconvent zu Backnang  
zugeeignet.  
für die Kirchenmusik daselbst  
von dem Verfasser  
C. F. Beck.

Handschriftliches Titelblatt der Hymne für das Geburtstagsfest des Königs von C. F. Beck.

Beispiel rückhaltloser und von Begeisterung getragener Verehrung dem König gegenüber dar.

### Das kirchliche Leben in Backnang

Die Religion war im Volksleben in ungleich stärkerem Maße verankert als heutzutage. Backnang war eine evangelische Stadt, die 1906 8 686 Kirchengenossen nach der Volkszählung von 1905, 296 lebend geborene Kinder evangelischer Eltern, 278 Taufen, darunter nur sechs aus gemischten Ehen und 23 unehelich Geborener evangelischer Mütter aufwies. Neben 53 evangelischen Eheschließungen gab es nur drei Hochzeiten gemischter Paare. Jährlich hatte Dr. Köstlin in einem vorgedruckten Formular derartige Äußerungen des kirchlichen Lebens zu erfassen.<sup>133</sup>

Nur ganz selten erfolgte ein Wechsel zu den Methodisten oder Baptisten. Vollständige Kirchnaustritte aber kamen so gut wie nicht vor und hatten mit persönlichen Problemen zu tun. Bei der statistischen Erfassung der Kalen-

derjahre von 1900 bis 1906 gibt es beispielsweise keinerlei Kirchnaustritte.<sup>134</sup> Der Unterschied zu den zwanziger Jahren in Backnang, als die KPD eine militante Kampagne für Kirchnaustritte startete, ist augenscheinlich.<sup>135</sup> Dekan Dr. Köstlin konnte in seinem Pfarrbericht von 1906 denn auch im Blick auf den Hausgottesdienst urteilen: *Dass solcher in vielen Familien gehalten wird, ist sicher, und bei den Hausbesuchen kommt die Rede nicht selten darauf.* Zuversichtlich war er auch hinsichtlich der Verbreitung kirchlicher Bücher: *Bibel, Gesangbuch, Erbauungsbücher aus älterer und neuerer Zeit findet man wohl in jedem Haus.*<sup>136</sup> Auch die Gottesdienste in der Stiftskirche waren gut besucht. Dennoch machte er sich keine Illusionen: *Die Sozialdemokraten wie die Demokraten sind der großen Mehrzahl nach schlechte Kirchgänger.*<sup>137</sup>

Auch die *Christenlehre*, die in kirchlichen Räumen noch für ein Jahr nach dem Konfirmandenunterricht durchgeführt wurde, galt als

<sup>133</sup> LKA Stuttgart: Dekanatamt Backnang, 437/3, Statistik 1831-1937.

<sup>134</sup> Der einzige mir zugängliche Fall eines Kirchnaustritts war die Reaktion eines Gerbers (*ein grober, leidenschaftlicher, dem Trunk ergebener Mensch*) auf das vorausgegangene Verfahren wegen Zwangserziehung seinem Sohn gegenüber, der in die Anstalt Marienberg verbracht wurde. Das Kirchenprotokoll vermerkt ausdrücklich, dass der Kirchnaustritt *nur für seine Person* gelte. Dekanatsarchiv Backnang: Protokolle des Kirchengemeinderats Backnang, Band II, S. 198 f und StAB Bac P 034-10, Bl. 49ff.

<sup>135</sup> Königstein (wie Anm. 108), S. 235ff.

<sup>136</sup> Pfarrbericht (wie Anm. 23), S. 7 u. 11.

<sup>137</sup> Ebd., S. 16.

verpflichtend und war für viele Jugendliche selbstverständlich. Stadtpfarrer Eisele meldete: *Im Jahre 1904/05 wurde mit den Töchtern 13mal Christenlehre gehalten. Bei der älteren Abteilung waren es durchschnittlich 80, bei der jüngeren 65 Pflichtige. (...) Die überwiegende Mehrzahl der unentschuldigsten Versäumnisse rührt von 6 Töchtern her, die trotz aller Mahnungen nie oder nur 2-3mal erschienen. Und Stadtpfarrer Buck ergänzte: Bei den Söhnen wurde 1904/05 2mal 12 Christenlehre gehalten, mit der älteren und der jüngeren Abteilung je besonders. Bei den älteren Jugendlichen nahmen 78 Pflichtige teil, bei den jüngeren 101 Pflichtige.*<sup>138</sup>

Wegen der Konfirmation wurde, dem festlichen Anlass entsprechend, ein schön gestaltetes Verzeichnis der Konfirmanden, das den



Verziertes Titelblatt des württembergischen evangelischen Gesangsbuchs.

Namen und die Geburtsdaten aller Söhne und Töchter enthielt, bei Friedrich Strohs Buchdruckerei aufgelegt und allen Konfirmanden ausgehändigt. Dr. Köstlin ging während des Konfirmationsunterrichts dazu über, nicht erneut wie beim Religionsunterricht Katechismusunterricht zu betreiben, sondern verstärkt Bibellehre durchzuführen. Wichtig war es ihm auch, ausführlich die Reformationsgeschichte durchzugehen. Vereinzelt mussten Jungen von der öffentlichen Konfirmation ausgeschlossen werden: *Die wegen Diebstahls zu Gefängnisstrafen verurteilten Konfirmanden W.B. und E.R., sowie der wegen desselben Vergehens in gerichtlicher Untersuchung stehende E.W., sämtlich in Backnang, können mit Rücksicht auf die Würde der Konfirmationshandlung zur diesjährigen öffentlichen Konfirmation nicht zugelassen werden. Bei einem anderen Jugendlichen, der wegen zweifachen Marktdiebstahls eine zweitägige Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, bot das Evangelische Konsistorium dem Stadtpfarrer Eisele an, den Knaben, wenn er aufrichtige Reue zeigt, im Einvernehmen mit dem Dekanatamt Backnang an einem späteren Sonntag privatim zu konfirmieren. Strenge Erziehungsprinzipien sollten auch in diesem Bereich Jugendliche von einer Wiederholung solcher Taten abhalten, die aber sicher Ausdruck bedrückender Familienverhältnisse waren. 1902 wurden 80 Söhne und 87 Töchter, 1903 91 Söhne und 110 Töchter konfirmiert.*<sup>139</sup>

1909 wurden mit der Eröffnung des Evangelischen Lehrerseminars Veränderungen im Gottesdienst vorgenommen: *Seit der Eröffnung des Schullehrerseminars ist mit Überfüllung des Vormittagsgottesdienstes zu rechnen. Da in der vollen Ausbaustufe des Seminars mit 180 Zöglingen gerechnet wurde, räumte man ihnen sämtliche 90 Sitzplätze auf der Orgelempore der Stiftskirche ein: Wegen zu befürchtenden Raummangels an den Festtagen soll an Advent, Christfest, Charfreitag, Osterfest, Pfingstfest und wo sonst noch ein Bedürfnis sich geltend macht, vor dem Vormittagshauptgottesdienst ein Frühgottesdienst eingerichtet werden, zu welchem besonders auch die Schuljugend eingeladen werden soll. Der bisherige Nachmittagsgottesdienst um 2 Uhr wurde, da er auch unter der Zunahme der Sonntagsvergnügungen ent-*

<sup>138</sup> LKA Stuttgart: Dekanatamt Backnang, 428/4, Christenlehre 1892-1946.

<sup>139</sup> LKA Stuttgart: Dekanatamt Backnang, 428/3 Konfirmation und 428/2 Konfirmandenunterricht.

schieden gelitten habe, in einen Sonntag-Abendgottesdienst umgewandelt. Probleme bereitete der Hauptgottesdienst im Winter: Im letzten Winter aber ist der Zustand fast unerträglich gewesen. Um 1/2 10 Uhr war es häufig noch so dunkel, dass an vielen Stellen der Kirche kaum das Gesangbuch gelesen werden konnte, und der Kirchgang hat sichtlich gelitten. Einer generellen Verschiebung auf 10 Uhr aber widersprachen die hiesigen Kaufleute und Gewerbetreibenden, weil die Zeit, in welcher die Läden am Sonntag offen sein dürfen, ohnehin kurz genug sei.<sup>140</sup> Der Hintergrund war, dass Backnang um 1910 noch nicht generell an das Stromnetz angeschlossen war.

Die jungen Menschen versuchte man mit einem gewissen Erfolg über den Männer- und Jünglingsverein und den Jungfrauenverein anzusprechen. Der Männer- und Jünglingsverein hatte zu Beginn des 20. Jh. ca. 70 Mitglieder in



Dieser Blick bot sich den Backnangern, wenn sie zu Beginn des 20. Jh. den Gottesdienst in der Stiftskirche besuchten.

der Jugendabteilung, was freilich nur etwa der fünfte Teil der hier anwesenden Jünglinge ist. Der Verein verfügte über einen eigenen Saal, in welchem sich die jungen Leute am Sonntag Nachmittag und Abend versammeln können, wo ihnen Gelegenheit zum Lesen (Jugendbibliothek) und Spielen geboten ist. Ein Jungfrauenverein mit ca. 60 Teilnehmerinnen, meist Dienstmädchen, versammelt sich am Sonntag Nachmittag im Gemeinschaftshaus, wo eine Andacht gehalten wird. Der Verein steht unter Leitung der Krankenschwestern. Auch Spaziergänge wurden angeboten oder ein Gartenfest im Sommer gestaltet. Ein weiterer Jungfrauenverein, meist aus Bürgermädchen bestehend, kommt am Montag Abend im Singsaal der Realschule zusammen, wo unter Leitung der Kinderschwestern Handarbeiten zu Gunsten der Heidenmission angefertigt werden. In demselben Lokal versammeln sich Sonntag Abend eine Anzahl Fabrikmädchen zu Gesang und Andacht. Für die Fabrikmädchen der Adolffschen Fabrik hat auch die Frau Fabrikant W. Adolff Gelegenheit zu Handarbeitsübung eingerichtet, wobei sie selbst die Aufsicht führt.<sup>141</sup>

Stadtpfarrer Günther, der 1906 für den nach Cannstatt wechselnden Eisele nach Backnang berufen wurde, stellte sich der schwierigen Aufgabe, Arbeiter an die Kirche zu binden. Ganz im Sinne Friedrich Naumanns wollte er Arbeiterschaft und Monarchie versöhnen. Zu diesem Zweck gründete er am 9. September 1907 den Evangelischen Arbeiterverein, der bei der Gründungsversammlung immerhin 40 Arbeiter aufnehmen konnte. Der Verein, der sich dem Landesverband evangelischer Arbeitervereine Württembergs anschloss, gab als Zweck in seiner Satzung an, auf Grund evangelischen Christentums und treuer Vaterlandsliebe ein Mittel geistiger Förderung und engeren Zusammenschlusses zu sein, besonders aber an der wahren Hebung des Arbeiterstandes mitzuarbeiten.<sup>142</sup> Der Verein bot Vorträge an und lud zu Familienabenden ein. Hierbei half die Frau des Pfarrers mit. Seine soziale Zielsetzung zeigte sich, indem Wohlfahrts-einrichtungen der Kirche in Anspruch genommen wurden, z. B. bei Krankenunterstützungskassen.<sup>143</sup> Bis zu 150 Arbeiter waren zeitweise Mitglieder

<sup>140</sup> Dekanatsarchiv Backnang; Protokolle des Kirchengemeinderats Backnang, Band II, S. 224f u. 291.

<sup>141</sup> Pfarrbericht (wie Anm. 23), S. 9f.

<sup>142</sup> LKA Stuttgart: Dekanatamt Backnang, Kirchengemeinderatswahlen 412/3; Dekanatsarchiv Backnang; Protokolle des Kirchengemeinderats Backnang, Band II, S. 182.

<sup>143</sup> MB vom 9. September 1907 u. 21. Februar 1914.

des Vereins. Wenn er dennoch mehr am Rande der ungelösten sozialen Probleme wirkte, dann hing dies mit seiner religiösen Bindung und seiner Ablehnung der marxistischen Parole vom Klassenstaat und einem unvermeidlichen Klassenkampf zusammen.

Im *Pfarrbericht* von 1906 führte Dekan Dr. Köstlin weitere kirchliche Vereine auf: Den *Gustav-Adolf-Verein* mit einer jährlichen Einnahme von etwa 700 Mark; den *Christlichen Kunstverein* unter Stadtpfarrer Buck mit etwa 30 Mitgliedern; die *Sonntagsschule*; den *Verein für entlassene Strafgefangene* unter seiner eigenen



*Diplom für die Mitglieder des christlichen Kunstvereins der Diözese Rottenburg.*

Leitung mit 34 Mitgliedern sowie den *Herbergsverein* unter Leitung von Stadtpfarrer Buck, der 93 Mitglieder aufwies.<sup>144</sup>

Bei der Gründungsversammlung des *Herbergsvereins* in Backnang am 16. Juni 1905 hatten 60 Mitbürger ihren Beitritt erklärt, der einen Jahresbeitrag von *mindestens 2 Mark*

oder auch *einmalige größere Beträge* erforderlich machte. Wenige Tage später erfolgte nachstehender Aufruf: *So mancher Jüngling muss hinaus auf die Wanderschaft, um als Handwerksgehilfe sein Brot zu suchen und weiter zu lernen. Viele Arbeiter, auch ältere und gebrechliche, ziehen wochenlang umher und haben keine Heimat. Hunderte geraten dabei in schwere Versuchung der Trägheit, des Bettelns, des Trunkes, unordentlichen und wüsten Treibens jeder Art. Da müssen wir alle helfen, eingedenk des Wortes Christi: Ich bin ein Gast gewesen, und ihr habt mich beherbergt. Der Weg der Hilfe ist gebahnt und in 50jähriger Erfahrung bewährt. Wir haben in Deutschland schon über 460 christliche „Herbergen zur Heimat“, darunter 12 in Württemberg. Die „Herbergen zur Heimat“ tun ihre Türen jedes Jahr einer ungezählten Menge von Handwerksgehilfen ohne Unterschied der Konfession auf, geben ihnen Essen und Trinken zu billigem Preise, sorgen durch tägliche Hausandachten für sittliche Bewahrung und halten Zucht und Ordnung aufrecht, wie es einem christlichen Hause ziemt. Sie schützen ihre Gäste vor Verführung und helfen ihnen mit Rat und Tat zu ehrlichem Fortkommen. In vielen Herbergen wird den ganz mittellosen Wanderern Gelegenheit verschafft, durch Arbeit ihr Stücklein Brot zu verdienen. Eine solche „Herberge zur Heimat“ fehlt uns hier noch, und doch ist sie in unserer an einer Hauptverkehrsstraße gelegenen Stadt dringend nötig. Der Aufruf war von folgenden Vorstandsmitgliedern unterschrieben: Stadtpfarrer Buck, Vorsitzender; Stiftungspfleger Beck, stell. Vors.; Stadtschultheiß Eckstein; Rechtsanwalt Faber, Schriftführer; Kaufmann Höchel, Kassier; Kaufmann Reicheneker; Mechaniker Stroh.<sup>145</sup>*

Das Herbergshaus, von dem in dem Aufruf gesprochen wird, zog vermutlich in das Stadtspital Ecke Stuttgarter Straße/Maubacher Straße ein und wurde später in die Kronenstraße 14 (heutige Eduard-Breuninger-Straße 17) verlegt.<sup>146</sup> Bis zum 1. Oktober 1909 wurden 27 dieser *Wanderarbeitsstätten* in Württemberg in Betrieb genommen. Backnang

<sup>144</sup> Pfarrbericht (wie Anm. 23), S. 13-18.

<sup>145</sup> Der Aufruf befindet sich im Besitz von Hermann Müller, Backnang.

<sup>146</sup> Zum Stadtspital siehe Karlmann Maier: Vom Aderlass zum Laserstrahl. Chronik der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum am Beispiel Backnangs, Backnang 1993, S. 102f. 1922 wurde der Verein dem Fürsorgeamt der Stadt übergeben, das *Schülerfrühstück, Krankenkost und Essen an arme, heimatlose Leute* anbot. StAB Bac G 001-73, S. 193ff u. 264f.

hatte im gesamten Oberamtsbezirk den einzigen Herbergsverein, was wohl kein Zufall war. Gleichzeitig sank, und das war durchaus beabsichtigt, in Ortschaften mit Herbergsvereinen die Zahl der Anzeigen wegen Bettelns und Landstreicherei.<sup>147</sup>

## Der städtische Kirchengemeinderat

Der Kirchengemeinderat war ebenso wie der weltliche Gemeinderat das Spiegelbild einer bürgerlichen Gesellschaft. Mitgliedschaften in beiden Gremien waren gar nicht selten. Dem Kirchengemeinderat gehörten von 1901 bis 1904 folgende Personen an: Dekan und I. Stadtpfarrer Dr. Theodor Friedrich Köstlin; II. Stadtpfarrer Eugen Edwin Eisele; III. Stadtpfarrer Wilhelm Friedrich Buck (alle kraft Amtes); Louis Bacher, *Bäcker und Spezerei*; David Beck sen., Kreispfleger; Jakob Friedrich Becker, Oberlehrer; Eugen Breuninger, Kaufmann; Hermann Eckstein, Stadtschultheiß; Christian Hämmerle, Oberamtsbaumeister; Gottlob Layher, Mühlenbesitzer; Carl Pommer, Gerbereibesitzer; Albert Roser, Apotheker; Louis Schweizer, Lederfabrikant; Adolf Winter, Textilkaufmann (alle durch Wahl).<sup>148</sup>

Eine langjährige Mitgliedschaft, die bei vielen gegeben war, war Ausdruck treuer und verlässlicher Mitarbeit bei den verschiedenartigen Aufgaben der Kirche. Apotheker Albert Roser wurde beispielsweise zum ersten Mal 1898 in das kirchliche Gremium wiedergewählt und verblieb in ihm bis 1916. Seine jeweilige Wiederwahl alle sechs Jahre zeigte in den hohen Stimmergebnissen an, welche Stütze er für das kirchliche Leben war. 1907 kamen Buchdrucker Friedrich Stroh, Oberlehrer Friedrich Schittenhelm und der Gerber Hugo Breuninger neu in den Kirchengemeinderat.

Dekan Dr. Köstlin stammte aus einer weitverzweigten Theologenfamilie, die seit dem 18. Jh. bedeutende Männer hervorgebracht hatte und fester Bestandteil der württembergischen Ehrbarkeit war.<sup>149</sup> Der Vater war Präzeptor in Beil-

stein von 1843 bis 1850 gewesen, ehe er 1850 Rektor der Lateinschule in Nürtingen wurde. Der Sohn Theodor Friedrich, geboren am 23. August 1845 in Beilstein, war von 1884 bis 1891 Stadtpfarrer und Bezirksschulinspektor in Langenau, dann ab 1891 Dekan in Blaufelden. 1897 übernahm er das Dekanat in Backnang, das er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1920 – d. h. bis ins 75. Lebensjahr! – innehatte. 1932 starb er in Stuttgart.<sup>150</sup> Köstlins Bedeutung für Backnang ist unbestritten.

Der II. Stadtpfarrer, Eugen Edwin Eisele, übernahm zusätzlich die Aufgabe des Bezirksschulinspektors. 1906 verzog er nach Cannstatt. In einem Brief an Friedrich Stroh bezifferte er den Umfang seiner dortigen Tätigkeit als *Schulrat* mit 225 Klassen.<sup>151</sup> Der III. Stadtpfarrer, Wilhelm Friedrich Buck (1868 bis 1939), war in den hiesigen Ortsschulrat eingebunden. Ab 1906 wurde er Bezirksschulinspektor. Seit 1905 leitete er die hiesige Präparandenanstalt der Stadt, die der Vorbereitung auf das zu errichtende Evangelische Lehrerseminar diente. Er war auch Vorsitzender des *Vereins für christliche Kunst*, der sich der Erhaltung christlicher Baudenkmäler verschrieben hatte.

Bei jeder Sitzung wurden dem Kirchengemeinderat vielfältige Anliegen vorgetragen, über die er zu entscheiden hatte. Dies galt z. B. für das Vorhaben Eugen Adolffs im September 1903, in der Stiftskirche *auf meine Kosten eine hübsche Gedenktafel aus Marmor anbringen zu lassen, welche die Namen der von Backnang und dem dazu gehörigen Bezirk ausmarschierten Soldaten im Feldzug 1870-1871 in Goldbuchstaben enthält*.<sup>152</sup> Vor allem hatte der Kirchengemeinderat regelmäßig über die Verwendung von Stiftungen und Sammlungen zu entscheiden. Alljährlich kamen aus dem *Legat des Pfarrers K.* die Zinsen zur Verteilung, die an jeweils zwei Personen in einer Gabe von je 15 Mark weitergeleitet wurden. Darunter waren Schuhmacher, Schneider, Gerber. Jährlich wurden auch aus der *Thomasstiftung* insgesamt 42 Mark an jeweils 20 Personen verteilt, die Beträge

<sup>147</sup> Bruns (wie Anm. 4), S. 319f.

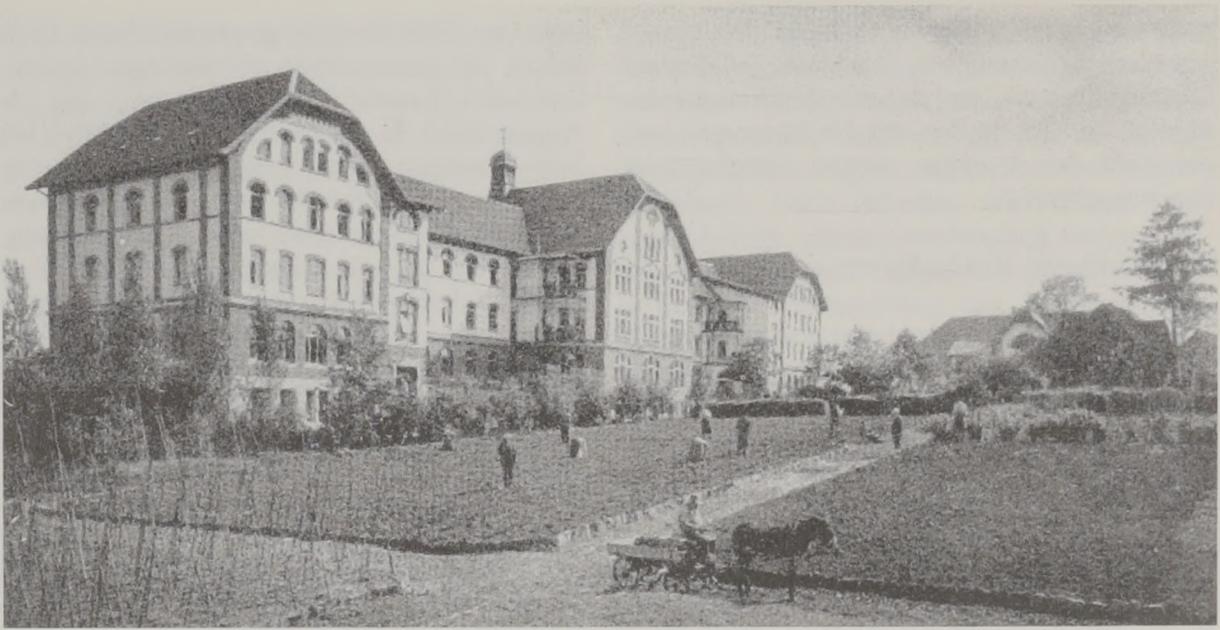
<sup>148</sup> Dekanatsarchiv Backnang: Protokolle des Kirchengemeinderats Backnang, Band II.

<sup>149</sup> Vgl. dazu: Generalmagisterbuch, Mitteilungen aus dem Leben der evang. Geistlichen von der Reformation an bis auf die Gegenwart, gesammelt und bearbeitet von Christian Sigel, Band 8, o. O., o. J., S. 376-385; Hermann Ehmer, Hansjörg Kammerer: Biographisches Handbuch der Württembergischen Landessynode. 1869 bis zur Gegenwart, Stuttgart 2005, S. 223f.

<sup>150</sup> Ebd.

<sup>151</sup> Brief Eiseles an Stroh vom 1. Dezember 1912. Im Besitz von Werner Stroh, Backnang.

<sup>152</sup> LKA Stuttgart: Dekanatsamt Backnang, Kirchengemeinderatswahlen 412/3; Dekanatsarchiv Backnang: Protokolle des Kirchengemeinderats Backnang, Band II, S. 56f.



Das 1904 nach Plänen von Oberamtsbaumeister Christian Hämmerle fertiggestellte Haus der Barmherzigkeit im Staigacker.

zwischen einer Mark und zwei Mark erhielten. Das *Wochenalmosen* des von Apotheker Roser über Jahrzehnte hin geführten *Vereins für Hausarme* wurde, was die Zahl der Empfänger und die Höhe der Beiträge betraf, ebenfalls im kirchlichen Gremium besprochen.<sup>153</sup>

1904 und 1908 konnten zwei Frauen in die *Monn'sche Stiftung* aufgenommen werden: *Rosine K., Witwe des Tagelöhners K., hier wohnhaft, 55 Jahre alt; Witwe des Heinrich B., langjährige Totenfrau, da eine Stelle freigeworden ist.* Die *Monn'sche Stiftung* von 1863, durch die Witwe des vormaligen Apothekers und Stadtschultheißen Gottlieb Monn (1785 bis 1857) begründet, umfasste ein Wohnhaus mit Stallung auf dem Ölberg (Frauenstift, Ölberg 11) und wurde in der Satzung zu *Wohnsitzen für hiesige arme Bürgers Wittwen und auch für ältere ledige Weibspersonen* bestimmt.<sup>154</sup>

*Das Opfer vom Landesbußtag wird herkömmlicher Weise an wohltätige Anstalten und Vereine des Landes verteilt.* Es kamen dabei beachtliche Beträge zusammen. 1901 waren es z. B. 73 Mark, 1904 sogar 125 Mark, denen elf Mark zugeschlagen wurden, die Dr. Köstlin bei zwei Vorträgen erhalten hatte. 1901 wurde im

Kirchengemeinderat in Bezug auf das *Opfer vom Landesbußtag* beschlossen: *Davon sollen erhalten: Paulinenpflege Winnenden 13 M, Rettungsanstalt Lichtenstern 15 M, Wernersche Anstalten in Ludwigsburg 15 M, Pflegeanstalt Stetten 15 M, Samariterhaus Reichenberg 15 M.* Mehrfach wurde auch mit 15 M *das Haus der Barmherzigkeit* in Staigacker unterstützt.<sup>155</sup> Die *Häuser der Barmherzigkeit* waren Teil der umfangreichen Wohltätigkeitsanstalten der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Staigacker war 1873 in Esslingen gegründet und 1904 in den Oberamtsbezirk Backnang verlegt worden. Wie Wildbad (gegründet 1865 im Oberamtsbezirk Nagold) standen beide *unter dem Protektorat Ihrer Majestät der Königin.* Gemäß ihrer Satzung boten sie *alten, armen, erwerbsunfähig gewordenen Landesangehörigen beiderlei Geschlechts und ohne Unterschied des Bekenntnisses eine Zufluchtsstätte im Sinne der christlichen Nächstenliebe.*<sup>156</sup> Zum Ende des Jahres 1912 waren im Staigacker 169 männliche und 84 weibliche *Pfleglinge* untergebracht. *Der Segen, den die Invaliden- und Unfallversicherung weiten Kreisen der Bevölkerung spendet, kommt 107 Renten-*

<sup>153</sup> Ebd., S. 53f, 77, 92 u. 103.

<sup>154</sup> Ebd., S. 105 u. 199; StAB Bac P 113-90.

<sup>155</sup> Dekanatsarchiv Backnang; Protokolle des Kirchengemeinderats Backnang, Band II, S. 108 u. 136.

<sup>156</sup> Amtsblatt des württembergischen Evangelischen Konsistoriums, Bd. 14 (Kalenderjahre 1906-1908), S. 222.

empfängern der Anstalt zugute. Für eine Anzahl bedürftiger Pfleglinge wird ein etwa nötiger Zuschuss von den beteiligten Armenverbänden geleistet. Aber es gibt noch viele alleinstehende arme Leute, die von Alter und Schwachheit gebeugt, einer gesicherten Unterkunft dringend bedürfen, für welche aber die zur Betreibung des Kostgeldes erforderlichen Mittel nicht aufzubringen sind. Der Bericht im „Murrthal-Boten“, der sich auf den Rechenschaftsbericht des Staigackers stützte, sah eine weitere Verstärkung des Fonds durch besondere Beisteuern oder Vermächtnisse als sehr wünschenswert an. Aus dem Karl-Olga-Fonds flossen Gelder zur Unterstützung. Und dass sich Frau Fabrikant Gertrud Adolff 1912 in den Verwaltungsrat des Staigackers wählen ließ, deutete ebenfalls auf Engagement und tatkräftige Hilfe hin.<sup>157</sup>

Im Mai 1906 richtete der Württembergische Landesverein der Kaiser-Wilhelm-Invalidenstiftung an die Kgl. Gemeinderäte des Landes die Bitte, dass die ins Greisenalter eintretenden Invaliden unterstützt werden möchten. Das kirchliche Gremium beschloss daraufhin, das Kirchenopfer am Sonntag vor dem Sedantag dieser Stiftung zukommen zu lassen.<sup>158</sup>

## Karitative Tätigkeit

Die auf beeindruckende Weise vorhandenen kirchlichen Wohltätigkeitsanstalten und -vereine im Königreich Württemberg<sup>159</sup> ruhten auf zwei Fundamenten. Das eine war das württembergische Königshaus, das seit der Gründung einer Zentraleitung des Wohltätigkeitsvereins durch Königin Katharina im Jahre 1817 zu einem das ganze Land umspannenden Netz von Wohltätigkeitsvereinen zur Linderung der allgemeinen Not und zur Besserung des Armenwesens überhaupt geführt hatte.<sup>160</sup> Diverse Anstalten, wie etwa die 1841 gegründete A. H. Wernersche Kinderheilanstalt in Ludwigsburg standen direkt unter dem Protektorat Seiner Majestät des Königs (oder

der Königin) und erfuhren damit aktive Förderung. Die Schutzfunktion, die der Monarch generell der Kirche und ihren Einrichtungen angedeihen ließ, war wichtig für deren Entfaltung.

Das zweite Fundament, auf dem die karitative Tätigkeit in der Landeskirche ruhte, war das gefestigte Christentum in breiten Schichten der Bevölkerung. Die besondere Form einer pietistisch geprägten religiösen Haltung in Württemberg wirkte sich nicht zuletzt in der als selbstverständlich angesehenen Bereitschaft bei vielen aus, sich für milde Zwecke den Armen gegenüber einzusetzen. Ohne viel Aufhebens zu machen, spielte sich dies zwar in kleinem Rahmen, aber doch mit segensreichen Auswirkungen ab. Die Kleinräumigkeit in einer Stadt wie Backnang mit ihrer dadurch bedingten menschlichen Nähe förderte zusätzlich dieses soziale Engagement.<sup>161</sup> Wie sehr karitativer Einsatz vieler Christen erforderlich war, verdeutlicht die Einschätzung Dekan Dr. Köstlins in seinem Pfarrbericht von 1906: *Bei all dem wird man aber sagen müssen, dass der größte Teil der hiesigen Bevölkerung ein arbeitsvolles, mühevolleres, keineswegs üppiges Leben führt. Ein Gang durch die Häuser zeigt, dass viele in großer Dürftigkeit leben.*<sup>162</sup>

Wiederholt wurden der Kirche in Backnang beachtliche Geldbeträge vor allem von wohlhabenderen verwitweten Frauen vermacht, mit der Bestimmung, dass die Zinsen durch Vermittlung der Geistlichen je nach Bedarf an arme Kranke verteilt werden. Es war auch denkbar, dass der Wunsch bestand, die Geldspende einmalig zu verteilen: *Witwe Sch. hat bestimmt, dass nach ihrem Tode, der am 6. Juni (1905) erfolgte, dem I. Stadtpfarrer 50 M zur Verteilung von 10 Gaben à 5 M an 10 arme Kranke übergeben werden sollen.*<sup>163</sup> Der Organist Seiz übergab vom Reinerlös seines Kirchenkonzerts am 29. Juli 1906 50 Mark zur Unterstützung bedürftiger Mitglieder der Kirchengemeinde. Davon erhielten 17 Personen je drei Mark.<sup>164</sup>

<sup>157</sup> MB vom 19. Juni 1913. Das im süddeutschen Raum seit dem 18. Jh. verwendete Wort „Beisteuer“ wird in der Bedeutung „zu etwas beitragen“ (vgl. „beisteuern“) verwendet. Das ebenfalls im 18. Jh. entstandene Wort „Aussteuer“ bedeutete ganz entsprechend eine „Zuwendung zur Einrichtung des Hausstandes“ für eine Ehe. Duden, Das Herkunftswörterbuch, Band 7, Mannheim 2001, S. 808.

<sup>158</sup> Dekanatsarchiv Backnang: Protokolle des Kirchengemeinderats Backnang, Band II, S. 148.

<sup>159</sup> Die genaue Auflistung und Beschreibung aller kirchlichen karitativen Einrichtungen umfasst im Amtsblatt des Konsistoriums (wie Anm. 130) hundert Seiten (S. 163-260).

<sup>160</sup> Bruns (wie Anm. 4), S. 296.

<sup>161</sup> Für viele Anregungen und Informationen besonders zur Kirche sei Hermann Müller, Backnang, herzlich gedankt.

<sup>162</sup> Pfarrbericht (wie Anm. 23), S. 18.

<sup>163</sup> Dekanatsarchiv Backnang: Protokolle des Kirchengemeinderats Backnang, Band II, S. 126 u. 186.

<sup>164</sup> Ebd., S. 150.

Der Dekan war auch in einem Fall hoffnungsloser Überschuldung bereit, für Christian F. eine *Eingabe an die Herzogin Wera* zu formulieren, nachdem dessen Frau infolge langer Krankheit von ihrem Arzt Dr. Vogt<sup>165</sup> eine Rechnung über 180 Mark erhalten hatte – eine für die Zeit außergewöhnlich hohe Summe. Zugleich schrieb Dr. Köstlin an Stadtschultheiß Eckstein wegen eines Beitrags der hiesigen Ortsarmenbehörde: *Derselbe ist zweifellos landarm, und es sollte diesen armen, demnächst arbeitsunfähigen Leuten ein Kostgeld von der Landarmenbehörde verschafft werden.*<sup>166</sup>

Etliche Kirchengemeindemitglieder betätigten sich auch in karitativen Vereinen der Kirche. Dekan Dr. Köstlin notierte in seinem *Pfarrbericht* von 1906 zu den örtlichen karitativen Einrichtungen: *Die Witwenkollekte (geleitet von Kaufmann Höchel) hat 1904/05 eine Einnahme von 890 M.* Eine Tochter des Dekans, Ottilie Köstlin, leitete einen *Krankenhausverein, der mit ca. 80 Mitgliedern Krankenkost für bedürftige Kranke* besorgte. Ein *Frauenverein (Frau Dekan Köstlin)* von ca. 50 Frauen stellt *Kleidungsstücke und Weißzeug her zur Verteilung an Arme.*<sup>167</sup> Nach dem Krieg fanden sich einige Frauen zusammen (zu denen die Frauen der beiden Apotheker Müller und Conradt am Ort gehörten), die wöchentlich einmal Essen an bedürftige Familien ausgaben. Kinder armer Familien aßen öfter mittags bei Familien mit und bekamen regelmäßig Essen in mitgebrachten Essgeschirren für die Mutter.

Apotheker Albert Roser rief 1890 einen *Verein für Hausarme* ins Leben und legte zur sorgfältigen Kassenführung ein Büchlein mit der Überschrift *Armenkasse* an.<sup>168</sup> Dieser *Armenverein* hatte bereits einen Vorläufer, der von 1869 an existierte und nach 1882 offensichtlich eingeschlafen war. Bei der Gründungsversammlung am 27. Oktober 1869 waren folgende Männer anwesend: Rotgerber Christian Breuninger („Zur Alten Post“), Apotheker Friedrich

Esenwein, Seifensieder Jakob Uebelmesser, Kaufmann Louis Winter, Kaufmann Ludwig Wilhelm Feucht und Jakob Breuninger. Im Zeitraum vom Oktober bis Dezember 1869 war bereits die beachtliche Summe von 163,57 Mark eingesammelt worden, die in *Wochengaben* an 25 Personen verteilt wurden, unter denen viele Witwen waren.<sup>169</sup>

Das *Armen-Tagebuch des Vereins für Hausarme* wurde zunächst von Mesner August Riedel geführt, bevor Roser als Vorstand des Vereins selbst die Eintragungen vornahm. Einmal im Jahr wurde seine Buchführung von Dekan Dr. Köstlin durch Unterschrift bestätigt: *Geprüft ohne Anstand. Dank für Mühewaltung!* Der *Verein für Hausarme* war damit Teil der karitativen Einrichtungen der Kirche, auch wenn er völlig aus der Privatinitiative heraus wirkte. Die bei den Kirchenmitgliedern eingesammelten Beträge waren bemerkenswert: 1890 waren als Übertrag des (vermutlich nicht mehr existierenden) früheren Vereins 100,57 Mark übernommen worden. Im Zeitraum vom 2. Februar 1891 bis zum 26. Mai 1893 kamen 1087,45 Mark an Arme zur Verteilung. Für das Kalenderjahr 1900 wurden als Einnahmen 598,90 Mark verbucht, denen Ausgaben von 550 Mark gegenüberstanden. Von 1907 an erfolgte eine jährliche Spende von 50 Mark durch die Firma Adolff. Anlässlich seines 70. Geburtstages ließ Eugen Adolff der Stadt Backnang eine Schenkung von 4000 Mark zukommen, wovon *1.000 M für den Geldgrundstock der Ortsarmenpflege und 3.000 M für ein zu erstellendes Leichenhaus bestimmt* seien.<sup>170</sup>

An jedem Freitag wurden zehn Mark an 20 Personen verteilt, d. h. im Monat 40 Mark (bei vier Freitagen) bzw. 50 Mark (bei fünf Freitagen). Auch die Sammler (zunächst Mesner Riedel, dann Goldarbeiter Gottlob Volz, anschließend Frau Riedmüller), die von Haus zu Haus gingen, bekamen eine Aufwandsentschädigung von 30 bis 40 Mark im Jahr. Wie ist es zu

<sup>165</sup> Der gebürtige Backnanger Dr. Hugo Vogt ließ sich 1904 als *prakt. Arzt und Spezialarzt für Frauenkrankheiten, Geburtshilfe und Chirurgie* nieder. MB vom 24. Oktober 1904. 1911 gab er seine Praxis in Backnang auf und verzog nach Gschwend, wo er weiterhin als praktischer Arzt tätig war. Maier (wie Anm. 146), S. 147ff.

<sup>166</sup> StAB Bac P 030-10. Herzogin Wera stammte aus dem Kreis der württembergischen Nebenlinien des Königshauses. Sie war durch ihre Tätigkeit für das christliche Vereinswesen und die Armenanstalten bekannt geworden. Vgl. Bruns (wie Anm. 4), S. 23 u. 309.

<sup>167</sup> Pfarrbericht (wie Anm. 23), S. 13.

<sup>168</sup> Dieses Büchlein befindet sich im Besitz von Hermann Müller, Backnang. Vgl. den ausführlichen Nachruf auf Apotheker Albert Roser im MB vom 29. März 1927.

<sup>169</sup> LKA Stuttgart: Dekanatamt Backnang, 430/1, Armenhaus und Armenverein 1847-1882 sowie 430/2, Protokollbuch des Armenvereins Backnang, S. 1-15.

<sup>170</sup> StAB Bac G 001-71, Bl. 369.

verstehen, dass an jedem Freitag an 20 Personen jeweils 50 Pfennige verteilt wurden? Die wöchentliche Ausgabe, die vermutlich an Frauen erfolgte, sollte sicherstellen, dass das Geld für Lebensmittel ausgegeben und nicht etwa für Alkohol missbraucht wurde. 50 Pfennige – das bedeutete, dass zumindest einige Lebensmittel für die Familie zusätzlich erstanden werden konnten. Nach Angaben des Statistischen Handbuchs kosteten ausgewählte Lebensmittel im Jahre 1914:<sup>171</sup> 1 kg Rindfleisch 1,77 Mark, 1 kg Schweinefleisch 1,62 Mark, 1 kg Weißbrot 34 Pf., 1 kg Schwarzbrot 28 Pf., zehn Eier 0,88 Mark. Diese Wochengaben linderten damit etwas die Not der Familien, bei denen es um das tägliche Überleben ging und jeder Pfennig zweimal umgedreht werden musste, ehe er ausgegeben werden konnte.

Nach dem Krieg ging man eine Zeitlang dazu über, statt Geld Brot auszugeben. Als Apotheker Roser 1927 starb, führte Paul Müller, der die

Obere Apotheke 1913 übernommen hatte (die er im Krieg allerdings nicht führen konnte, da er als Sanitätsapotheker eingezogen wurde), den *Verein für Hausarme* weiter, der offenbar bis 1939 existierte.<sup>172</sup>

Die größte karitative Anstrengung Backnanger Bürger wurde mit dem Aufbau einer *Diakonissenstation* gemeistert, die ausschließlich privat finanziert wurde. Vor 1890 befanden sich das Bezirkskrankenhaus und das Stadtpital in einem beklagenswerten Zustand. Neben einem Oberamtsarzt, der für beide Einrichtungen zuständig war, gab es jeweils nur einen *Hausvater*, der sich um die Kranken kümmerte. Geschultes Krankenpflegepersonal war nicht vorhanden.

Von den hiesigen Geistlichen als *dringendes Bedürfnis* empfunden, wurde am 18. Dezember 1891 zwischen dem Verwaltungsrat der Evangelischen Diakonissenanstalt in Stuttgart und dem städtischen Kirchengemeinderat Backnang ein



Das Backnanger Bezirkskrankenhaus in der Unteren Bahnhofstraße.

<sup>171</sup> Statistisches Handbuch für Württemberg, hrsg. von dem Statistischen Landesamt, Jahrgang 1914-1921. Stuttgart 1923, S. 120f.

<sup>172</sup> Informationen von Hermann Müller, Backnang.

Vertrag abgeschlossen.<sup>173</sup> Es war kein Zufall, dass im Februar dieses Jahres Stadtpfarrer Buck im evangelischen Gemeindehaus einen Vortrag über den *Diakonissenvater Fliedner* gehalten und dabei darauf hingewiesen hatte, dass gegenwärtig über 10.000 Diakonissen und etwa 50 Mutterhäuser existierten. Er wollte damit den Boden bereiten für die spätere Einrichtung einer Diakonissenstation in Backnang.<sup>174</sup> Praktisch parallel zum Vertragsabschluss kam es zur Gründung eines *Diakonissenvereins Backnang*.

Zweck des Vereins sollte nach § 1 der Statuten die kirchlich evangelische Krankenpflege in der Stadt Backnang sein. Der Diakonissin sollte neben der Besorgung der Krankenpflege bei bezahlenden Kranken noch jeden Tag so viel Zeit gelassen werden, dass sie nach armen Kranken sehen und ihnen das Nötigste tun kann. Dafür erhielt sie laut Vertrag freie Wohnung mit anständiger Möblierung, nahrhafter Kost mit täglich 1/2 Schoppen Wein oder entsprechend Most oder Bier. Zusätzlich bekam sie Wäsche, Beheizung und Beleuchtung gestellt. An Geldmittel empfing sie monatlich vom Vereinskassier eine gewisse Summe, über deren Verwendung sie genau buchführen musste. Außerdem musste der Verein für eine Schwester an die Verrechnung der Diakonissenanstalt in Stuttgart jährlich vom Tag ihres Eintrittes in den Dienst an die Summe von RM 240 entrichten.

Die Grundlage für die Gründung des *Diakonissenvereins Backnang* waren großzügige Stiftungskapitalien, Legate und Geschenke. Die Erben des Lederfabrikanten Carl Gottlieb Kaess (1812 bis 1890) übergaben 1891 und 1892 jeweils 1 000 Mark. Testamentarische Vermächtnisse von Witwen erbrachten von 1892 bis 1908 weitere 975 Mark, sodass an Capitalien zum 1. April 1908 2 975 Mark vorhanden waren. Die Legate zu Gunsten des Diakonissenvereins beliefen sich bis 1908 auf 1 730 Mark. Hinzu kamen im selben Zeitraum

1 300 Mark an *Geschenken*, fast ausschließlich von der Firma Adolff. Handelte es sich hierbei um Wolle, Stoffe, Decken, Kleidung? Der Jahresbeitrag betrug vier Mark. Die Mitgliederzahl des Diakonissenvereins ergab 1892 118 mit einem Gesamtjahresbeitrag von 526 M, 60 Pfennig. 1898 war die Mitgliederzahl auf 299 mit einem Jahresbeitrag von 1166 Mark gestiegen. An Gebühren für Dienstleistungen im Bezirkskrankenhaus wurde 1892 verlangt: für Mitglieder: 1 Stunde 20 Pfennig, 1/2 Tag 50 Pfennig, 1 voller Tag 1 Mark, Nachtwache 1,20 Mark, Tag und Nacht 2,00 Mark. Für Nichtmitglieder: 50 % Zuschlag für Bemittelte; ganz Arme werden unentgeltlich verpflegt.

Die Diakonissenstation war 1892 mit einer Schwester besetzt worden. Durch Zunahme der Mitglieder und freundliche Stiftungen konnte im Jahr 1895 eine zweite Schwester angestellt werden, der im Jahre 1897 eine dritte folgte. Die drei ersten Diakonissen, Luise Aldinger, Christiane Blankenhorn und Marie Gaiser, waren in Backnang als Krankenschwestern hochwillkommen. 1897 bezogen sie am kalten Wasser 15 eine gemeinsame Wohnung.<sup>175</sup> Oberlehrer Becker, der Kassier des Diakonissenvereins, trat dabei als Mieter auf. Mit ihm verrechneten sie alle Gebühren, die sie für ihre Dienste erhalten hatten. Er händigte ihnen auch Geld aus, damit sie ihren Haushalt führen konnten. Alljährlich legte Becker dem Kirchengemeinderat gegenüber seine Buchführung vor. Vorstand des Vereins war Dekan Dr. Köstlin. Der von seiner Tochter geführte *Krankenhausverein* bedeutete ebenfalls einen Segen, denn die Kranken bekamen im Bezirkskrankenhaus keine Essensverpflegung.

Die Diakonissen waren nicht nur im Bezirkskrankenhaus tätig, sondern besuchten auch die ernsthaft Erkrankten in ihren Häusern. Dabei waren sie gehalten, sich bei Vermögenden nur im Ausnahmefall zum Essen einladen zu lassen. 1905 gab es durch den Kirchengemeinderat

<sup>173</sup> LKA Stuttgart: Dekanatamt Backnang. Der Diakonissen- bzw. Krankenpflegeverein in Backnang ist 1891-1929 im Landeskirchlichen Archiv sehr gut dokumentiert: Das erste Protokollbuch erfasst die Gründungsphase (362.1); das zweite Protokollbuch vermerkt die Dienstleistungen und die erhobenen Gebühren von 1892 an (362.2); das dritte Protokollbuch führt die Mitgliederliste für den Diakonissenverein ab 1. 4. 1913 (362.3). Ein eigener Ordner Diakonissenverein/Krankenpflegeverein 1891-1966 (435) beinhaltet Materialien wie den Vertrag, diverse Stiftungen etc.

<sup>174</sup> MB vom 17. Februar 1901. Theodor Fliedner hatte zusammen mit seinen beiden Frauen (Friederike F., die 42jährig nach elf Schwangerschaften im Kindbett verstorben war, und Karoline F.) in seiner Kaiserswerther Diakonissenanstalt (bei Düsseldorf) den Grundstein gelegt. Der „Christenbote“, das Organ des württembergischen Pietismus, hatte dessen Ideen verbreitet. Charlotte Reihlen aus Stuttgart gehörte wie Prälat Sixt Karl Kapff zu den Gründungsmitgliedern der Diakonissenanstalt in Stuttgart am 15. April 1853. Vgl. das lesenswerte Buch von Andrea Kittel: *Diakonie in Gemeinschaft. 150 Jahre Evangelische Diakonissenanstalt Stuttgart*, Stuttgart 2004.

<sup>175</sup> Möckel (wie Anm. 13), S. 14, 17 u. 26.

eine Anfrage an den *Vorsteher der Stuttgarter Diakonissenanstalt*, weil unklar war, wie viel der Verein *für die Mitwirkung der Krankenschwestern bei den Operationen des Dr. Vogt* verlangen sollte. Der Kirchengemeinderat hatte pro Schwester und Stunde 50 Pfennig vorgeschlagen. Die Antwort aus Stuttgart war eindeutig: *Eine solche Mitwirkung von Gemeindeschwestern in einer Privatklinik ist unstatthaft*. Nur in Ausnahmefällen sei dies möglich.<sup>176</sup>

Als Mitte der zwanziger Jahre der Diakonissenverein in Krankenpflegeverein umbenannt wurde, übernahm Dekan Karl Klinger den Vorsitz, Albert Roser wurde *Kassier*. Und als in den dreißiger Jahren im nationalsozialistischen Staat Schulen, Kindergärten und Kranken-

häuser von kirchlichen Einflüssen gesäubert werden sollten, da waren sich Dekan Otto Bihlmaier, Paul Müller, Dr. Karl Krische als Leiter des 1924 neu errichteten Bezirkskrankenhauses und Landrat Dr. August Reuß einig, dass alle Versuche, die Diakonissen aus Backnang zu entfernen, abgewehrt werden müssten, was auch gelang.<sup>177</sup>

(Anmerkung: Im Backnanger Jahrbuch 15, 2007, werden zusätzlich noch die Schulen, die Vereine und die Traditionsveranstaltungen, die eine Geschichtskultur vermittelten, dargestellt. Anschließend wird im zweiten Teil Backnang im Ersten Weltkrieg behandelt. Eine ausführliche Wertung zur wilhelminischen Gesellschaft wird im Schlussteil vorgenommen werden.)

<sup>176</sup> Dekanatsarchiv Backnang: Protokolle des Kirchengemeinderats Backnang, Band II, S. 113ff.

<sup>177</sup> Königstein (wie Anm. 108), S. 221.